Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung
und Wohnen

Berlin

Konzept

Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden

Beteiligungskonzept

Beteiligungskonzept
„Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“

Impressum

Im Auftrag von:
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Referat IV D Wohnungsneubau – Projektmanagement und Bauleitplanung
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin

Ulf Gerlach (Ulf.Gerlach@SenSW.berlin.de)
Anja Menzel (Anja.Menzel@SenSW.berlin.de)

Erstellt durch:
Zebralog GmbH & Co. KG
Chausseestraße 8, 10115 Berlin
und
BURGDORFF Stadt
Willy-Brandt-Platz 5-7, 44787 Bochum

Bearbeitet durch:
Daniela Riedel (riedel@zebralog.de)
Frauke Burgdorff (fb@burgdorffstadt.de)

Laura Höss (hoess@zebralog.de)
Maria Brückner (brueckner@zebralog.de)
Svenja Bötticher (boetticher@zebralog.de)
Ronja Rohr (rohr@zebralog.de)

sowie alle Bürger*innen der Bürgerwerkstätten

Berlin, den 12. Oktober 2017

Vorwort – Das Gerüst für gute Beteiligung ist gebaut

Von Ende 2016 bis 2020 wird Berlin voraussichtlich um 106.000 neue Menschen wachsen. Das bedeutet, dass im Jahr Wohnraum für 35.000 Menschen benötigt wird. Zwischen 2020 und 2030 werden dann noch einmal insgesamt 75.000 Menschen mehr erwartet[1].

Für diese Menschen werden neue Wohnungen, Kitas, Schulen, Jugend- und Kultureinrichtungen sowie Geschäfte gebraucht. Diese wiederum benötigen ein technisches Fundament aus Schienen und Straßen, Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen. Nur mit Nachverdichtung in der vorhandenen Stadt ist das nicht zu schaffen.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenStadtWohn) hat darum in der ganzen Stadt nach geeigneten Flächen für Neubaustandorte gesucht und insgesamt elf gefunden. Die Entwicklung der großen Neubaustandorte in Berlin orientiert sich dabei am Leitbild "Gartenstadt des 21. Jahrhunderts". Die neuen Quartiere sollen einen Beitrag zur Innenentwicklung der Außenstadt, also des Raumes zwischen Innenstadt und Umland leisten. An allen Standorten sollen lebendige Quartiere entstehen und gute Anschlüsse an die vorhandenen Siedlungsstrukturen gefunden werden. Auch die Flächen im Blankenburger Süden, die im Landesbesitz sind, gehören dazu.

Darum wurde das Projekt **„Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“** ins Leben gerufen. Ein gemischtes, grünes Gebiet mit unterschiedlichen Wohn- und Eigentumsformen und einer lebendigen Mitte soll entstehen. Das neue Stadtquartier soll ca. 5.000 – 6.000 Wohneinheiten aufnehmen und sich in die vorhandene Umgebung einfügen. Auch die Umgebung des eigentlichen Gebietes, die anliegenden Ortskerne und Freiflächen sollen weiterentwickelt werden.

Der Senat entschied deshalb im August 2016, Vorbereitenden Untersuchungen (VU) für eine Entwicklungsmaßnahme auf der Grundlage des Baugesetzbuches (§ 165 (4) BauGB) durchzuführen. Die VU schaffen die Basis dafür, dass der Senat voraussichtlich Ende 2018/Anfang 2019 fachlich fundiert entscheiden kann, ob, wie und mit welchen planerischen Verfahren und Instrumenten im Blankenburger Süden gebaut werden soll.

Die Flächen im Blankenburger Süden gehören dem Land Berlin – was es grundsätzlich einfach macht sie zu entwickeln. Sie bergen aber jenseits dessen große Herausforderungen, für die wir Antworten finden müssen: Wie werden die Verkehrsprobleme im Berliner Nordosten im Zuge der Planung gelöst? Wie gehen wir technisch mit dem hoch stehenden Grundwasser um? Wie berücksichtigen wir ausgewogen die berechtigten und unterschiedlichen Interessen der Berliner*innen, die Wohnraum suchen und die der Anwohner*innen des Gebietes, die sich möglichst wenig Veränderungen wünschen?

Für diese und einige weitere Fragen müssen im Laufe der VU Antworten gefunden werden. Diese Antworten werden nicht nur von Stadtplanungsexpert*innen gesucht und gefunden.

Im Blankenburger Süden binden wir die Bewohner*innen Berlins und der Nachbarschaft unmittelbar in die fachliche Diskussion mit ein. Sie sollen jeden Schritt nachvollziehen können und informiert werden, sie sollen aber auch jede Weichen stellende Entscheidung mitberaten können und ihre Meinung dazu kundtun.

---

[1] http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/de/ergebnisse/evaluation.shtml, letzter Zugriff am 10.08.2017

So nutzen wir die Kompetenzen der Bewohner*innen und so bekommen die politischen Entscheidungsträger*innen ein umfassendes Bild von den fachlichen Voraussetzungen und von den Wünschen und Sorgen der Bürger*innen, bevor sie am Ende des Prozesses die zentralen Entscheidungen fällen.

Damit dieser Prozess zielgerichtet, fair und transparent ablaufen kann, hat die SenStadtWohn in vier öffentlichen Werkstätten – mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern – ein Beteiligungskonzept entwickelt. Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK) sowie der Bezirk Pankow wurden dabei in die Erarbeitung mit einbezogen.

Es beschreibt die Grundsätze, Spielregeln und Gremien, die das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ bis zum Ende der Vorbereitenden Untersuchungen begleiten werden.

Es richtet sich an alle Beteiligten. An Politik und Verwaltung, an Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisation und einzelne Bürger*innen. Es hat seinen Zweck dann erfüllt, wenn wir es in ein bis zwei Jahren in die Hand nehmen und sagen: Ja, das waren gute, gleichermaßen stabile wie flexible Leitplanken, die wir für eine verlässliche und sinnvolle Zusammenarbeit genutzt haben.

Allen Mitwirkenden – vor allem aber den Bürger*innen – gilt unser ausdrücklicher Dank. Sie haben ungezählte ehrenamtliche Stunden in diesen Prozess investiert.

Die Leitplanken für die Beteiligung bei der Entwicklung des Blankenburger Südens sind also aufgestellt. Damit der darin zu organisierende komplexe Weg nicht in die Irre oder in den Streit führt, sind alle aufgerufen, es als verbindliche Gesprächsgrundlage zu nutzen – für eine gleichermaßen sachliche und kreative, zugewandte und streitbare Diskussion, die das Wohl des Blankenburger Südens genauso im Blick hat wie das allgemeine Wohl Berlins. Alle Beteiligenden und Beteiligten müssen sich dabei auf differenzierte und fachliche Argumente einlassen.

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam der Stadt Bestes suchen und finden!

Katrin Lompscher	Regine Günther	Sören Benn
Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Berlin	Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz des Landes Berlin	Bezirksbürgermeister Pankow

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis **6**

Was finde ich wo? Eine Lesehilfe **7**

1 Einführung **8**
1.1 Das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ **8**
1.2 Die Entstehung des Beteiligungskonzeptes **9**

2 Ausgangslage und Konsequenzen für die Beteiligung **12**
2.1 Akteurslandschaften **12**
2.1.1 Bisherige Beteiligungserfahrung 13
2.1.2 Unterschiedliche Zielgruppen und Absender 14
2.1.3 Vermittler*innen, Engagierte und Bürger*innen 14
2.1.4 Investierende, Projektentwickler*innen und Grundstückseigentümer*innen 17
2.1.5 Öffentliche Hand 18
2.2 Aktuelle Planungsthemen im Untersuchungsgebiet **19**
2.2.1 Komplexität und Zeitläufe 19
2.2.2 Verkehr 20
2.2.3 Naturraum 21
2.2.4 Soziale Infrastruktur 21
2.2.5 Erholungsanlagen und Kleingartenanlagen 22

3 Grundlagen der Beteiligung **24**
3.1 Rahmenbedingungen und Gesamtstrategie des Landes Berlin **24**
3.2 Grundverständnis der Beteiligung **25**
3.3 Eckpfeiler guter (und schlechter) Beteiligung **26**
3.4 Beteiligungsstufen **27**
3.5 Schlussfolgerung: Es braucht Dialogregeln für alle Beteiligten **29**
3.6 Kommunikationslinien und Botschaften **31**
3.7 Themen und Inhalte der Beteiligung (Beteiligungsgegenstände) **34**
3.7.1 Vorbereitende Untersuchungen (VU) 35
3.7.2 Aktuelle Planungsthemen 35
3.7.3 Themen im Umfeld des Untersuchungsgebietes 37
3.7.4 Blick über den Tellerrand 37
3.8 Gesamtfahrplan **37**

4 Die Beteiligung im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen **39**
4.1 Phase 1: Beteiligungskonzept erarbeiten **41**
4.2 Phase 2: Beteiligungskonzept absichern **41**
4.3 Phase 3: Beteiligung zu den Vorbereitenden Untersuchungen **42**
4.4 Phase 4: Formelle Beteiligung und Machbarkeitsprüfung **46**
4.5 Phase 5: Beteiligung nach dem Grundsatzbeschluss **47**

5 Die Beteiligung zur Rahmenplanung Heinersdorf **48**

5.1 Ausgangssituation 48
5.2 Die Umsetzung der Beteiligung 49

6 Die Strukturen und Rollen für gute Entscheidungen 53
6.1 Das Beispiel „Beratung von Alternativen“ im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen als exemplarischer gesamtstädtischer Beratungsablauf 55
6.2 Das Beispiel „Rahmenplanung Ortskern Heinersdorf“ als exemplarischer lokaler Beratungsablauf 57

7 Maßnahmen und Formate im Überblick 59
7.1 Informationsveranstaltung mit Beteiligungsangeboten 60
7.2 Arena als zentraler Ort des Meinungsaustausches 61
7.3 Bürgerwerkstatt 62
7.4 Labor 63
7.5 Kontinuierliches Projektbüro vor Ort 64
7.6 Touren 65
7.7 Online-Dialog und Online-Umfrage 66
7.8 Online-Projektplattform 67
7.9 Videointerview „Nachgefragt“ 68
7.10 Kontinuierliche Maßnahmen zur Kommunikation 69
7.11 Aufbereitung und Visualisierung der Planungsgrundlagen 70
7.12 Kommunikation über Social Media Tools 71

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AG ..... Arbeitsgemeinschaft
AGH ..... Abgeordnetenhaus von Berlin
AN ..... Auftragnehmer

BA ..... Bezirksamt
BAK ..... Bundesarchitektenkammer e.V.
BauGB ..... Baugesetzbuch
BBG ..... Berliner Baugenossenschaft e.G.
BDA ..... Bund Deutscher Architekten BDA Berlin e.V.
BDB ..... Bund Deutscher Baumeister
BDLA ..... Bund Deutscher Landschafts-Architekten e.V.
BUND ..... Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
B-Plan ..... Bebauungsplan
BVG ..... Berliner Verkehrsbetriebe
BVV ..... Bezirksverordnetenversammlung

DSK ..... Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG

EA ..... Erholungsanlage

FAQ ..... Frequently Asked Questions (Häufig gestellte Fragen)
FBS ..... Forum Blankenburger Süden
FNP ..... Flächennutzungsplan

HOWOGE ..... eine Berliner Wohnungsbaugesellschaft mbH

IGA ..... Internationale Gartenausstellung

KGA ..... Kleingartenanlage

NABU ..... Naturschutzbund Deutschland e.V.

PFE ..... Büro für Stadtplanung,- forschung und -erneuerung
PK ..... Pressekonferenz
PM ..... Pressemitteilung

RBB ..... Rundfunk Berlin-Brandenburg

SenStadtWohn ..... Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
SenUVK ..... Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
StEP ..... Stadtentwicklungsplan

TVN ..... Tangentialverbindung Nord

VU ..... Vorbereitende Untersuchungen

Was finde ich wo? Eine Lesehilfe

- In *Kapitel 1* wird in das Projekt eingeführt und der Zusammenhang erklärt.
- In *Kapitel 2* wird die Ausgangslage beschrieben und es wird gezeigt, welche konkreten Herausforderungen sich für die Kommunikation und Beteiligung daraus ableiten.
- In *Kapitel 3* werden die wichtigsten Grundsätze und Prinzipien für die Kommunikation und Beteiligung zusammengetragen.
- In *Kapitel 4* wird die Strategie zur Beteiligung im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen beschrieben.
- In *Kapitel 5* wird die Strategie zur Beteiligung der Rahmenplanung Ortskern Heinersdorf beschrieben.
- In *Kapitel 6* werden die Strukturen und Rollen zur Entscheidungsfindung beschrieben.
- *Kapitel 7* verschafft für den Leser noch einmal einen Gesamtüberblick über alle Formate, Instrumente und Maßnahmen, die eingesetzt werden könnten.
- Der *Anhang* ist unterteilt in einen „Werkzeugkasten“ mit Plänen und Zeichnungen, die für das Verständnis der Prozesse und des Beteiligungskonzeptes wichtig sind (Anhang 01), in eine Dokumentation der Veranstaltungen und Bürgerwerkstätten mit allen Hinweisen (Anhang 02) sowie weitere Quellen und Hinweise auf die Methoden, die zum Beteiligungskonzept geführt haben (Anhang 03).

Wie wurde das Beteiligungskonzept entwickelt, wer hat mitgemacht?

- Dazu finden Sie Hinweise im Kapitel 1.2 und im Anhang 02 und 03 des Beteiligungskonzeptes.

Wo finde ich die ursprünglichen Ideen und Anregungen der Bürger*innen?

- Wir haben alle Ergebnisse der Werkstätten im Anhang 02 abgebildet.
- Die kompakte Dokumentation aller Werkstätten finden Sie unter: http://www.berlin.de/blankenburger-sueden

Wann passiert was? Wer ist zuständig?

- Eine handliche Übersicht finden Sie im Anhang 01, in dem alle Zeitpläne und Organigramme zusammengefasst sind.

1 Einführung

1.1 Das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“

Der Blankenburger Süden steht ganz am Anfang eines mindestens 20 Jahre dauernden Entwicklungsprozesses.

Das politisch formulierte Ziel ist, auf den Landesflächen zwischen Heinersdorf, Blankenburg und der Stadtrandsiedlung Malchow ein neues Quartier zu entwickeln, das ca. 5.000 bis 6.000 Wohneinheiten in einem lebendigen und nutzungsgemischten Umfeld Raum gibt.

Dies kann nur geschehen, wenn vorher Lösungen für die problematische Verkehrssituation entwickelt wurden. Und dies soll nur geschehen, wenn das gesamte Gebiet von der Entwicklung profitiert. Es geht also um viel mehr als um die Errichtung eines neuen Stadtquartiers auf einer landwirtschaftlichen Fläche. Es geht um einen neuen Stadtbaustein im Berliner Nordosten. Darum hat das Projekt bewusst den Titel „**Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden**“ bekommen.

Um den neuen Stadtbaustein als lebendiges Quartier entwickeln zu können, müssen zunächst verschiedene Rahmenbedingungen geklärt werden. Das geschieht in den für eine Entwicklungsmaßnahme nach §165 (4) BauGB gesetzlich vorgeschriebenen „Vorbereitenden Untersuchungen“.

Ziel ist, zu ermitteln, ob und wie ein Gebiet in angemessener Weise weiter zu entwickeln ist. Am 30. August 2016 beschloss der Senat solche Vorbereitenden Untersuchungen für den Blankenburger Süden durchzuführen. Mit deren Umsetzung hat die SenStadtWohn die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft (DSK) in Kooperation mit dem Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE) beauftragt. Parallel dazu wurde die Arbeitsgemeinschaft Zebralog / BURGDORFF STADT mit der partizipativen Erstellung des Beteiligungskonzepts beauftragt.

Das heißt, im Blankenburger Süden gibt es bis Sommer 2018 und teilweise auch noch darüber hinaus vielzählige Untersuchungen zu Themen wie z. B. Regenwasser, Umwelt, Verkehr oder Bodenwerte. Parallel dazu werden Entwicklungsziele und Entwicklungsalternativen erstellt und so bald wie möglich öffentlich zur Diskussion gestellt.

Erst wenn diese Rahmenbedingungen geklärt sind, können verlässliche Aussagen getroffen werden, wie genau das neue Quartier gestaltet werden kann: wie viele Wohnungen möglich sind, welche weiteren Nutzungen in welchen Bereichen sinnvoll sind. Und ebenfalls erst nach den Vorbereitenden Untersuchungen wird entschieden, ob das Instrument der „Entwicklungsmaßnahme“ für den weiteren Prozess das Beste ist.

Für den Fall, dass eine Entwicklungsmaßnahme beschlossen wird, finden Sie in der nachstehenden Grafik einen Überblick über die im Moment zu erwartenden Zeitabläufe bis hin zum Neubau (*Hinweis: Alle Grafiken finden Sie auch noch einmal in größerer Form im Anhang 01*).

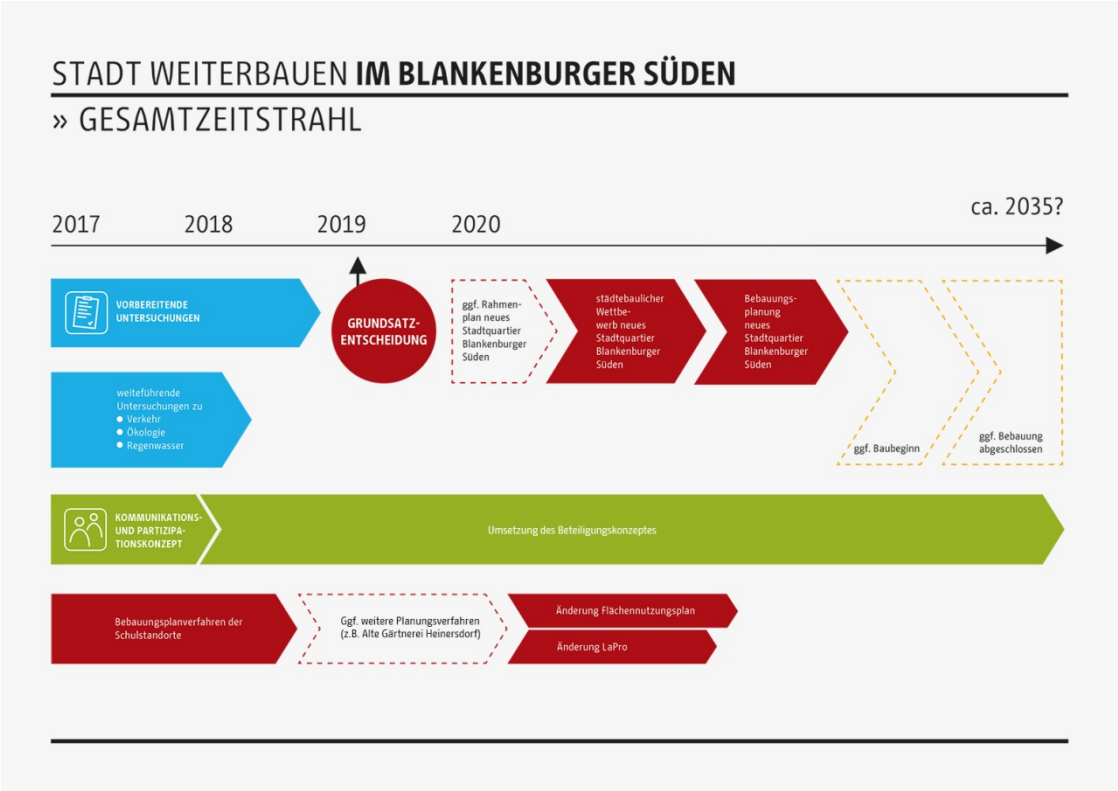

Abbildung 1 Übersicht über den möglichen Projektverlauf bis zur Bauphase, Quelle: eigene Darstellung Zebralog / Burgdorff Stadt auf Basis der Informationsgrundlagen SenStadtWohn (Stand: Oktober 2017), Grafik: platzda für Zebralog / Burgdorff Stadt.

Wie genau die Vorbereitenden Untersuchungen ablaufen und welche Beteiligungsmöglichkeiten es bis zum Abschluss geben wird, finden Sie in Kapitel 4.

1.2 Die Entstehung des Beteiligungskonzeptes

Für eine Entwicklungsmaßnahme schreibt der Gesetzgeber eine formale Bürgerbeteiligung vor. Wenn aber 5.000 - 6.000 neue Wohnungen im Blankenburger Süden gebaut werden, wird dies auch das Leben der dort bereits Wohnenden verändern. Für manche wird es eine willkommene Veränderung sein, weil sie sich auf neue Infrastrukturen und Nachbarn freuen. Manche werden mit Ängsten und Sorgen auf die Entwicklung reagieren. Und auch die Berliner*innen und neuen Bürger*innen, die hier vielleicht in Zukunft ein Zuhause finden wollen, sollen die Chance haben, daran mitzuwirken.

Darum wurde schon im Herbst 2016 festgelegt, dass die Vorbereitenden Untersuchungen zur Entwicklungsmaßnahme Blankenburger Süden nicht nur im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen, sondern auch mit offenen weitergehenden Beteiligungsformaten begleitet werden sollten. Die Art und Weise dieser Beteiligung sollte dann auch noch gemeinsam mit den Bürger*innen erarbeitet werden. Das gab es in dieser Form bisher noch nicht.

Ein wichtiges Fundament für diese „Beteiligung der Beteiligung“ hat der Bezirk Pankow gemeinsam mit dem Runden Tisch Blankenburg und der Stiftung Zukunft Berlin gelegt. Sie haben das Forum Blankenburger Süden initiiert. Im Forum Blankenburger Süden treffen sich regelmäßig Initiativen aus allen umliegenden Nachbarschaften. Es ist eine offene Plattform, auf der aktuelle Informationen und Positionen sachlich ausgetauscht werden. Die SenStadtWohn war hier seit Oktober 2016 regelmäßig zu Gast und hat sich vom Forum Blankenburger Süden beraten lassen. Auch die Idee zur partizipativen Erarbeitung eines Kommunikations- und Partizipationskonzeptes (kurz: Beteiligungskonzept) wurde

vom Team Blankenburger Süden der SenStadtWohn in die Diskussion eingebracht und vom Forum Blankenburger Süden mitgetragen.

Auf dieser Basis wiederum hat die SenStadtWohn zwei Ausschreibungen formuliert und einen Auftrag an Stadtplaner und Ingenieure (DSK/PFE) sowie einen an Kommunikationsprofis (Zebralog/BURGDORFF STADT) vergeben. Diese beiden Teams arbeiten seit Anfang 2017 im engen Dialog mit der SenStadtWohn.

Das Beteiligungskonzept wurde in 3 Schritten erarbeitet:

Schritt 1: Information und Bestandsaufnahme vor Ort

Im ersten Schritt wurde informiert über das Projekt, die Vorbereitenden Untersuchungen und das Anliegen, die Bürgerbeteiligung zusammen mit den Bürger*innen zu entwickeln. Es wurden zwei Informationsveranstaltungen durchgeführt, die auch live dokumentiert wurden, die Online-Projektseite www.berlin.de/blankenburger-sueden wurde eingerichtet und mit einer wachsenden Liste der wichtigsten Fragen der Bürger*innen begonnen, welche unter der Rubrik „Fragen & Antworten“ auf dem Internetauftritt des Projektes öffentlich beantwortet wurden. Parallel wurde eine **Bestandsaufnahme** der vorhandenen Akteur*innen- und Interessensstrukturen vorgenommen. Dafür wurden u.a. Sondierungsgespräche mit 15 Akteur*innen und Wissensträger*innen geführt.

Schritt 2: Konsultation zu den wichtigsten Inhalten und Grundlagen für das Beteiligungskonzept

Die Bürger*innen vor Ort, den Vereinen und den interessierten Unternehmen sowie der Verwaltung und der Politik wurden dazu konsultiert, was für sie gute Beteiligung ist, welche Themen partizipativ behandelt werden sollten, was die Möglichkeiten und Grenzen von Beteiligung in diesem Projekt sein sollten und wie sie so ausgestaltet werden kann, dass sie motiviert, sachlich und offen für alle abläuft. In **vier Bürgerwerkstätten** in drei Monaten brachten jeweils 40 bis 60 Teilnehmer*innen ihr Wissen, ihre Anregungen und ihre Kritik ein. Wichtig ist, dass auch die Fachleute, die die Vorbereitenden Untersuchungen durchführen (DSK und PFE) und verantworten (Team Blankenburger Süden der SenStadtWohn), sowie die Bezirksverwaltung für die lokalen Themen (Bezirksamt Pankow, Abteilung Stadtentwicklung) immer anwesend waren. So konnte von Anfang an ein wechselseitiger Informations- und Wissenstransfer garantiert werden, damit die Beteiligung möglichst wirksam und zielgerichtet gestaltet werden kann.

Alle Ergebnisse sind öffentlich und für alle einsehbar auf der Projektseite dokumentiert. Die detaillierten inhaltlichen Ergebnisse sind im Anhang 02 abgebildet.

Schritt 3: Entwicklung des Beteiligungskonzeptes

Die Konzeption des Beteiligungskonzeptes erfolgte im engen Dialog mit der SenStadtWohn und parallel zum Einstieg in die konkrete Umsetzung einzelner, zeitlich brennender Themen (z.B. Verkehrsinformationsveranstaltung, Beginn der Konzeption zur Beteiligung an der Rahmenplanung Ortskern Heinersdorf). Nachdem in der letzten der vier Werkstätten ein Vorentwurf der Inhalte zur Diskussion gestellt wurde, wurde eine Entwurfsfassung in enger Abstimmung mit dem Projektteam bei der SenStadtWohn erstellt. Dieser Entwurf wurde dann den beteiligten Verwaltungen (SenStadtWohn, SenUVK, Bezirksamt Pankow) vorgestellt.

Die Bürger*innen, die Verwaltung, Politiker*innen, Unternehmen und Fachleute haben also in **vier Werkstätten das Beteiligungskonzept entwickelt**, das Ihnen hier vorliegt. Auf dieser Basis kann die SenStadtWohn die Beteiligung im Rahmen des Prozesses „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ weiter organisieren.

Abbildung 2 Impressionen aus den Informationsveranstaltungen und Bürgerwerkstätten, Quelle: eigene Darstellung Zebralog 2017, Fotos: Jörg Farys.

2 Ausgangslage und Konsequenzen für die Beteiligung

Das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ muss sich aus einer sehr komplexen Ausgangslage entwickeln. Das gilt zunächst einmal für die Akteurslandschaft, die das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ begleiten wird. Das gilt aber auch für die technisch-planerische Ausgangslage.

Im Folgenden werden zunächst die Akteure beschrieben, die nach aktuellem Kenntnisstand aktuell und in Zukunft wichtig für das Projekt sein werden (2.1.). Anschließend werden die fachlichen Fragestellungen zusammengetragen, die es im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen und im Anschluss zu lösen gilt, und es wird beschrieben, was das für die Beteiligung bedeuten kann (2.2).

Und schließlich werden die einzelnen Ortsteile sowie die Kleingärten / Erholungsanlagen mit ihren spezifischen Ausgangsbedingungen und Herausforderungen beschrieben, die relevant für die Beteiligung sein könnten (2.3).

Weil das Beteiligungskonzept eine handlungsorientierte Arbeitsgrundlage sein soll, werden jeweils schon „Konsequenzen für die Beteiligung“ angedeutet. So kann gewährleistet werden, dass die – wahrscheinlich zahlreichen - „Querleser“ des Konzeptes an den für sie entscheidenden Stellen auf die Schnittstellen zu Beteiligungsthemen stoßen.

2.1 Akteurslandschaften

Die Akteurslandschaft ist genau so komplex wie die auf die Planung bezogene Ausgangslage. In *Abbildung 3* ist ein Überblick über die aktuell absehbar relevanten Akteur*innen dargestellt. Natürlich sind dies längst nicht alle Personen und Institutionen, die später auch für die Planung relevant sind. Dieses Konzept konzentriert sich auf die für die Beteiligung gegenwärtig relevanten.

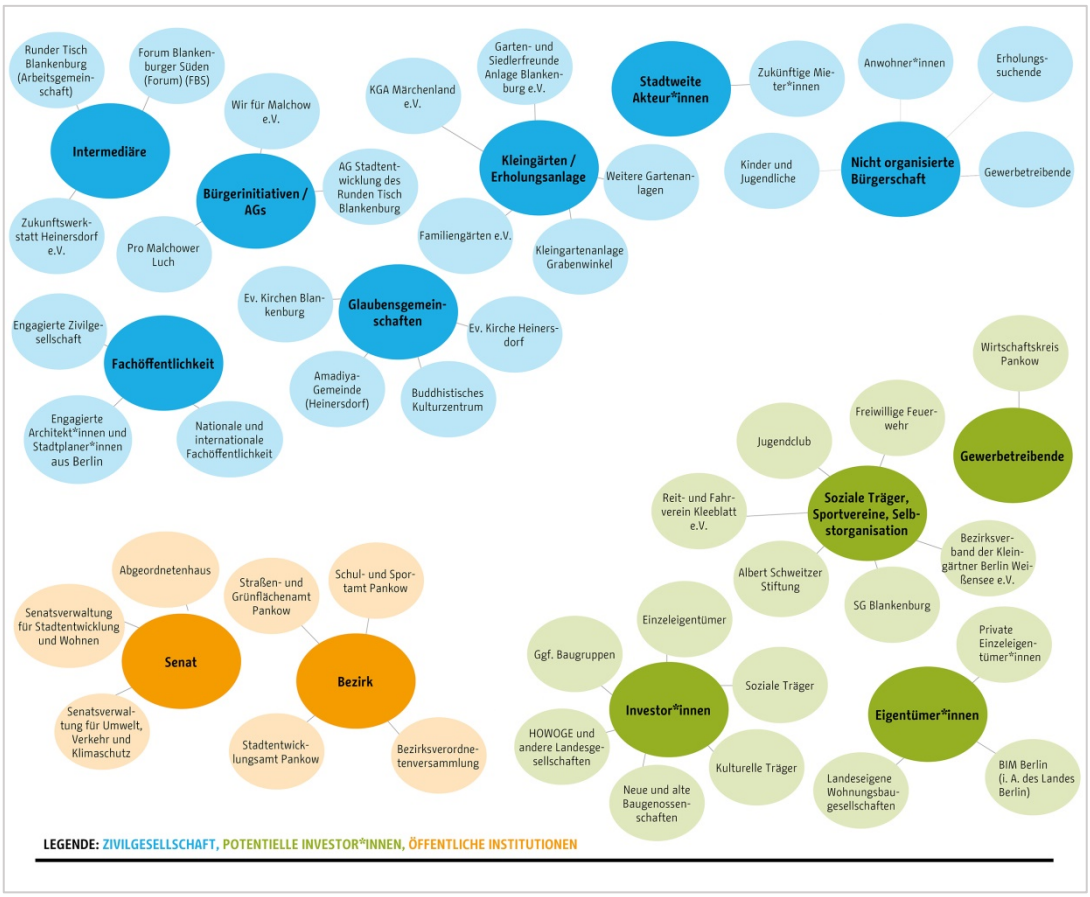

Abbildung 3 Akteurslandschaft im Überblick, Quelle: eigene Darstellung, Zebralog/BURGDORFF STADT 2017

Grundsätzlich kann unterschieden werden in:

- Die **Zivilgesellschaft** im weitesten Sinne. Mit Vermittlern (Intermediären), die sich als Plattform verstehen, Engagierten, die sich lokal oder stadtweit für eine Sache einsetzen, und Bürger*innen des Untersuchungsgebietes und der Stadt. (blau in Abbildung 3)
- **Menschen und Institutionen**, die heute oder in Zukunft in das Gebiet oder seine Veränderung investieren werden. (grün in Abbildung 3)
- Die **öffentliche Hand** mit den handelnden Senatsverwaltungen, der Bezirksverwaltung und den Entscheidungsträger*innen auf Senats- und Bezirksebene in der Politik (Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung). (orange in Abbildung 3)

Bevor diese Akteur*innen im Einzelnen beschrieben werden, werden noch zwei Herausforderungen beschrieben, die sich aus der lokalen Erfahrung mit vergangenen Beteiligungsprozessen ergeben.

2.1.1 Bisherige Beteiligungserfahrung

Durch die Sondierungsgespräche und in Einzelgesprächen im Rahmen der Veranstaltungen wurde der Eindruck gewonnen, dass einige der an den Werkstätten Beteiligten in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten auf unterschiedliche Art und Weise schlechte oder enttäuschende Beteiligungserfahrungen gesammelt haben. Ganz typisch waren Äußerungen wie: „Wir wurden gefragt und am Ende haben unsere Hinweise und Wünsche keine Berücksichtigung gefunden.“ Oder: „Es wurde etwas anderes realisiert, das vorher sowieso schon klar war.“ Dies ist nicht nur für das Projekt selber problematisch, sondern ist auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Demokratiemüdigkeit sehr kritisch zu sehen. Mit der Beteiligung im Blankenburger Süden sollte dem entgegengewirkt werden. Einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Beteiligungserfahrungen besser werden, hat das Forum Blankenburger Süden geleistet. Aus den bisherigen Erfahrungen lassen sich folgende Empfehlungen ableiten:

- **Wirkung von Beteiligung transparent machen**: Es sollte immer ehrlich mit den möglichen Wirkungen der Beteiligung umgegangen werden. Dazu gehört auch, dass offen kommuniziert wird, wenn Beteiligungsformate nur ein Stimmungsbild einholen sollen und keine direkte Wirkung haben. Es muss immer deutlich kommuniziert werden, auf welcher Stufe der Beteiligung gerade beteiligt wird[2].
- **Offensiv und konfliktfähig kommunizieren:** Sowohl die Verwaltung, aber auch alle am Prozess Beteiligten müssen sich verpflichten, ihre Ziele offen zu legen. Ein frühzeitiger Konsens kann – wenn im Hintergrund noch ein Konflikt schwelt – schädlich sein. Eine Diskussionskultur, in der unterschiedliche Meinungen zum Tragen kommen ohne dass es zu Zerwürfnissen oder Streit kommt, muss sehr gut eingeübt und neutral moderiert werden.
- **Meinung und Austausch voneinander trennen:** Die einzelnen Initiativen sollten mit ihren unterschiedlichen Positionen sichtbar werden. Das Forum Blankenburger Süden sollte in seiner Rolle als Meinungsplattform eingebunden und in dieser Rolle unterstützt werden. Gleichzeitig sollten alle Beteiligungsprozesse aber auch offen für die nicht organisierte Bürgerschaft oder neue Initiativen sein.

2 Die verschiedenen Stufen von Beteiligung werden auf S. 27. dargestellt.

2.1.2 Unterschiedliche Zielgruppen und Absender

Fachleute und Bürger*innen sprechen jeweils und untereinander unterschiedliche Sprachen und reagieren auf unterschiedlichen Kommunikationswegen. Es ist zum Beispiel eine völlig andere Herausforderung, Jugendliche in Beteiligungsprozesse einzubinden als ältere Generationen. Ähnliches gilt natürlich für Menschen mit guten oder weniger guten Deutschkenntnissen, mit und ohne Hintergrundwissen. Hinzu kommt der aktuelle Trend aller Lebensstilgruppen, sich in mediale „Echokammern" zu begeben und andere Meinungen nicht mehr zu hören. Der Beteiligungsprozess darf sich in dieser Vielfältigkeit aber auch nicht verstricken.

- **Guten Ton finden:** Alle Beteiligten müssen darauf achten, dass ihre Texte, Äußerungen und Pläne soweit irgend möglich für andere verständlich und respektvoll sind. Das sollte für alle Beteiligten gelten (von Fachleuten zu Bürger*innen und umgekehrt).
- **Wenige aber unterschiedliche Kommunikationswege:** Es sollte eine begrenzte Anzahl von sehr unterschiedlichen Kommunikationswegen und -knotenpunkten festgelegt werden, damit möglichst viele Menschen erreicht werden.
- **Praxis hilft:** Es sollten hin und wieder zielgruppenspezifische Praxisformate angeboten werden, in denen mehr ausprobiert als geredet wird.

2.1.3 Vermittler*innen, Engagierte und Bürger*innen

Grundsätzlich kann und sollte hier nach lokalen (im Umfeld der Vorbereitenden Untersuchungen) und nach regionalen und überregionalen (Berlin und darüber hinaus) Akteur*innen unterschieden werden.

Regionale und überregionale Akteure

Das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden" ist im Moment noch überraschend wenig im Fokus der Berliner Öffentlichkeit. Die Fläche erscheint „ganz weit draußen" und wird gerade für die in den Innenstadtdebatten aktive Zivilgesellschaft nicht als Alternative zum urbanen Wohnen wahrgenommen. Dementsprechend ruhig ist es im Moment in der stadtweiten Debatte.

Dabei gibt es Akteure, die grundsätzlich an der weiteren Entwicklung des Gebietes Interesse haben könnten und sollten. Dazu gehören die Mietervereinigungen (Vereine und Schutzbund), die für die Umwelt engagierten Verbände (BUND, NABU,..), die baukulturell engagierten Verbände (BDA, BDLA, BDB, BAK, BSBK,...) und die Stadtaktivisten (Stadt von unten,...)

- **Beteiligung aktiv für die Stadt öffnen:** Grundsätzlich sollten ab dem Moment, wo die Charakteristika des Gebietes und die Entwicklungsalternativen diskutiert werden, auch nicht-lokale Akteure in die Debatte eingebunden werden.

Lokale Akteure

In den Sondierungsgesprächen und in den Werkstätten (siehe Anhang 02) wurde der erste Eindruck bekräftigt, dass die einzelnen Quartiere im Untersuchungsgebiet kleinteilig, sozial stabil und teilweise nachbarschaftlich organisiert sind. Man kennt sich, trifft sich im örtlichen Lokal, in der Vereinsgaststätte oder der Kirche, weiß um die politischen Vorgänge und um seine Nachbarn. Das Gebiet habe – so wurde in den Werkstätten geäußert – einen im Vergleich mit Berlin geringen Anteil an Mietwohnungen und Geschosswohnungsbau und dementsprechend eine hohe Eigentumsquote. Einfamilienhäuser dominieren.

Insbesondere Heinersdorf und Blankenburg, aber auch der angrenzende Ortsteil Malchow werden sozial von aktiven Glaubensgemeinschaften, den freiwilligen Feuerwehren, den (Grund)Schulen und Kindergärten, der Albert-Schweitzer-Stiftung, dem Jugendclub, den Kleingarten-, Erholungs- und

Siedlervereinen, von Sport- , Angel- und Reitvereinen sowie durch die wenigen Treffpunkte, Kneipen, Restaurants und engagierten Gewerbetreibenden zusammengehalten.

Hinzu kommen natürlich die zahlreichen Vereine der Kleingarten- und Erholungsanlagen sowie der Bezirksverband der Kleingärtner Berlin-Weißensee e.V..

Einige Vereine und Gruppen engagieren sich explizit für eine Entwicklung der Ortsteile, verstehen sich aber als offene Plattform und vertreten – über die gemeinschaftlichen lokalen Interessen hinaus – keine spezifischen fachlichen Themen: Hierzu zählen die Zukunftswerkstatt Heinersdorf e.V. [3] und der Runde Tisch Blankenburg (Erläuterung dazu in Kapitel 2.3.). Nachdem der Senat beschlossen hat, Vorbereitende Untersuchungen (VU) für eine Entwicklungsmaßnahme mit ca. 5.000 – 6.000 neuen Wohnungen zwischen Blankenburg, Heinersdorf und Malchow einzuleiten, wurde auf Initiative des Runden Tischs Blankenburg und des Bezirks Pankow und mit Unterstützung der Stiftung Zukunft Berlin im Sommer 2016 das Forum Blankenburger Süden gegründet. „Es versteht sich als eine von Zivilgesellschaft und Politik gemeinsam getragene Plattform, die den öffentlichen Diskurs um die Planungen für die Ortsteile Heinersdorf, Blankenburg und Malchow organisiert. Sie möchte zu einer offenen, transparenten Beteiligung aller Interessen und einem respektvollen Meinungsaustausch beitragen.“[4]

Alle Initiativen im und um das Untersuchungsgebiet wurden eingeladen, am Forum Blankenburger Süden teilzunehmen: So auch die Gruppe „Pro Malchower Luch“, „Wir für Malchow e.V.“, die Vereinsmitglieder der „Garten- und Siedlerfreunde Anlage Blankenburg e.V.“, lokale Interessensvertreter*innen wie die Gewerbetreibenden und zahlreiche engagierte Privatpersonen, die nun an den bislang etwa monatlich stattfindenden Sitzungen teilnehmen.

Das Forum ist als Plattform für Information und Meinungsaustausch zum zentralen Seismographen für die Stimmungen und Haltungen vor Ort geworden, es leitet wichtige Informationen weiter, versteht sich auch als „Wächter*in des Beteiligungsprozesses“, übt in dieser Rolle konstruktive Kritik am Prozessablauf und an einzelnen Veranstaltungen.

Innerhalb diesen vielfältigen Formen bürgerschaftlichen Engagements finden sich auch zahlreiche einzelne Bürgerexpert*innen, die sich durch ihre kontinuierliche Arbeit zu Themen des Umwelt- und Naturschutzes, der lokalen Flora und Fauna oder zu Lösungsansätzen für die vorherrschenden städtebaulichen oder den Verkehr betreffenden Missstände vor Ort ein umfangreiches Spezial- und Fachwissen aneignen konnten, das durch persönliche Erfahrungen ergänzt wird. Dies wurde auf den vier Bürgerwerkstätten und in zahlreichen persönlichen Gesprächen deutlich. Und es wurde auch deutlich, dass dieses Wissen im weiteren Planungsprozess eingebunden werden sollte.

Folgende Konsequenzen für die Beteiligung lassen sich ableiten:

- **Interessen transparent machen:** Die Interessen, die jede einzelne Gruppierung verfolgt, sollten laufend abgefragt und öffentlich dokumentiert werden.
- **Vermittler*innen stärken**: Die vorhandenen – nicht an einzelne Interessen gebundenen – Organisationen und Personen sollten als Informationsgebende und als Moderator*innen von Teilprozessen aktiv mit eingebunden werden.

[3] Vgl. http://www.zukunftswerkstatt-heinersdorf.de/index.php (letzter Zugriff am 18.08.2017)

[4] https://dorfanger-blankenburg.de/cms/forum-blankenburger-sueden, Zugriff am 02. Juli 2017

- **Leise Stimmen hörbar machen**: auch nicht in Gruppen oder Initiativen Organisierte sollte fortwährend die Möglichkeit zur Kommunikation gegeben werden.

Anwohnerinnen und Anwohner

Die Bevölkerung im Untersuchungsgebiet ist nur auf den ersten Blick homogen. Ein Blick in die Statistik zeigt aber, dass es in den Stadtteilen bemerkenswerte Unterschiede gibt. Gemeinsam ist dem ganzen Blankenburger Süden allerdings ein großes Engagement für das Zusammenleben und für den eigenen Stadtteil (Kapitel 2.3). Dabei gibt es Personen und Vereinigungen mit unterschiedlichen und zum Teil auch widerstreitenden Interessen, die sich nicht nur, aber durchaus nachvollziehbar entlang der Stadtteilzugehörigkeit beschreiben lassen. Diese werden jeweils kurz porträtiert und mit Blick auf die besonderen Kommunikationsherausforderungen beschrieben (vgl. Anhang).

In Heinersdorf, Blankenburg und Stadtrandsiedlung Malchow (Märchenland[5]) leben laut dem statistischen Bericht des Landes Berlin vom 31.12.2016 15.336 Personen[6]. Im Untersuchungsgebiet der VU sind es nach Angaben der DSK/PFE ca. 3000 Menschen.

Die im Untersuchungsgebiet lebende und an das Untersuchungsgebiet angrenzende Bevölkerung hat einige besondere Merkmale, die auch für die Beteiligungskultur von Bedeutung sind. Der Altersdurchschnitt in allen Stadtteilen ist im Vergleich hoch, der Anteil an Kindern ist gering, der Anteil an ausländischen Mitbürger*innen sehr gering und der Anteil von Migrant*innen aus dem europäischen Raum im Vergleich zu Berlin hoch. Die Statistik zu den Wahlen des Abgeordnetenhauses von 2016 ergibt für Pankow 4 und 5 (u.a. Blankenburg und Heinersdorf), dass die Wahlbeteiligung in den Stadtteilen und im gesamten Bezirk überdurchschnittlich hoch war (68%). Im Schnitt haben die Parteien SPD, DIE LINKE jeweils ungefähr 20%, die AfD 17%, die Grünen 12%, die CDU 13% der gültigen Stimmen bekommen. Bei einer etwas genaueren Betrachtung fällt auf, dass der Wahlbezirk rund um die Erholungsanlage Blankenburg (413) einen überdurchschnittlich hohen Anteil an AfD-Wähler*innen aufweist (30,7%). Ähnliches gilt für den nördlichsten Teil Heinersdorfs (Wahlbezirk 517) (27,1 %). Der Anteil an AfD-Wähler*innen und Wähler*innen der LINKEN ist höher gewesen als im Berliner Durchschnitt, der von CDU und Grüne geringer[7].

Im Vergleich zwischen Blankenburg, Heinersdorf und der Stadtrandsiedlung Malchow lässt sich festhalten: Die Stadtrandsiedlung Malchow ist der historisch jüngste und demographisch älteste Stadtteil. Heinersdorf ist der – bezogen auf die Herkunftsländer - bunteste Stadtteil im Untersuchungsgebiet.

Aus diesen Daten lassen sich folgende Schlussfolgerungen für die Beteiligung ableiten:

- **Konservative Positionen ernst nehmen:** Die Beteiligungsmethoden sollten auch auf die konservativen Haltungen eingehen, es sollte viel vor Ort und in den vorhandenen Einrichtungen kommuniziert werden.
- **Veränderungsängste ernst nehmen:** Die teilweise vorhandenen Veränderungsängste sollten erkundet, beschrieben und dargestellt werden. Nur so können sie auch Eingang in

---

[5] Es wird davon ausgegangen, dass die Stadtrandsiedlung Malchow und der statistische Bezirk Märchenland deckungsgleich sind.

[6] https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2017/SB_A01-05-00_2016h02_BE.pdf. Zuletzt überprüft am 10. August 2017

7 https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BE2016/afspraes/details_wahlkreis-0304-pankow4_gesamt.html; https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BE2016/afspraes/details_wahlkreis-0305-pankow5_gesamt.html.

Abwägungsprozesse finden. Das stellt besonders große Anforderungen an eine hartnäckig transparente, der Objektivität verpflichtete Kommunikation.

- **Kommunikationswege anpassen:** Das hohe Durchschnittsalter erfordert zum Erreichen der lokalen Bürgerschaft den Einsatz von „konservativen“ Medien (Plakatierungen, Wochenzeitungen, Flyer)

2.1.4 Investierende, Projektentwickler*innen und Grundstückseigentümer*innen

Wohnungsbau

Die Wohnungsbauträger*innen werden die wichtigsten Protagonist*innen der zukünftigen Entwicklung sein. Dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eine besondere Rolle bei der Entwicklung der Gebiete spielen werden, ist wahrscheinlich. Aber auch weitere – regionale und überregionale – Akteur*innen im Wohnungsbau sollten relativ frühzeitig in die Entwicklung des Gebietes eingebunden werden.

Dies sind die Traditions- und jüngeren Genossenschaften, die ein Interesse am Neubau haben, private Bauträger*innen, die sich bereit erklären, preisgedämpft zu entwickeln und zu bauen, Projektentwickler*innen, die Objekte im Anschluss an die Entwicklung weiterverkaufen, und natürlich auch Einzeleigentümer*innen und Baugruppen.

Soziale Träger*innen, Bildung, Sport und Kultur

Sowohl die Albert-Schweitzer-Stiftung als auch die evangelische Kirche Blankenburg haben signalisiert, dass sie Interesse hätten, bei der Entwicklung von für bestimmte Zielgruppen angedachtem Wohnungsbau (Ältere, Kranke, kinderreiche Familien etc.) sowohl fachlich-unterstützend als auch investierend tätig sein zu wollen. Auch in diesem Segment ist noch von weiteren relevanten Akteur*innen auszugehen.

Das notwendige Angebot an Räumen für Sport, Bildung (inkl. Erwachsenenbildung, Kitas und Jugendangeboten) und Gemeinwesen (inkl. Stadtteilvereinen) sowie kulturellen Einrichtungen wird sich erst aus den konkreten Planungen ergeben. Im Bereich des Sports hat die SG Blankenburg signalisiert, eventuell ein Interesse an der Mitwirkung der Entwicklung von Sportanlagen und deren Betrieb zu haben. Ebenfalls ein Interesse an der Nutzung des zukünftigen Geländes hat der Reit- und Fahrverein Kleeblatt e.V.. Und schließlich sollten die aktiven Freiwilligen in die Entwicklung einbezogen werden.

Ein Bedarf an zusätzlichen spirituellen und Glaubensangeboten wurde bisher nur von der evangelischen Kirche formuliert.

Gewerbetreibende, Mobilität und Energie

Die Gewerbestandorte in Blankenburg und Heinersdorf müssen zwar nicht wegen des Projektes neu geordnet werden, geraten aber gerade deswegen in den Blick der Planung. Eventuell ist es auch sinnvoll, in die Konzeption des neuen Gebietes von Anfang an gewerbliche Verbände (IHK etc.) miteinzubinden, um dem Ideal einer gemischten Lage besonders nah zu kommen.

Das neue Gebiet braucht Innovationen im Bereich der Minimierung der Eingriffe in Natur und Landschaft, des Umgangs mit dem Regenwasser, der Energieversorgung, der Mobilität sowie der Ver- und Entsorgung. Auch hier könnte es sinnvoll sein, sehr früh potenzielle Akteur*innen einzubinden.

- **Positive Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen:** Die potenziell Investierenden sollen rechtzeitig in die Entwicklung der Grundsätze für das neue Quartier und in die Debatte um die Entwicklungsalternativen einbezogen werden, damit auch von der Invesititionsseite her eine gemischte genutzte Lage entstehen kann.

- **Investitionsziele deutlich machen:** Es sollte bei der Diskussion der Entwicklungsalternativen deutlich gemacht werden, dass verschiedenste Investor*innen gewünscht sind.
- **Gewerbliche Akteur*innen nicht vergessen:** Die Gewerbetreibenden haben sich bisher nicht am Prozess interessiert gezeigt, könnten aber insbesondere durch die anstehenden Veränderungen im Verkehr sowie möglicher Entwicklungsalternativen der Gebiete betroffen sein und müssen als potenziell Betroffene eingebunden werden.

2.1.5 Öffentliche Hand

Seitdem der Senat beschlossen hat, VU für eine Entwicklungsmaßnahme einzuleiten, hat die Federführung für das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ die Abteilung IV der SenStadtWohn des Landes Berlin.

Da das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ keine isoliert betrachtete Planung ist, sondern vielmehr mit der Ambition antritt, diesen Teil des Nordosten Berlins insgesamt weiter zu entwickeln, sind die Zuständigkeiten vielfältig. So entstehen etliche komplexe Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Themenfeldern: z.B. Schulstandortplanung / Naturschutz oder Verkehrsplanung / Städtebau / Finanzierung. Schnittstellen ergeben sich aber auch zwischen den Ebenen: z.B. Zuständigkeit für die Bebauungsplanung im Untersuchungsgebiet auf Bezirks- oder Senatsebene oder Zuständigkeit für die Entwicklung von einzelnen Gewerbestandorten.

Diese Vielfalt wird vom Team Blankenburger Süden der Senatsverwaltung für Wohnen und Stadtentwicklung überblickt und koordiniert. Das Team hat aber naturgemäß nicht auf alle das Projekt betreffende Themen und ihre Kommunikation unmittelbaren Zugriff. Daraus wird eventuell im weiteren Verlauf eine unübersichtliche Vielfalt der Absender*innen und – in politisch instabilen Zeiten – eine Konkurrenz dieser zueinander entstehen.

- **Interne Koordination der Kommunikation und Beteiligung:** Die Kommunikation aller das Projekt betreffenden Sachverhalte sollte an einem oder maximal zwei Punkten in der Verwaltung zusammenlaufen. Wichtig ist, dass die für Kommunikation Zuständigen immer ansprechbar sind und/oder Vertretungen organisiert sind.

2.2 Aktuelle Planungsthemen im Untersuchungsgebiet

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen hat die für das Untersuchungsgebiet aktuell relevanten Herausforderungen im Laufe des Beteiligungsprozesses noch einmal zusammengefasst und vorgestellt. Die zwei übersichtlichen Karten dazu finden Sie im Anhang 01.

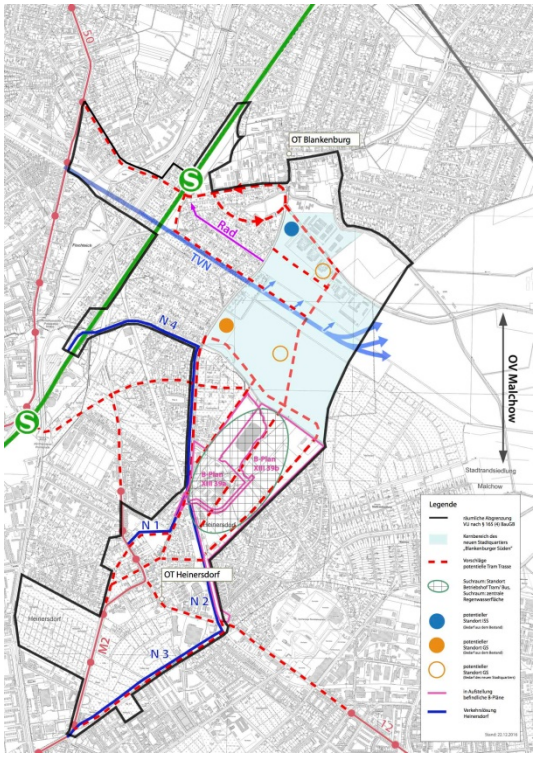

Abbildung 4 Zentrale Handlungserfordernisse, Quelle: SenStadtWohn 2017

Abbildung 5 „Sowieso-Konflikte", Quelle: SenStadtWohn 2017

2.2.1 Komplexität und Zeitläufe

Gerade die Wohnstandortentwicklung und die Verkehrsentwicklung arbeiten in sehr unterschiedlich determinierten Zeitgerüsten. Ähnliches gilt natürlich auch für die Planung der schulischen und sozialen Infrastruktur und für die Landschaftsplanung. Hinzu kommt, dass sich die Beteiligungsthemen mit lokaler und stadtweiter Relevanz an vielen Stellen überlagern und hier jeweils wieder unterschiedliche Rhythmen und Geschwindigkeiten haben. Der Eindruck, dass die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut, kann sich insbesondere bei den vor Ort engagierten Bürger*innen verfestigen.

Erschwerend hinzu kommt, dass die Fähigkeit, 20 bis 30 Jahre in die Zukunft zu denken, sowohl bei den planerischen Laien also auch in der Politik nicht unbedingt geübt ist.

- **Komplexität erst fachlich bewältigen:** Die Unsicherheit, die aus der Komplexität entsteht, kann nicht über die Beteiligung bewältigt werden. Erst wenn die relevanten Verwaltungsteile klare Ziele definiert haben, sollte die Energie und das (ehrenamtliche) Engagement der Bürger*innen für den Prozess angefragt werden.
- **Verwaltungsmeinung herstellen und transparent machen:** Grundsätzlich sollten alle Teile der Verwaltung sich zu den jeweiligen Beteiligungsthemen verständigen und so weit wie möglich einigen. Dabei kann und darf es durchaus der Fall sein, dass widerstreitende

Argumente in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dies allerdings nur in sachlicher und transparenter Form.

- **Reichweite der Beteiligungsthemen eindeutig festlegen:** Es ist klar und gegebenenfalls über unterschiedliche Kanäle zu kommunizieren, wann „ganz Berlin“ angesprochen ist und wann lokale Zielgruppen adressiert werden.
- **Zeit offensiv zum Thema machen:** Die Zeitläufe des Projektes müssen immer wieder thematisiert werden. Am besten mit einer gewissen erzählerischen oder humorvollen Art. Denn dass die Dinge lange dauern ist in Berlin ja Gewissheit. Dass sie in diesem Projekt aber lange dauern müssen und es keine Alternative gibt, muss sehr deutlich gemacht werden.

2.2.2 Verkehr

Die Verkehrslage in den Stadtteilen ist schon aktuell ausgesprochen schwierig. Rückstaus bis in die Ortskerne hinein, sehr lange Wartezeiten und überfüllte S-Bahnen gehören zu den täglichen Erfahrungen der Menschen aus Heinersdorf, Blankenburg und Malchow.

Folgende Infrastrukturmaßnahmen sind im Moment in der Diskussion:

- **Tangentialverbindung Nord (TVN):** Grundsätzlich ist seit über 20 Jahren geplant, den Nordosten Berlins auch mit überörtlich bedeutsamen Verkehrsinfrastrukturen zu entlasten, den Tangentialverbindungen Nord. Die Nord-Tangente führt durch das potenzielle Baufeld im Blankenburger Süden und durch die Erholungsanlage Blankenburg. Eine Zeitschiene für die Entwicklung der TVN steht noch nicht fest.
- **Tram-Trassen:** Die Tramlinie M 2 endet im Moment in der Ortsmitte Heinersdorf. Sie verkehrt dort alle 20 Minuten. Um das neue Stadtgebiet an das Tram Netz anzuschließen wird die Tramlinie M 2 verlängert und mit dem S-Bahnhof Blankenburg verknüpft.
- **Verkehrslösung Heinersdorf:** Die Ortslage Heinersdorf ist ein Nadelöhr für den Verkehr im südlichen Teil des Untersuchungsgebietes. Das Verkehrsaufkommen verhindert, dass der Ortskern Heinersdorf eine eigenständige Qualität entwickelt. Darüber hinaus ist die Lärmbelastung hoch. Es gibt Planungen (Verkehrslösung Heinersdorf), die Ortslage durch Trassenerweiterungen und Neubau vom Autoverkehr zu entlasten.

Die zukünftige Entwicklung kann nur über ein Zusammenspiel aus überörtlichen und örtlichen Maßnahmen und auf Basis eines umfassenden Mobilitätskonzeptes vorbereitet werden.

Da kein umfassendes Verkehrskonzept existiert, müssen die Entwicklungsalternativen, die in den VU entstehen werden, mit ihren Folgen und ihren Lösungsansätzen für die Mobilität gedacht und bewertet werden.

Dies alles geschieht in einem Kontext, in dem das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den Verkehrsthemen groß ist. Dazu trug insbesondere die fehlende Anbindung von Karow-Nord an das S-Bahn-Netz bei, aber auch einige andere Entscheidungen konnten – so ist es in den Bürgerwerkstätten deutlich geworden – offensichtlich nicht plausibel begründet oder gerechtfertigt werden. Vor diesem Hintergrund sind folgende Aspekte bei der Gestaltung von Beteiligungsformaten im Bereich der Verkehrsthemen besonders zu berücksichtigen:

- **Verwaltungshandeln harmonisieren:** Die zuständigen Verwaltungseinheiten müssen sich sehr eng abstimmen.

- **Verwaltungshandeln und Planungen transparent machen:** Die immense Komplexität der Verkehrsthemen erweckt sehr schnell das Gefühl von Intransparenz und schlimmstenfalls sogar von Inkompetenz. Dem kann nur mit umfassenden und gut zugänglichen Original-Informationen (Analysen, Pläne, Statistiken) begegnet werden, die zum einen für Laien aufbereitet sind, zum anderen aber auch im Original abgebildet werden. Dann hätten beteiligte Professionelle, von denen es einige im Untersuchungsgebiet gibt, die Chance, bis an die Quelle der Information vorzudringen. Vor allem muss nachvollziehbar bleiben, welche Argumente zu welchen Entscheidungen geführt haben und welche Argumente mit welcher Begründung keine Berücksichtigung gefunden haben.
- **Räumlich spezifisch kommunizieren und beteiligen:** Wenn die unterschiedlichen konkreten planerischen Lösungen vorgelegt werden, wird es nicht mehr „die“ Bürgerbeteiligung geben können, weil die unterschiedlichen Gebiete von den Maßnahmen unterschiedlich betroffen sein werden. Hier müssen die widerstreitenden Interessen der Bürger*innen in den einzelnen Lagen mit denen der Bürger*innen des Nordostraumes transparent gemacht und moderiert werden.
  Die größten Veränderungen bezogen auf den Verkehr sind in der Ortslage Heinersdorf und in der Erholungsanlage Blankenburg zu erwarten. Sie sollten bei allen Verkehrsthemen besondere Berücksichtigung finden.

2.2.3 Naturraum

Das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ wird aller Voraussicht nach großen Einfluss auf die vorhandene landschaftliche und ökologische Situation haben.

Im Gebiet befinden sich für Flora und Fauna sowie der Schutzgüter Boden, Wasser, Klima und Luft wertvolle Teilgebiete. Sie werden im Rahmen der VU näher betrachtet und klassifiziert.

Das Gebiet und seine angrenzenden Flächen werden von individuell Erholung Suchenden und von Vereinen (u.a. Reit- und Fahrverein Kleeblatt, Golfplatz) gut frequentiert.

Folgende Konsequenzen ergeben sich daraus für die Beteiligung:

- **Verlust von Natur- und Landschaftsqualitäten ernst nehmen:** Es ist davon auszugehen, dass das Thema „Verlust von Natur- und Landschaftsqualität“ sowieso zu Konflikten führen wird. Die Menschen brauchen das Vertrauen und die Gewissheit, dass die naturräumlichen Qualitäten von den Stadtplaner*innen gesehen und verstanden wurden und nicht „einfach platt gemacht“ werden. Maximale Transparenz, öffentlich nachvollziehbare Abwägungen und eine – allerdings nicht schönfärbende – Konzentration auf die möglichen positiven Effekte der Veränderungen gehören ebenfalls zu den notwendigen Kommunikationsstrategien.

2.2.4 Soziale Infrastruktur

Schon heute besteht Bedarf an mindestens zwei neuen Schulen für Wohnbauflächen im Untersuchungsgebiet: Einer neuen Grundschule und einer neuen Integrierten Sekundarschule. Es liegen erste Präferenzen für Standorte vor, die mit den Entwicklungsalternativen für den Blankenburger Süden abgeglichen werden müssen. Sollte das neue Quartier im Blankenburger Süden entstehen, besteht natürlich auch hier der Bedarf für weitere schulische und soziale Infrastruktur.

Ebenfalls schon heute ist die Versorgung mit Kindertagesstätten im Gebiet nicht ausreichend. Mit neuen Wohnungen wird der Bedarf weiter steigen.

Auch die Versorgung mit spezifischen Jugendeinrichtungen ist sehr gering. Die Begleitung und Betreuung der älter werdenden Bevölkerung wird im Moment vor allem von der Albert-Schweitzer-Stiftung und den Kirchen übernommen. Dies wird – inklusive der medizinischen Versorgung - angesichts des hohen Durchschnittsalters der Wohnbevölkerung eine der großen Herausforderungen im Gebiet werden.

- **Planung der Bildungsinfrastruktur als Beteiligungschance nutzen:** Die neue soziale Infrastruktur sollte im Sinne lebendiger und gut vernetzter Bildungslandschaften mit allen an formeller und informeller Bildung, an Betreuung und sozialer Arbeit Beteiligten gemeinsam diskutiert werden. Die Plattformen „Zukunftswerkstatt Heinersdorf“ und „Runder Tisch Blankenburg“ bilden hierfür hervorragend etablierte Diskussionsräume, die rechtzeitig genutzt werden sollten. Denn die aktive Zivilgesellschaft im Gebiet könnte als Nutzer*in von neuen Infrastrukturen profitieren und damit auch einen Beitrag zu lebendigen Standorten leisten.
- **Verwaltungshandeln und politische Entscheidungen harmonisieren:** Im Bereich der Bildungs- und Schulinfrastruktur müssen Bezirkspolitik /-verwaltung und Landespolitik /-verwaltung sowohl was die innere Schulentwicklung (Inhalte, Programm beim Land) als auch die äußere Schulentwicklung (Bedarfsplanung, Bau und Infrastruktur) betrifft, auf zwei Ebenen zusammenarbeiten. Hinzu kommt die beim Bezirk liegende Zuständigkeit für Kindergärten und Jugendeinrichtungen. Hier müssten zunächst verlässliche inhaltliche Ideen und Perspektiven entwickelt werden, bevor Bürger*innen über die Lage, die Inhalte und die Programmierung potenzieller Schulstandorte und/oder Kindertagesstätten beteiligt werden können.

2.2.5 Erholungsanlagen und Kleingartenanlagen

Es befinden sich zahlreiche Kleingartenanlagen und zwei Erholungsanlagen im Untersuchungsgebiet. Sie sind die größte Herausforderung für die Beteiligung im Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“.

Die Ausgangslage und die potenziellen Konfliktlagen sind denkbar komplex, denn die Kleingartenanlagen sind eigentumsrechtlich wie auch bzgl. des jeweiligen Schutzstatus differenziert zu betrachten: von der höchsten Schutzkategorie (V), in der keine Veränderungen zu erwarten sind, bis zur niedrigsten Schutzstufe (I). Die Erholungsanlagen sind von diesen Schutzkategorien allerdings nicht erfasst.

Für die Erholungsanlagen Blankenburg ist die Lage noch wesentlich komplexer. Die Erholungsanlage Blankenburg hat zwar eine gemischte Eigentümerstruktur und unterschiedliche Genehmigungslagen, befindet sich aber zu zwei Drittel im Landesbesitz. Es herrschen sehr unterschiedliche Ausgangslagen bezüglich der Fragen, wo gewohnt werden darf und wo nicht, welche Gebäude genehmigungsfähig waren und sind, welche nicht. Und: auch ohne Bauprojekt in der Nachbarschaft besteht Veränderungsbedarf wegen der schlechten Infrastrukturausstattung (Ver- und Entsorgung) und der Sicherheitsmängel (teilweise unzureichende Erschließungssituation für Rettungsfahrzeuge), die angegangen werden müssen.

Von etwas geringerer Komplexität ist die Situation in der Erholungsanlage Familiengärten. Hier kommt aber hinzu, dass der Grundeigentümer, die Boden AG Heinersdorf, sich in Liquidation befindet.

Und schließlich könnte auch die Kleingartenanlage Heinersdorf, die sich auf dem Grundstück der Wohnungsbaugenossenschaft Beamtenwohnverein eG entwickelt hat, zur Disposition stehen, wenn hier ggf. ein neuer Wohnstandort entwickelt werden sollte.

- **Kommunikative Kraft richtig einschätzen:** Die Kleingärten und Erholungsanlagen sind mit ihren wahrscheinlich mehr als 10.000 Mitgliedern eine kommunikative Größe, die besonders zu beachten ist. Hinzu kommt der ebenfalls starke Kleingartenverband. Sie sollten jeweils noch intensiver als bisher informiert und adressiert werden.
- **Informationsprivileg herstellen:** Gerade in den Kleingärten und Erholungsanlagen sollten die für sie relevanten Informationen sobald sie verlässlich sind unmittelbar über die jeweiligen Vereine kommuniziert werden, damit nicht das Gefühl entsteht, das Neueste „nur aus der Presse“ zu erfahren.
- **Abwägung vorbereiten:** Der Abwägungskonflikt zwischen persönlich/privatem Kleingartenvorteil, ökologischem Nutzen und Druck auf dem Wohnungsmarkt muss systematisch erläutert werden, damit sowohl die betroffenen Gärtner und Erholungssuchenden als auch die Stadtgesellschaft verstehen kann, dass ggf. eine Veränderung notwendig sein kann.
- **Gärten weiter entwickeln:** Ggf. könnte es sinnvoll und geboten sein, einen Teil einer Anlage zunächst in der Planung exemplarisch weiterzuentwickeln, so dass die Mischung aus Erholung und Wohnen auf ganz andere, ggf. auch sehr verdichtete Art vorstellbar wird.
- **Dezentral kommunizieren:** Die sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und die schiere Menge wird es notwendig machen, mit den jeweiligen einzelnen Adressaten*innen / Kleingarten- bzw. Erholungsanlagen zu kommunizieren. Auf jeden Fall muss dafür gesorgt werden, dass die von den potenziellen Veränderungen am meisten betroffenen Gebiete immer unmittelbar und als Erstes informiert werden, damit bereits heute schwelende Gerüchte keine allzu große Chance bekommen.
- **Ängste ernst nehmen und Prozess sozial managen:** Die persönlichen Ängste, die gewohnte Nachbarschaft zu verlieren, können sich zu dramatischen Erzählungen hochschaukeln - auch wenn alle darum bemüht sein werden, die Folgen von Veränderungen so gering wie möglich zu halten.

3 Grundlagen der Beteiligung

Gute Beteiligung braucht transparente Informationen, klar definierte Beteiligungsthemen und vor allem akzeptierte Dialogregeln. Sie braucht Vertrauen in die Fairness und Ehrlichkeit der Partner*innen und die Fähigkeit, sich in die Argumente und Bedenken des Gegenübers hinein zu versetzen.

All dies wurde seit August 2016 bereits praktiziert: Die SenStadtWohn ist offen auf alle Beteiligten zugegangen und hat laufend und intensiv informiert. So wurde schon sehr früh in einer ersten Informationsveranstaltung am 8. Februar 2017, die aufgrund der sehr hohen Nachfrage am 3. März 2017 wiederholt werden musste, über Anlass und Ansatz der Vorbereitenden Untersuchungen informiert. Im Vorfeld – also mit Beginn der Vorbereitenden Untersuchungen – wurde eine Projektseite im Internet freigeschaltet, auf der zeitnah über aktuelle Entwicklungen informiert wird und alle Entwicklungen dokumentiert werden: www.berlin.de/blankenburger-sueden.

Die Akteure vor Ort haben mit ihrer eingeübten Dialogkultur einen hervorragenden Rahmen für konstruktiv-kritische Gespräche bereitgehalten. Dabei dürfen die schlechten Erfahrungen mit vergangenen Beteiligungsprozessen nicht außer Acht gelassen werden. Darum wurde insbesondere in der ersten Bürgerwerkstatt, aber auch in den weiteren Bürgerwerkstätten, immer wieder über die notwendigen und möglichen Qualitäten der anstehenden Prozesse beraten. Die wesentlichen Ergebnisse finden sich in diesem Kapitel.

Aus der in Kapitel 2 beschriebenen extrem komplexen Ausgangslage, den Bürgerwerkstätten und den Anforderungen der SenStadtWohn ergeben sich einige spezifische Grundlagen für gute Beteiligung, die im Folgenden dargestellt werden.

3.1 Rahmenbedingungen und Gesamtstrategie des Landes Berlin

Auch wenn „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ im Moment vor allem ein lokal wahrgenommenes Projekt ist, muss es in eine Gesamtstrategie für „Wohnen und Beteiligung“ eingebettet werden. Denn nicht alle Debatten können nur am konkreten Projekt geführt werden. Sie müssen im Zusammenhang der gesamtstädtischen Entwicklung argumentiert werden.

Folgende Themen und Fragestellung werden also Wirkung auf das Projekt haben, ohne dass sie ausschließlich im Projekt diskutiert werden können:

- Wie sieht die grundsätzliche Haltung zu Themen des bezahlbaren Wohnungsbaus aus (Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030)?
- Welche Linie entwickelt die SenUVK bezüglich einer neuen Mobilitätsstrategie?
- Wie positionieren sich Land und Bezirk im Rahmen der gesetzlichen und planerischen Vorschriften zu Fragen des Arten- und Klimaschutzes (Landschaftsprogramm)?
- Welche generellen Leitlinien wird der Senat für die zukünftige Bürgerbeteiligung verabschieden?
- Welche stadtweiten Gremien und Strukturen werden für eine fachliche, aktive und mit der Öffentlichkeit geführte Diskussion der neuen großen Wohnungsbauvorhaben gebraucht?
- Ist die Prüfung und Entwicklung von „potenziellen“ Wohnungsbauvorhaben der Wohnungsbaugesellschaften prioritär zu behandeln?

- Welche Instrumente und Strukturen stehen zur Verfügung, um die verschiedenen Bauvorhaben, z. B. in Pankow Heinersdorf, Buch, Karow, Blankenburg oder Malchow, im Zusammenhang zu betrachten?
- Wie gehen wir damit um, wenn sich die „Rahmenbedingungen“ ändern (Zuzug geringer als erwartet, Wohnbaubedarf stagniert oder geht zurück, Unterkünfte für Geflüchtete werden gebraucht)?

Diese grundsätzlichen Fragestellungen sind von gesamtstädtischer Relevanz und können nicht allein im Rahmen des Projekts „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ beantwortet werden. Obwohl sich das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ in einem komplexen Feld unterschiedlicher Wechselbeziehungen von Planungen befindet, wird es nicht möglich sein, diese Fragen in ihrer Gänze auszudiskutieren bevor die Planungen beginnen. Dies bedeutet auch, das einige Prozesse parallel laufen müssen.

3.2 Grundverständnis der Beteiligung

Die SenStadtWohn und das Forum Blankenburger Süden haben im November 2016 ein Grundverständnis und Grundansatz für die Öffentlichkeitsbeteiligung mit folgenden Prämissen abgestimmt[8] :

- Die Entwicklung des neuen Stadtquartiers "Blankenburger Süden" wird von Beginn an durch einen breit und offen angelegten Kommunikations- und Partizipationsprozess begleitet.
- Die Akteure vor Ort (Bewohnerinnen und Bewohner, Eigentümerschaft, Gewerbetreibende, Beschäftigte, Erholungssuchende, Initiativen u.a.) bringen dabei ihre Kenntnisse, Ideen, Erwartungen und Betroffenheiten ein. Dadurch gestalten sie die Entwicklung des Stadtquartiers und seiner Umgebung aktiv mit. Die gesetzlich geregelten Verfahren der repräsentativ-demokratischen Entscheidungen durch die BVV, das Bezirksamt, das Abgeordnetenhaus oder den Senat werden damit um eine gemeinsame Entscheidungsvorbereitung ergänzt.
- In diesem Partizipations- und Kommunikationsprozess werden die unterschiedlichen Interessen, Rollen, Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der einzelnen Akteure kommuniziert und beachtet.
- Aufgrund der Langfristigkeit der beabsichtigten Entwicklung (mehr als zehn Jahre), der Größe, Komplexität und der unterschiedlichen Strukturen des Untersuchungsgebietes und der Nachbarschaft des neuen Quartiers sowie der grundsätzlichen Offenheit des Entwicklungsansatzes ist eine Festlegung auf starre Formate und Routinen der Kommunikation und Partizipation nicht sinnvoll. Der Kommunikations- und Partizipationsprozess wird entsprechend der Entwicklungen, Aufgabenstellungen und Diskussionsbezügen offen gestaltet.
- Bisher etablierte Strukturen, Prozesse, Initiativen und Formate – wie z.B. die örtlichen Bürgerinitiativen (insbesondere die AG Stadtentwicklung Blankenburg und die

[8] http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnungsbau/blankenburger-sueden/de/beteiligung/partizipation.shtml

Zukunftswerkstatt Heinersdorf), die sich zum Forum Blankenburger Süden zusammengeschlossen haben – werden als wichtige Potentiale und Ankerpunkte für einen zielführenden Kommunikations- und Partizipationsprozess angesehen.

3.3 Eckpfeiler guter (und schlechter) Beteiligung

In den Bürgerwerkstätten – hier insbesondere der Bürgerwerkstatt 1 – hatten weitere Interessierte die Möglichkeit, diese Grundsätze guter Beteiligung (vgl. Kapitel 3.2) zu ergänzen und weiter zu schreiben. Hinzu kam ein verwaltungsinterner Werteworkshop, zu dem die SenStadtWohn die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie die Bezirksverwaltung eingeladen hatte. Aus diesen drei Quellen (vgl. Anhang 2) können folgende Grundsätze für gute Beteiligung zusammengetragen werden, die bereits durch die SenStadtWohn im Erstellungsprozess „gelebt“ wurden und weiterhin die Dialogkultur prägen:

- **Transparenz:** Die Möglichkeiten und Ziele, aber auch die Grenzen und Hindernisse des Beteiligungsprozesses müssen offengelegt werden, damit alle für den Partizipationsprozess relevanten Akteure – Bürger*innen, Verwaltungen und Politik – auf einer vertrauensvollen Basis miteinander über die Planung und Umsetzung des neuen Stadtquartiers ins Gespräch kommen können. Relevante Informationen aller Beteiligten werden – soweit sinnvoll und (z.B. rechtlich) möglich – so früh und so verständlich wie möglich veröffentlicht. Das gilt für Behörden, Unternehmen, Vereine, Initiativen und auch einzelne Bürger*innen gleichermaßen.
- **Nachvollziehbare Inhalte:** Grundlegende Informationen werden so aufbereitet, dass sie für möglichst viele Menschen verständlich sind. Wenn das nicht möglich ist, werden Übersetzungshilfen angeboten und Ansprechpartner*innen für die vertiefende Information benannt.
- **Verschiedene Zugänge:** Beteiligung muss auf vielen Kanälen in unterschiedlichen Kulturen stattfinden, damit viele angesprochen werden. Es werden Informations- und Konsultationsangebote für unterschiedliche Alters- und Begabungsarten, für unterschiedliche Herkünfte und Haltungen geschaffen. Dies wird über die vorgeschlagenen Dialogangebote angestrebt.
- **Wirksames Engagement:** Beteiligung wird nur dann initiiert, wenn absehbar ist, dass eine Wirkung gewünscht wird. Scheinbeteiligung und irrelevante, „werbende“ Kommunikation müssen vermieden werden. Die Grenzen der Beteiligung müssen von Anfang an deutlich gemacht werden. Deshalb werden im Rahmen des Beteiligungskonzeptes Themen vorgeschlagen, die eine Relevanz entfalten können, und klargemacht, wie mit den Ergebnissen im weiteren Planungs- und Entscheidungsprozess verfahren wird.
- **Konfliktfähigkeit**: Es wird Meinungsverschiedenheiten geben. Darum brauchen alle Beteiligten die Fähigkeit und den moderierten Rahmen, um Konflikte sichtbar auszutragen und Debatten um die Sache zu führen.
- **Integriertes Handeln:** Alle Beteiligte des Prozesses sind aufgefordert, für ihre Akteursgruppe möglichst integriert und konsistent zu kommunizieren und zu handeln. Das gilt für die unterschiedlichen Teile der Verwaltung, aber auch für Bürgerinitiativen und Unternehmen. Und das gilt für die Verbindung von formeller und informeller Bürgerbeteiligung, die aufeinander Bezug nehmend abgestimmt werden müssen.

Zu diesen Qualitäten wurden in der ersten Bürgerwerkstatt auch negative Aspekte beschrieben, die noch einmal verdeutlichen, was vermieden werden sollte:

- **Alibi-Beteiligung:** Scheinbeteiligung, um die politischen Interessen zu vertreten oder den Nachweis zu führen, dass man „ja gefragt“ hätte.
- **Intransparenz:** Intransparente Entscheidungen oder innere Fahrpläne, die erst im Nachhinein sichtbar werden und lange aufgebautes Vertrauen zerstören.
- **Parallele und undurchsichtige Entscheidungsprozesse**: Konkurrierende Prozesse, die von unterschiedlichen Teilen der Verwaltung begonnen werden und die Teilhabemöglichkeit der Menschen vor Ort überlasten oder die Beteiligten womöglich gegeneinander ausspielen.
- **Falsche Versprechungen und mangelnde Verbindlichkeit:** Das Schüren von falschen Hoffnungen, die aufgrund von rechtlichen Rahmenbedingungen nicht erfüllt werden können, oder falschen Versprechungen, was die Wirksamkeit von Beteiligung angeht.
- **Unbegründeter, (partei)politisch motivierter Prozessverlauf** oder Abbruch von Projekten, bei denen viel Beteiligung stattgefunden hat.
- **Versteckte Interessen,** die nicht offen und ehrlich kommuniziert werden.
- **Vorgeschobene Argumente** statt Benennung der tatsächlichen Zielstellung und Absichten der Akteure – sowohl auf Seiten der Verwaltung wie auch der Bürgerschaft.

Diese Punkte wurden eigens in Dialogregeln (vgl. Kapitel 3.5) festgehalten.

3.4 Beteiligungsstufen

Diese grundlegenden Qualitäten der anstehenden Beteiligungsprozesse sind der Nährboden, auf dem eine gute Beteiligungskultur entstehen kann. Gelingen kann der extrem komplexe Prozess aber nur, wenn er seitens der SenStadtWohn integriert und klar gesteuert wird und die (Zwischen)Ergebnisse von allen jeweils zuständigen Behörden (den verschiedenen Senatsverwaltungen und Bezirksämtern) mitgetragen werden. Dafür wird es notwendig sein, dass die jeweiligen Spitzen der verschiedenen Verwaltungen sich regelmäßig über die strategischen Eckpunkte des Vorhabens verständigen.

Die Beteiligungsstufen für den Blankenburger Süden

Dieser gemeinsame Grundansatz geht – entsprechend des Berliner „Handbuches zur Partizipation“ – von den vier Stufen der Partizipation aus, die auch die Basis für das Beteiligungskonzept bieten:

- 1. Information
- 2. Konsultation
- 3. Kooperation
- 4. Koproduktion

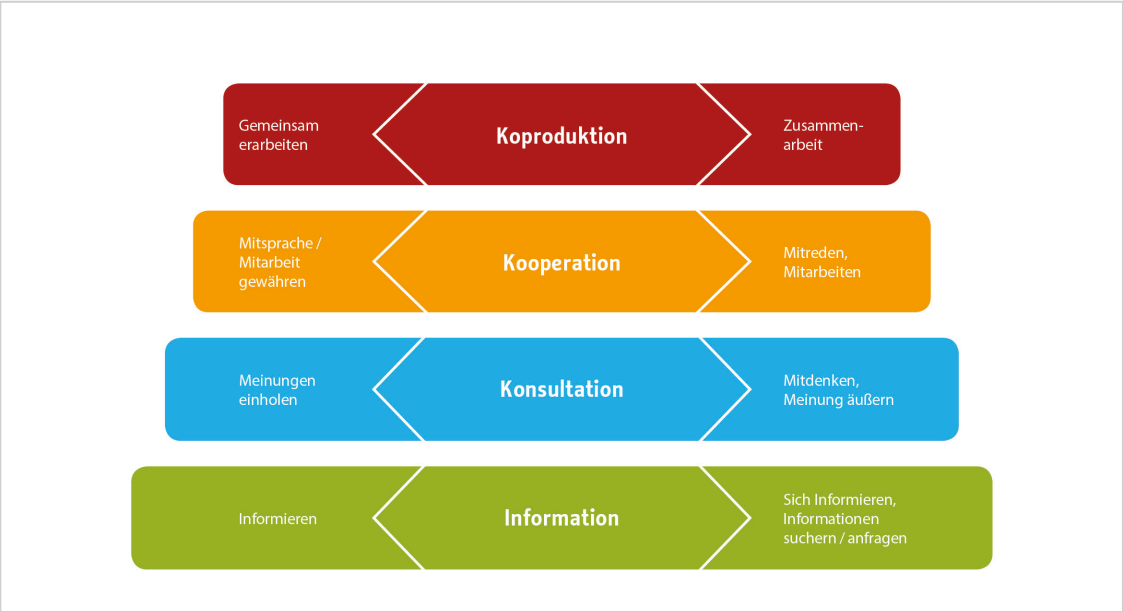

Abbildung 6 Die Beteiligungsstufen in Berlin, Quelle: eigene Darstellung 2017 orientiert am Handbuch zur Partizipation der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (2012), Download: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf

Bezogen auf die Vorbereitenden Untersuchungen befindet sich das Projekt in 2017 **in der ersten Stufe der Entwicklung**[9] - noch weit weg von Themen der konkreten baulichen Planung oder gar der Realisierung, aber nah dran an Grundsatzentscheidungen wie „Einwohnerzahlen als Richtlinien für die zu errichtenden Wohneinheiten", „grobe Anordnung von Nutzungszonen", „Erschließung" oder „Verdichtung von Bestands- und Errichtung von Neubaugebieten". Auf Seiten der Bürger*innen herrscht weitestgehend Einigkeit darüber, dass alle politisch-strategischen Entscheidungen von den gewählten politischen Vertreter*innen gefällt werden.

Das heißt, dass die Beteiligung im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen vor allem in den Stufen **„Informieren"** und **„Konsultieren"** stattfindet. Das Wissen und die Meinung der Bürger*innen sollen qualifiziert eingeholt und kommuniziert werden, damit sich die politischen Vertreter*innen eine Meinung auf dieser Basis bilden können. Sollte beschlossen werden, dass der Blankenburger Süden entwickelt wird, werden die Beteiligungsthemen kleinteiliger: Wer investiert? Welcher Städtebau wird die Grundlage sein? Welche Nutzungen sollen wo exakt Raum finden? Wie wird der öffentliche Raum gestaltet? Auch hier wird weiterhin Information und Konsultation stattfinden, es werden aber auch Partner*innen für die Kooperation und Koproduktion gebraucht.

1. **Informieren:** Aktuelle Sachstände, Gutachten, Analysen und Entwürfe werden so schnell und so umfassend wie möglich öffentlich gemacht. Veranstaltungen werden so weit wie möglich und sinnvoll live übertragen und auf jeden Fall dokumentiert. Auf der **Internetseite: www.berlin.de/blankenburger-sueden** wird regelmäßig und kontinuierlich über aktuelle Entwicklungen informiert. Darüber hinaus sollen möglichst viele Bürger*innen dazu in die Lage versetzt werden, die komplexen Sachverhalte zu verstehen und sich dazu zu positionieren. Auf **Informationsveranstaltungen vor Ort** wird über den bisherigen Planungsstand und die geplanten Vorbereitenden Untersuchungen oder andere übergreifende Planungen informiert. Die bereits durchgeführten Informationsveranstaltungen zum Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden" bieten sich hier als gute Orientierung bezüglich der Größe, dem inhaltlichen Aufbau und

[9] siehe mehr dazu in Kapitel 4 zu den Vorbereitenden Untersuchungen

den „Gesprächsangeboten“ an. Die gemeinsam von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie der SenStadtWohn organisierte Verkehrsinformationsveranstaltung im Juni 2017 ist beispielgebend mit Blick auf eine transparente Kommunikationspolitik und einer gemeinsamen Zusammenarbeit der Behörden. Alle Beteiligungsangebote und Ergebnisse werden aktiv kommuniziert. Es wird berichtet, wie mit den Ergebnissen der Beteiligung im weiteren Prozess umgegangen wird oder wurde.

2. **Konsultieren:** Bei allen zentralen strategischen und richtungsweisenden Entscheidungen ist es wichtig, die öffentliche Meinung einzuholen. Hier geht es im weiteren Planungsprozess darum, die Bürger*innen zu inhaltlichen Fragen als Expert*innen ihrer Stadt und ihrer Nachbarschaft ernst zu nehmen. Erste Probleme und Chancen zu dem Vorhaben wurden bereits bei den Bürgerwerkstätten und auf den Informationsveranstaltungen zusammengetragen und den Planungsbüros der Vorbereitenden Untersuchungen übergeben. Im nächsten Schritt wird es vor allem um die Konsultation bei den Vorbereitenden Untersuchungen und möglichen Entwicklungsalternativen gehen (vgl. Kapitel 4).
3. **Kooperieren** und **4. Koproduzieren:** Diese Beteiligungsstufen waren und werden punktuell relevant. So kann das Beteiligungskonzept selbst als Koproduktion zwischen der Senatsverwaltung Stadtentwicklung und Wohnen, den Bürger*innen, dem Forum Blankenburger Süden, dem Bezirk und den Fachleuten benannt werden. Auch in der Phase bis zum Beschluss über die Entwicklungsmaßnahme Anfang 2019 wird es immer wieder zu Kooperationen (bei Veranstaltungen) oder zu Koproduktionen (z.B. mit der Wohnungswirtschaft) kommen. Möglichkeiten zur konkreten Kooperation und zur Koproduktion gibt es vor allem in den lokalen Themen. Die Bürgerbeteiligung zur Rahmenplanung Heinersdorf wird in Kooperation mit der Zukunftswerkstatt Heinersdorf konzipiert und durchgeführt.

3.5 Schlussfolgerung: Es braucht Dialogregeln für alle Beteiligten

Die grundlegenden Qualitäten der anstehenden Beteiligungsprozesse sind der Nährboden, auf dem eine gute Beteiligungskultur entstehen kann. Deshalb ist es wichtig, sich vor Beginn des Beteiligungsverfahrens auf Regeln zu verständigen, auf die sich alle Beteiligten immer wieder berufen können. Sie müssen verlässlich gelebt und regelmäßig überprüft werden. Es ist ein Qualitätsversprechen an die Zukunft und Grundlage für den Beteiligungsprozess.

Im Rahmen der Bürgerwerkstätten zur Erstellung des Beteiligungskonzeptes wurden die Erwartungen an eine gute Beteiligung formuliert und abgestimmt, unter welchen Bedingungen und Spielregeln sie funktioniert. Aufbauend auf den Ergebnissen der Bürgerwerkstätten, dem Grundverständnis der SenStadtWohn und des Forums Blankenburger Süden sowie mit der Expertise aus vielen Dialogprozessen und Leitlinienprozessen guter Bürgerbeteiligung lassen sich folgende Dialogregeln ableiten:

Dialogregeln für das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“

1. **Ergebnisoffenheit und Sachorientierung**
   - Das Verfahren ist ergebnisoffen bezüglich der Ausgestaltung. Die Motivation aller beteiligten Akteure, eine Beteiligung durchzuführen, ist an inhaltlicher Erkenntnis und dem Sachthema orientiert. Die organisierenden Akteure (Verwaltung, Politik, Projektbeirat,

Geschäftsstelle, Forum Blankenburger Süden) [10] verstehen sich als aktiver Bestandteil des Beteiligungsprozesses und gehen auf Fragen und Anregungen der Bürger*innen ein.

2. **Entscheidungsspielraum und Relevanz**

   - Es gibt etwas zu entscheiden oder zu beeinflussen. Bei allen Beteiligungsschritten muss klar sein, auf welcher „Stufe“ sich das Thema gerade befindet: Information, Konsultation oder Kooperation / Koproduktion. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung geben für den weiteren Planungsprozess Impulse und Anregungen, um die Entwicklung des Blankenburger Südens konstruktiv zu gestalten und auf eine gemeinsame Basis zu stellen. Zentrale Ergebnisse werden im politischen Raum – möglichst fraktionsübergreifend - beschlossen.

3. **Transparenz, Transparenz, Transparenz**

   - Der Dialogprozess gewährleistet, dass sich alle Beteiligten „auf Augenhöhe“ begegnen können. Zentrale Voraussetzung ist, dass alle so weit wie möglich über Informationsgrundlagen verfügen. Es wird offen und verständlich über die relevanten laufenden **Prozesse** informiert. Informationen werden rechtzeitig, kontinuierlich, transparent, klar und verständlich, ehrlich und offen zur Verfügung gestellt und kommuniziert. Der Prozess und seine jeweiligen Zwischen- oder Endergebnisse werden transparent gemacht und erläutert. Das **(Fach)Wissen** wird nach Möglichkeit öffentlich zugänglich gemacht und zur Verfügung gestellt. Es soll darüber hinaus bei wichtigen Grundsatzentscheidungen nachvollziehbar sein, wie und von wem welche **Entscheidungen** getroffen wurden.

4. **Neutrale Moderation und Steuerung des Verfahrens**

   Die unabhängige Moderation achtet auf die Einhaltung der Spielregeln bei den verschiedenen Beteiligten. Alle Teilnehmenden erkennen diese Rolle der Moderation an. Der Gesamtprozess und die einzelnen Formate sind so gestaltet, dass alle Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen und fair behandelt werden. Die Moderation sorgt für eine angenehme und ergebnisoffene Diskussionsatmosphäre. Sie verhält sich neutral und gewinnend. Das Konzept stellt sicher, dass der Dialog qualifiziert erfolgt und die Ergebnisse anschlussfähig sind.

5. **Fairness und Spielregeln**

   - Um während des Prozesses einen konstruktiven und fairen Dialog und eine ergebnisorientierte Arbeitsatmosphäre zu ermöglichen, bedarf es für alle Teilnehmenden Spielregeln, die festhalten, wie miteinander kommuniziert und umgegangen wird:

     1. Der **sachliche Dialog** steht im Vordergrund: Auseinandersetzungen werden über Argumente und nicht mit Personen geführt. Jede und jeder kommt zu Wort. Jede und jeder lässt die oder den anderen ausreden.

     2. Ein **respektvoller Umgang** ist zentral. Alle Beteiligten lassen das Gegenüber ausreden und hören die Argumente. Dabei sollte sich jeder so kurz wie möglich fassen, damit auch andere Raum für ihre Argumente haben.

---

10 Eine vollständige Auflistung aller Akteure findet sich in Kapitel 6.

3. Alle Beteiligten sind **offen für konstruktive und wohlmeinende Kritik**. Sie sind bereit, noch nicht bekannte Argumente zu hören und die eigene Meinung zu verändern. Sie verhalten sich fair, sind konstruktiv, um eventuelle Konflikte zu lösen und diese **nicht nach außen zu tragen** („Gerüchteküche"). Auch Ängste und Befürchtungen sollen offensiv angesprochen werden.
4. Es ist wünschenswert, dass sich die Beteiligten offen und unter ihrem Namen an der Diskussion beteiligen. Daneben sollte (auf der Internetplattform) eine geschützte Beteiligung mit Pseudonym ermöglicht werden – die Anonymität darf aber nicht für Regelverletzungen missbraucht werden.
5. Alle eingreifenden Maßnahmen (Interventionen) der Online-Moderation werden aus Gründen der Nachvollziehbarkeit protokolliert.

6. Dialog auf Augenhöhe

- Ergebnisse werden in einer neutralen, nachvollziehbaren und ergebnisoffenen Form aufbereitet und zeitnah veröffentlicht. Im Verlauf des Dialogprozesses werden die grundlegenden Informationen verständlich aufbereitet, so dass ein breiter Kreis der Bevölkerung sich einfach mit dem Vorhaben „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden" beschäftigen kann. Die Kommunikationsmaßnahmen werden so angelegt, dass bei den stadtweiten Themen eine breite Bevölkerung vom Dialogprozess und den Möglichkeiten der Mitsprache erfährt.

7. Feedback auf die Ergebnisse des Verfahrens

- Die stadtentwicklungspolitischen Sprecher der Fraktionen des Abgeordnetenhauses und der BVV Pankow sind aktiver Teil des Dialogprozesses, um eine durch die Argumente und Ergebnisse des Bürgerdialogs qualifizierte Entscheidung im Abgeordnetenhaus zu treffen. Nach dem Ende des Verfahrens werden die Bürgerinnen und Bürger über den Fortgang des Prozesses informiert. Eine weitere Beteiligung der Öffentlichkeit zu weiteren Zeitpunkten der Planungen ist für einen Erfolg des Prozesses notwendig.

Diese Dialogregeln sind im nächsten Schritt mit den Projektbeteiligten abzustimmen[11].

3.6 Kommunikationslinien und Botschaften

Beteiligung und Kommunikation müssen gemeinsam gedacht werden. Beteiligungsmöglichkeiten können einerseits Inhalte des Projekts kommunizieren, andererseits braucht es Kommunikationskanäle, um über das Projekt zu informieren und die Beteiligungsmöglichkeiten bekannt zu machen.

Mit Blick auf die Herausforderungen und den verschiedenen Gruppen und Akteuren ist es natürlich die Kunst, für die adressierten Zielgruppe die relevanten Informationen verständlich zu vermitteln - denn nicht jede und jeder interessiert sich für alle Aspekte eines Prozesses.

[11] Diese Spielregeln und Qualitäten wurden zusammengeführt und sollten im Rahmen der nächsten Sitzung des Forums Blankenburger Süden final besprochen werden. Die nächste Großveranstaltung (vsl. Auftaktarena Anfang 2018) ist ein geeigneter Zeitpunkt, um sich öffentlich auf diese Spielregeln zu verständigen. Eine öffentliche Unterzeichnung durch alle Projektbeteiligten der Dialogregeln ist anzustreben.

Übergreifend braucht es ein verbindendes Leitmotiv der Kommunikation, die dem bisherigen Vorgehen entspricht und auch für die Zukunft trägt. Drei zentrale Kommunikationslinien bilden die Basis für die Beteiligung:

1. **Kontinuierlich nach außen kommunizieren und sachlich informieren** an die Berliner Stadtgesellschaft, die Menschen im Blankenburger Süden, das Umland sowie die Fachleute und involvierten Planer*innen und Entscheidungsträger*innen.
2. **Identität nach innen und ein stabiles Fundament schaffen** durch die Ansprache und Beteiligung der „direkt betroffenen" Adressatengruppen (Anwohner*innen, Anrainer*innen, Initiativen und Institutionen vor Ort).
3. **Gemeinsam aktiv sein, um der Stadt Bestes zu suchen – und zu finden!**. Und dabei die Einzel- und Gemeinwohlinteressen in Beziehung setzen, Gesicht und Verbundenheit mit den Menschen vor Ort zeigen und die Belange ernst nehmen.

Für den Projekterfolg ist es wichtig, den Blankenburger Süden ins Gespräch zu bringen und zu hören, was vor Ort und in Berlin diskutiert wird bzw. zu überlegen, wo das Projekt anzudocken wäre, welche Unterstützung und welche Widerstände sich aufbauen (könnten) - vom Stand auf dem Stadtteilfest bis hin zur Präsentation des Projektes auf stadtweiten Debatten (z.B. dem Stadtforum Berlin, Begleitkreis StEP Wohnen).

Titel

Die zentralen Kommunikationslinien werden durch den Titel **„Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden"** zusammengeführt. Er vermittelt zugleich die strategische Botschaft, dass Wohnungen gebraucht werden und gebaut wird, aber auch der Stadtraum noch nicht „fertig" ist und die Stadt an diesem Ort in Verbindung mit der Nachbarschaft weitergebaut / weiterentwickelt wird.

Botschaften

Das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden" ist komplex. Auch für diejenigen, die es kommunizieren müssen. Die Kommunikation muss gleichermaßen die Nachbar*innen des Untersuchungsgebietes wie auch die Bürger*innen Berlins, die Fachleute und die nicht im Thema Steckenden Personen erreichen.

Damit dies gelingen kann, müssen einige **zentrale Botschaften** den gesamten Prozess begleiten:

- **Berlin wächst und braucht neue Wohnungen:** Berlin wächst, Berlin braucht Wohnungen – auch in neuen und modernen, an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit ausgerichteten Stadtquartieren von beispielgebender Qualität. Das „neue Wohnen" ist vor allem auf verfügbaren Flächen des Landes Berlin zu verwirklichen. Die Wohnungsbaugesellschaften spielen dabei eine zentrale Rolle, um den benötigten günstigen Wohnraum zu schaffen.
- **Das geplante Stadtquartier „Blankenburger Süden" hat einen erheblichen Anteil an der Gesamtberliner Strategie zur Deckung des benötigten Wohnraums**. Das Vorhaben „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden" leistet einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Wohnungsbauprobleme in Berlin. Sollten auf dem ehemaligen Rieselfeld tatsächlich 5.000 bis 6.000 Wohnungen gebaut werden, würde damit ein Großteil der in Berlin benötigten

neuen Wohnungen fertiggestellt sein. Dies macht es zu einem der größten Neubauvorhaben in Berlin.

- **Es wird integriert geplant und gehandelt:** Die Planung von neuen Stadtquartieren benötigt einen engen Austausch mit den anderen Fachbehörden (z.B. Infrastruktur-/ Verkehrs- und Freiraumplanungen). Es ist eine Chance, um zu zeigen, wie das gemeinsame Planen funktioniert und was Verwaltung „leisten" kann, wenn sie offensiv mit Veränderungsprozessen umgeht und Ressourcen bündelt.
- **Das Projektumfeld muss weiterentwickelt werden – so oder so:** Das Projekt wird als integrierte Gesamtmaßnahme mit Wohnungsbauschwerpunkt begriffen. „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden" setzt die Lösung vorhandener Strukturprobleme vor Ort voraus. Der Nordosten ist lange vernachlässigt worden, wir nutzen die Wohnungsbaustrategie, um die sowieso erforderlichen Handlungserfordernisse anzugehen (Nordosten Berlins, Pankow, Blankenburger Süden). Im Rahmen des Projektes und der eventuellen Einstufung als städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach § 165 Baugesetzbuch bietet sich die Gelegenheit, lange Zeit aufgeschobene aber notwendige Infrastrukturprojekte endlich anzugehen und integriert zu planen: vom Quartiersneubau zum Stadtentwicklungsprojekt. Für das Vertrauen in die Politik und Verwaltung ist der „vernachlässigte" Berliner Nordosten auch ohne „Neubau" mit hoher Priorität weiterzuentwickeln und zu fokussieren. Hierfür müssen Ressourcen und koordinierende Leistungen eingeplant werden – so oder so.
- **Einzigartiges Projekt der Beteiligungskultur bei Großvorhaben:** Für einen mehrjährigen Prozess braucht es stabile Strukturen, um ein kooperatives und vertrauensvolles Zusammenwirken von Bürgerschaft, Verwaltung und Politik zu erreichen. Besonders ist, dass interessierte Bürger*innen bereits an der Entwicklung des Kommunikations- und Beteiligungskonzeptes mitwirken und so die künftig stattfindende Bürgerbeteiligung und die Themen und Formate mitbestimmen konnten. Besonders sind außerdem die vorgefundenen Strukturen (z.B. Forum Blankenburger Süden/ Bürgerinitiativen), die aufgegriffen und im Rahmen des Beteiligungskonzeptes weiterentwickelt werden (z.B. Arena, Projektbeirat). Die Erfahrungen aus dem Beteiligungsprozess – der besonderen Art der Konzeption der Beteiligung – werden zeigen, was aus dem Sonderfall des Blankenburger Südens mit dem zivilgesellschaftlichen Akteur des Forums Blankenburger Süden für die Berliner Planungspraxis „alltagstauglich" bleibt und inwiefern das Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden" zu einem modellhaften Ansatz für für Bürgerbeteiligung in Berlin und deutschlandweit zu einem Projekt mit Vorbildfunktion werden kann.
- **Zeit und Geld für gute Beteiligung:** Für die geplanten Neubauquartiere braucht es Freiräume und Ressourcen – das betrifft sowohl die internen Stellen der beteiligten Senatsverwaltungen als auch in den Bezirksverwaltungen (die sich mit der Bürgerbeteiligung und den Neubauprojekten beschäftigen). Und es braucht angemessene finanzielle Ressourcen für die Bürgerbeteiligung und Kommunikation sowie deren Umsetzung. Diese finanzielle Sicherheit zu schaffen, um Raum und die Zeit für einen sachlichen Austausch zu schaffen, ist eine zentrale Aufgabe seitens der Initiator*innen (SenStadtWohn, Senat von Berlin, Abgeordnetenhaus) des Gesamtverfahrens. Das gilt umso mehr für das „Experimentieren" (z.B. Labore, Projektbüro).

3.7 Themen und Inhalte der Beteiligung (Beteiligungsgegenstände)

Um den Blankenburger Süden in die übergeordnete Kommunikation, welche die SenStadtWohn hinsichtlich ihrer Neubauvorhaben betreibt, einbinden zu können, müssen zunächst die relevanten Inhalte der Beteiligung benannt werden (Themen) und die Beteiligungsangebote herausgearbeitet werden, die einen Beteiligungsspielraum aufweisen und die für den planerischen Prozess sinnvoll und produktiv werden. Das zentrale Ziel der Beteiligung ist es, dass sich die Bürger*innen Berlins und die Bewohner*innen der betreffenden Gegend eine qualifizierte Meinung über die anstehenden Entwicklungen bilden, diese formulieren können und sich im besten Falle im Anschluss an einen positiven Grundsatzbeschluss für das Neubauvorhaben engagieren.

Die Vorbereitenden Untersuchungen stehen im Fokus der Betrachtungen, aber es gibt verschiedene Themen, die sich rund um das Projektgebiet bündeln - mit unterschiedlichen Zeitpunkten, Phasen, Beteiligungsstufen, Reichweiten und Betroffenheiten (vgl. Anhang 02). Die nachfolgende Grafik gibt einen kurzen Themenüberblick und ordnet sie entsprechend der Reichweite (lokal, gesamtstädtisch).

Abbildung 7 Überblick über die kurzfristig, mittel- bis langfristig anstehenden Beteiligungsthemen aus Bürgersicht, Quelle: eigene Darstellung, Zebralog 2017

Die Inhalte für die Beteiligung wurden unter Einbezug der relevanten Gruppen und Stakeholder aus dem Kontext des Projektes (Sondierungsgespräche, Steuerungsrunden und Treffen mit dem Projektteam, Bürgerwerkstätten, Analyseergebnisse der VU) entwickelt.

Mit Blick auf die Herausforderungen und die Akteurslandschaft (vgl. Kapitel 2) werden innerhalb der unterschiedlichen Themen nun sinnvolle und zentrale Beteiligungsgegenstände vorgeschlagen.

3.7.1 Vorbereitende Untersuchungen (VU)

Die VU betreffen dabei vor allem strategisch relevanten Themen wie die Entwicklungsalternativen und darin inbegriffen die Verkehrslösungen und deren Konsequenzen für die Flächenentwicklung etc. Darin enthalten sind aber auch Themen, die unmittelbar starke Auswirkungen auf die dortige Bewohnerschaft haben wie z.B. die Dichte der Bebauung und die Vielfalt der Nutzungsangebote. Im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen könnten folgende Beteiligungsgegenstände wertvolle Impulse und Hinweise für die Planungsschritte bis Ende 2018 geben:

- die Rückmeldung zu **Kriterien** zur sachlichen Bewertung der Entwicklungsalternativen und Prüfaufträge an die Fachplaner*innen (lokal und stadtweit),
- die Diskussion der **Entwicklungsalternativen** anhand von Kriterien und entlang der Nutzungen (Wohnen, Erholungs-/ Kleingartenanlagen, die Ortskerne, Gewerbegebiete, Natur- und Landschaftsräume etc.) und des Verkehrs (Straßenbahn, TVN, Radwege) in unterschiedlichen Zeiträumen (in 5, 10, 20 Jahren) (erst lokal - speziell: Jugendliche, und dann stadtweit),
- eine Rückmeldung zu der detailliert ausgearbeiteten **Vorzugsvariante**, die sich aus fachlicher Perspektive daraus ergibt (lokal und stadtweit).

Anschließend wird der Planungsstand noch einmal **gezielt an die konkret Betroffenen vor Ort, den Eigentümerinnen und Eigentümer, Mietern und Pächtern sowie den sonstigen Nutzungsberechtigten** vermittelt, um eine inhaltliche Basis für die in den Vorbereitenden Untersuchungen vorgeschriebene formale Beteiligung zu schaffen (lokal).

3.7.2 Aktuelle Planungsthemen

Es gibt darüber hinaus Themen, die wichtige Querbezüge zu den Vorbereitenden Untersuchungen aufweisen und die Grundlagen zur Entwicklung des Gebietes schaffen. Insbesondere die groß- und kleinräumigen Verkehrsthemen, aber auch die Frage nach angemessenen Schulstandorten, die qualitätsvolle Entwicklung der angrenzenden Ortskerne und natürlich die sinnvolle Vorbereitung von Ausgleichs- und Ersatzmaßmaßnahmen werden in den kommenden 1,5 Jahren Diskussionsgegenstände sein, die man nicht von den Debatten der Entwicklungsmaßnahmen trennen kann. Am Ende wird es darum gehen, den Bau einer integrierten Wohnlage vorzubereiten, die an die Umgebung anschließt und deren Wirkung ist, die bestehende Situation in den angrenzenden Gebieten zu verbessern.

Das heißt, auch folgende Themen können bis Ende 2018 Jahren öffentlich beraten werden:

- **Entwicklung des Verkehrs im Nordosten Berlins:** Zu Beteiligungsgegenständen für die gesamte Stadt könnten die Varianten der großräumigen Verkehrslösungen (**Verkehrslösung Berliner Nordosten, TVN, ÖPNV**) sowie deren Auswirkungen auf das Gebiet / die Gesamtstadt und Region werden. Da die Planungen dazu noch nicht zu Ende geführt sind, ist es folglich schwer, zu diesem Zeitpunkt konkrete Aussagen zum Beteiligungsgegenstand zu machen. Im Rahmen der Verkehrslösung Heinersdorf sollte auf der lokalen Ebene sehr offen und transparent über die – mit den Trassenvarianten der Straßenbahn bzw. Straßenführung verbundenen – Auswirkungen gesprochen

werden. Darüber hinaus gibt es gesamtstädtische Themen, die unabhängig von den Planungen diskutiert werden können: z.B. die Debatte um alternative Mobilitätskonzepte und Radverkehrsstrategien. Sie könnten sowohl Impulse für die lokale Verkehrsplanung (z.B. Straßenbahnverlängerung, Rahmenplanung Heinersdorf) geben, aber auch für die Entwicklung des Blankenburger Südens und Berlin / Brandenburg.

- **Rahmenplanung Ortskern Heinersdorf:** Im Mittelpunkt der Beteiligung stehen die zukunftsfähige Entwicklung des Ortskerns Heinersdorf sowie Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und zur Stärkung eines dezentralen Radwegenetzes. Im Rahmen der Bestandsaufnahme (Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken) und mit Blick auf die konkreten Maßnahmen und Projekte können Bürger*inne ihre Expertise und Einschätzung einbringen (vgl. detailliert im Kapitel 5).
- **Weiterentwicklung der Erholungsanlagen Blankenburg/ Familiengärten:** Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Blankenburger Südens (Verkehr, Straßenbahnverlängerung in Richtung S-Bhf. Blankenburg, Abwassernetz, Straßenbahn, baurechtliche Neuordnung) sind im ersten Schritt die Entwicklungsperspektiven der Erholungsanlagen aus verschiedenen Nutzerperspektiven zu eruieren, um dann die Möglichkeiten der Nachverdichtung und die Auswirkungen auf den Ausbau der technischen Anlagen zu beraten. Damit einhergehen Fragen nach den verschiedenen Interessenslagen der Nutzer, Zeitabläufen, den Kosten der Erschließung sowie dem Verkauf bzw. der Verlagerung von Parzellen in andere Gebiete.
- **Weiterentwicklung der Gewerbeflächen:** Bei den Gewerbestandorten geht es um die grundsätzliche Frage, wie sich diese an den Standorten weiterentwickeln können. Im Rahmen der Beteiligung ist auszuloten, wie die Gewerbeflächen zukünftig genutzt werden, welche Entwicklungsbedarfe seitens der Gewerbetreibenden festgestellt werden und welche Folgewirkungen diese Entwicklung auf die Wohnstandorte hat. Welche Gewerbearten sind mit der geplanten Entwicklung vereinbar – welche weniger sinnvoll (Kiezgewerbe bzw. Wohnnutzungen und wohnverträgliches Gewerbe am Standort, Betriebsbahnhof der Straßenbahn)?
- **Ökologische und Erholungsfunktion:** Hier geht es vor allem um die Auswirkungen der Planungen auf die Landschaftsräume und welche Perspektiven bzw. Qualitäten die zukünftigen Landschaften und Kulturräume bieten. Mit Blick auf zusammenhängende Wegebeziehungen und Verbindungen können hier auch Querbezüge zum übergreifenden Fuß- und Radwegnetz gesehen werden. Gerade auch vor dem Hintergrund der Diskussion um Ausgleichs- und Ersatzflächen für die „bebaute Stadt“ oder „Kleingartenparzellen“. Welcher Mehrwert kann für die Anwohner*innen entstehen? Was bedeutet das für das neue Wohnbaugebiet? Welche Auswirkungen hat es auf den ökologisch schützenswerten Bereich?
- **Soziale Infrastruktur:** Bei der Beteiligung kann es zum einen um die benötigten Angebote im Bereich Kultur und soziale Infrastruktur z.B. für Familien, Kinder, junge Menschen, alte Menschen gehen. Zum anderen liegen bereits aus dem heutigen Wohnungsbestand in der Nachbarschaft dringende Bedarfe an Schulplätzen und Präferenzen für zwei Schulstandorte dafür im Untersuchungsgebiet vor, die mit den

Entwicklungsalternativen für den Blankenburger Süden abgeglichen werden müssen. Der Mitgestaltungsspielraum bei den großen Fragen (Standorte, Ausrichtung) ist sicher als gering einzustufen. Aber bei der konkreten Ausprägung der Schulstandorte können Fragen der Nutzungsangebote innerhalb der Schule wie auch der Gestaltung der Frei- und Spielflächen gute Beteiligungsmöglichkeiten bieten für die Zielgruppe der Kinder- und Jugendlichen.

- **Kleingartenanlagen:** Ergeben sich aus der jeweiligen spezifischen Lage der Kleingartenanlagen (vgl. Kapitel 2) und den politischen Vorgaben. Zu diesem Zeitpunkt können dazu keine Angaben getroffen werden.

3.7.3 Themen im Umfeld des Untersuchungsgebietes

In der unmittelbaren Umgebung des Blankenburger Südens gibt es noch weitere Themen (z.B. die Umgehungsstraße Malchow oder der Schutz des Malchower Luchs), die zwar relevant für die Bewohner des Gebiets sind, die jedoch von der SenUVK und anderen Abteilungen der SenStadtWohn bearbeitet werden. Diese Themen müssen gedanklich Teil des Prozesses sein, können aber zu diesem Zeitpunkt nicht zu Beteiligungsgegenständen im Rahmen des Projekts „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ werden.

- Umgehungsstraße Malchow
- Schutz Malchower Luch
- Zukunft des Golfplatzes
- Weiterentwicklung des Dorfangers Blankenburg

3.7.4 Blick über den Tellerrand

Quer zu allen Einzelthemen erscheint es wichtig, auch ganz neue inhaltliche Impulse zu setzen, die zu kreativen Denk- und Lösungsansätzen führen können und ggf. auf bestehende Konflikte neue Lösungen finden. Das können gesamtstädtische Themen sein, die unabhängig von den Planungen diskutiert werden sollten, zum Beispiel:

- Zukunftsweisende und innovative Formen der Mobilität
- Experimenteller Städtebau und Architektur als Marke
- Ökologischer Anspruch und klimaökologische Standards
- Kostengünstiger Wohnungsbau
- Soziale Mischung und Akteursvielfalt
- Vielfalt im Stadtquartier

3.8 Gesamtfahrplan

Die Zeitplanung bis zum Ende der Vorbereitenden Untersuchungen und bis zum Grundsatzbeschluss des Senats von Berlin ist von besonderer Bedeutung. Der Dialog zwischen Fachplaner*innen/Senat auf der einen Seite und Bürger*innen/Engagierten auf der anderen Seite muss organisiert werden. Hinzu kommen einige Themen, die nicht unmittelbar Teil der Vorbereitenden Untersuchungen sind (hier exemplarisch das Thema Schulstandorte). Diese komplexen Prozesse sollten in Zukunft von einer Geschäftsstelle gestaltet und von unterschiedlichen Gremien begleitet werden (siehe Kapitel 6).

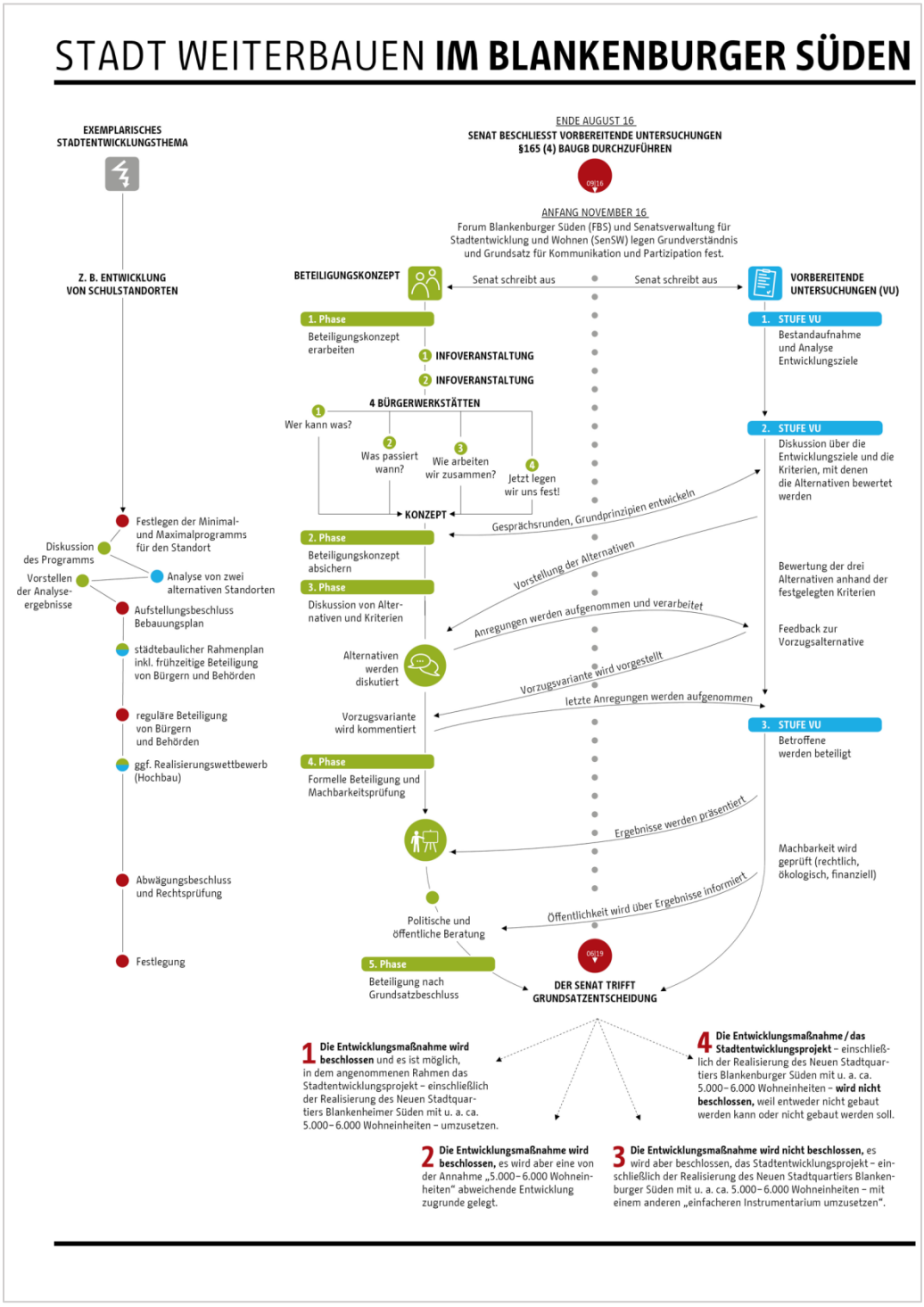

Abbildung 8 Überblick über den zeitlichen Verlauf und das Zusammenspiel der Planungs- und Beteiligungsschritte im Rahmen der VU bzw. einem aktuellen Stadtentwicklungsthema, Quelle: eigene Darstellung, Grafik: platzda für Zebralog / Burgdorff Stadt 2017.

4 Die Beteiligung im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen

Die nachfolgende Gesamtstrategie wurde für das Kernthema des Beteiligungskonzeptes, den „Vorbereitende Untersuchungen“, entwickelt. Sie berücksichtigt dabei die in Kapitel 3 formulierten Grundsätze und Qualitäten.

In **fünf Phasen** werden die Planungs- und Beteiligungsschritte miteinander verzahnt. Es wird beschrieben, wann und wie darüber beraten wird, welche Entwicklungsalternative „passend“ für den Blankenburger Süden ist und wer diese Entscheidung fachlich berät sowie wer schlussendlich entscheidet. Denn: wenn etwas fachlich machbar ist, heißt es ja noch lange nicht, dass es von den Menschen in Berlin und von ihren politischen Vertretern*innen auch gewollt ist. Nicht zuletzt muss sich die Qualität der Beteiligung auch am organisatorisch Machbaren orientieren und sich schließlich in der inhaltlichen Qualität der Ergebnisse begründen. Diese liefern die Grundlage für die nach dem Grundsatzbeschluss anstehenden Planungs- und Beteiligungsschritte.

Für die Beschreibung der Beteiligung zu den VU soll sich auf die wichtigsten Dialogbausteine zur Entscheidungsfindung konzentriert werden. Weitere flankierende Maßnahmen wie Labore, Touren oder weitere Gesprächsrunden könnten in der weiteren Feinplanung und bei Bedarf zusätzlich eingesetzt werden. Parallel zu den VU finden außerdem weitere fachspezifische Planungen und Veranstaltungen statt, die das Gebiet berühren. Diese Informationen müssen kontinuierlich in den Beteiligungsprozess fließen, um alle Planungsschritte und Vorgänge transparent zu machen.

In der nachfolgenden Abbildung wird der Verfahrensablauf visualisiert und anschließend detailliert beschrieben.

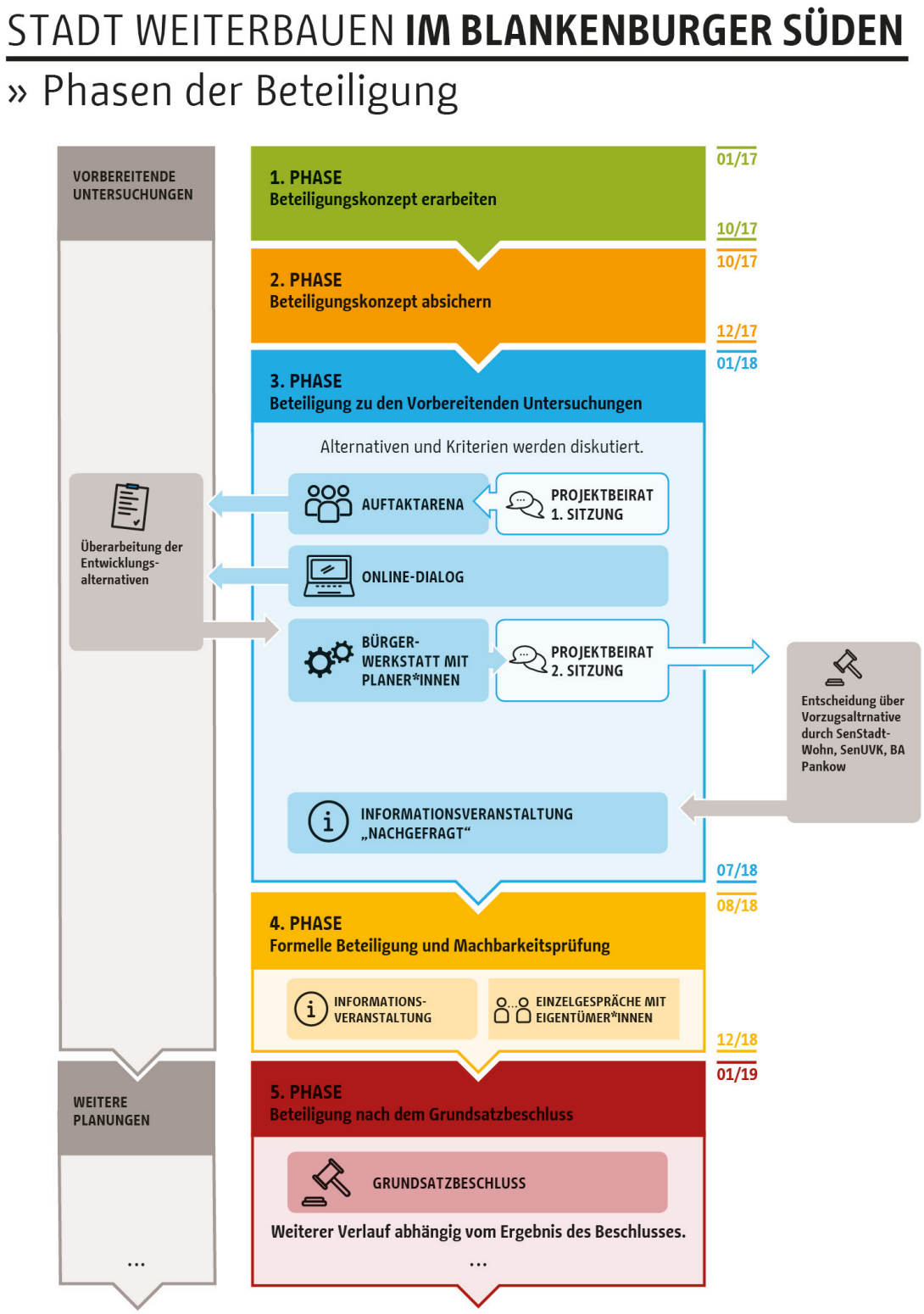

Abbildung 9 Beteiligungsstrategie im Rahmen der VU in fünf Phasen, Quelle: eigene Darstellung Zebralog/ Burgdorff Stadt 2017

4.1 Phase 1: Beteiligungskonzept erarbeiten

Anfang 2017 bis Oktober 2017

Die Entwicklung des neuen Stadtquartiers "Blankenburger Süden" begann mit offen angelegten Informationsveranstaltungen. Senatsverwaltung, Bezirksverwaltung, Fachgutachter, Politik und Zivilgesellschaft erarbeiteten bis zum Sommer 2017 ein Beteiligungskonzept und damit eine stabile Grundlage dafür, dass der Prozess bis Ende 2018 ruhig und an der Sache ausgerichtet laufen kann.

Das Kommunikations- und Partizipationskonzept (jetzt Beteiligungskonzept genannt) wurde auf Basis von vier Bürgerwerkstätten entwickelt. Parallel dazu wurden von den Fachplaner*innen mit der SenStadtWohn Entwicklungsalternativen für das Vorhaben „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ erarbeitet. Diese wurden zunächst verwaltungsintern auf Plausibilität und generelle Machbarkeit überprüft.

Weitere Informationen zu dieser Beteiligungsphase finden sich in Kapitel 1 und im Anhang 02.

4.2 Phase 2: Beteiligungskonzept absichern

Oktober 2017 bis Ende 2017

Im Herbst 2017 beginnt die Umsetzung des Beteiligungskonzeptes mit zwei Schwerpunkten:

- **konfliktreiche Themen** in geschützten Räumen „vorberaten“ (z.B. Verlauf der TVN und der Straßenbahntrasse, Rolle der Kleingarten- und Erholungsanlagen im Umstrukturierungsprozess zu einer Wohnflächenentwicklung, Weiterentwicklung der Gewerbegebiete sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen),
- zudem wird die Gründung des geplanten **Projektbeirates** inhaltlich und organisatorisch vorbereitet (vgl. Kapitel 6).

Um individuelle Bedarfslagen zu erkennen und spezifische Wirkungen einer „Gruppe“ sichtbar zu machen, werden die Akteure zunächst gruppiert. Zusammen mit den Planer*innen der VU, dem Beteiligungsbüro und dem Projektteam Blankenburger Süden (SenStadtWohnen/ Stadtentwicklungsamt Pankow) werden im Vorfeld der öffentlichen Auftaktveranstaltung ggf. **Vorgespräche** und **Gesprächsrunden** durchgeführt. So sollen die künftigen Konflikte in einer geschützten Atmosphäre offensiv aus- und angesprochen werden. Mit Blick auf die Nutzungen und die nötigen Infrastrukturmaßnahmen werden einzelne **Gespräche mit Stakeholdern und Interessensgruppen** geführt (z.B. Erholungsanlagen, Kleingärten, Gewerbetreibende, Wohnungsbaugesellschaften, Jugendliche etc.), um **Entwicklungspfade** (und Widerstände zu den denkbaren Veränderungen) **auszuloten** und Ansatzpunkte für den Dialog zu finden. Das ist wichtig, um die Spielräume, Bedingungen und Mitwirkungsbereitschaft im weiteren Verfahren zu klären.

Ein gemeinsames Aufgaben- und Problemverständnis sowie eine Reflexion über Entwicklungsperspektiven helfen, im weiteren Verfahren gemeinsam nach konstruktiven Lösungen zu suchen. Innerhalb der **Gesprächsrunden** werden die Vorstellungen und Befürchtungen mittels **Entwicklungspfaden** und deren Auswirkungen besprochen: Was sehen die Interessensgruppen als günstigste Entwicklung, was wäre der „worst case“? Zugleich ist es wichtig, jeweils deutlich zu machen, wie die zeitlichen Perspektiven und Horizonte sind (kurzfristig ca. 5–10 Jahre, mittelfristig ca. 11–20 Jahre und langfristig ca. 20 Jahre und mehr). Mit den Ergebnissen können die Planer*innen die Entwicklungsalternativen weiter konkretisieren bzw. die Auswirkungen besser einschätzen. Zugleich werden die verschiedenen Gruppen „mitgenommen“ auf den zu bestreitenden Zukunftsweg.

Darüber hinaus sollten parallel Impulse für die künftige Entwicklung aus Sicht der künftigen Nutzer*innen oder Wohnungssuchenden erarbeitet werden. Dazu eignet sich ein **Labor**

„Zukunftsperspektiven im Blankenburger Süden“ welches z.B. mit Kindern und Jugendlichen des Gebietes durchgeführt wird, z.B. in Kooperation mit dem Jugendamt des Bezirksamtes Pankow. So stellen wir sicher, dass zum Auftakt der Beteiligung auch Ideen für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen mit in die Entscheidungsfindung einfließen.

4.3 Phase 3: Beteiligung zu den Vorbereitenden Untersuchungen

Anfang 2018 – Juni 2018 [12]

Grundansatz dieser Phase 3 ist es, schon im Rahmen der Erarbeitung des eher groben Struktur- und Nutzungskonzeptes für das Untersuchungsgebiet – also so früh wie möglich – breit zu beteiligen – um der Stadt Bestes zu finden. Dazu werden drei Entwicklungsalternativen vor- und zur Diskussion gestellt, die vorab innerhalb der Verwaltung hinsichtlich ihrer jeweiligen grundsätzlichen Durchführbarkeit und Konsequenzen geprüft wurden. Ziel ist es, durch eine solche sehr frühe und breite Beteiligung die konkreten Betroffenheiten vor Ort, aber auch die jeweiligen Perspektiven und Hinweise bei der Erarbeitung des Struktur- und Nutzungskonzeptes so früh wie möglich berücksichtigen zu können. Da durch die potenzielle Entwicklung des Gebietes Themen berührt werden, die weit über die Wohnungsfrage hinausreichen (insbes. Verkehr, Grün, Klima), ist es erforderlich, dass das Land Berlin dem Beteiligungskonzept geschlossen den Rücken stärkt.

Projektbeirat

Ein zentraler Ansatz in dieser Phase ist die Konstituierung und Beteiligung des Projektbeirates (vgl. Kap. 6), der die politische, fachliche und lokale „Verankerung“ und „Absicherung“ des Planungs- und Beteiligungsprozesses befördern soll.

Auftaktarena

Öffentlicher Startpunkt dieser Phase ist eine „Auftaktarena“ zu der berlinweit eingeladen wird. Sie wird veranstaltet von SenStadtWohn in enger Beteiligung von SenUVK und BA Pankow. Dieser Schulterschluss ist wichtig, um das Vertrauen bzgl. u.a. der Verkehrsthemen aufzubauen. Das Beteiligungskonzept wird gemeinsam mit den zivilgesellschaftlich Engagierten - u.a. aus dem Forum Blankenburger Süden - der Öffentlichkeit präsentiert. Es wird deutlich, was die nächsten Schritte und Meilensteine sein werden. Alle beteiligten Akteure verständigen sich auf die Dialogregeln des Verfahrens (vgl. Kapitel 3). Die Veranstaltung stellt eine erste Bewährungsprobe für diese Qualitäten der Dialogkultur dar. Hier wird sich zeigen, wie die verschiedenen Akteure und ihre Interessen exemplarisch zusammenwirken.

Die Auftaktarena ist gleichzeitig der Auftakt in die Bürgermitwirkung zu den Vorbereitenden Untersuchungen. Die Beteiligungsgegenstände bei der „Auftaktarena“ sind:

- **Bewertungskriterien**: Es werden Kriterien vorgegeben, anhand derer die Entwicklungsalternativen bewertet werden sollen. Diese orientieren sich an den für die Fläche gewünschten Nutzungen und könnten z.B. sein: Verkehr, Dichte, Nutzungen, Wohnen, Erholung, Gewerbe, Ökologie, Infrastruktur, Vernetzung. Zu jedem Kriterium sind – durch die Planer*innen der VU - die gewünschte Ausprägung in der Entwicklungsalternative beschrieben. Bei der Auftaktarena werden diese Bewertungskriterien vorgestellt, deren Hintergründe erläutern und mit den Bürger*innen besprochen. Beteiligungsfragen könnten z.B. sein: Was ist Ihnen zu diesem Kriterium wichtig? Was dürfte auf keinen Fall passieren?

[12] Die angegebenen Zeiträume sind vorläufige Schätzungen und abhängig vom Verlauf der Bürgerbeteiligung und der fachlichen Planung.

- **Entwurf der drei Entwicklungsalternativen:** Anschließend werden die ersten Entwürfe der Entwicklungsalternativen vorgestellt und zur Diskussion gestellt. Zentral ist dabei die geeignete Aufbereitung der Alternativen. Durch eine stark vereinfachte und visuell ansprechende Darstellung fokussieren sich die Entwürfe auf die „großen Linien“ und „Leitgedanken“ der Entwürfe. Klare Titel der Alternativen stellen diese Grundidee nochmals deutlich heraus. Auch der eher abstrakt anmutende Begriff der „Alternative“ muss erläutert werden. Die grafische Aufbereitung stellt die vorgesehene Verkehrsinfrastruktur und die für die unterschiedlichen Nutzungen vorgesehenen Flächen klar heraus. Daran können die Teilnehmenden nun – kriterienbasiert und vergleichend zwischen den Alternativen – konkrete Rückmeldungen geben. Beteiligungsfragen könnten z.B. sein: Welche Nutzungen funktionieren an welchen Standorten? Kommentieren Sie die möglichen Flächen für Wohnen, Erholen, Gewerbe und Verkehr.

Das **kriterienbasierte Vorgehen** dient dabei der Versachlichung. Durch die Darstellung der abzuwägenden Kriterien versetzen sich die Teilnehmenden in die Perspektive der Entscheidenden und können die Komplexität der Entscheidungsfindung nachvollziehen. Die kriterienbasierte Diskussion verläuft strukturierter und ist einfacher nachvollziehbar: Pro- und Contra-Argumente werden zu den jeweiligen Kriterien abgegeben und vermischen sich in der Darstellung nicht mit Argumenten, die ganz andere Einschätzungen und Wahrnehmungen betreffen.

Auftaktarena	
Was?	▪ Gemeinsamer Verfahrensauftakt, Vorstellung des Beteiligungskonzeptes und der nächsten Schritte ▪ „Schulterschluss“ zwischen SenStadtWohn, SenUVK und Bezirk Pankow sowie Verständigung auf die Dialogregeln des Verfahrens ▪ Vorstellung und Diskussion zu den Bewertungskriterien der Entwicklungsalternativen ▪ Vorstellung und Diskussion der 3 Entwicklungsalternativen
Zeitraum	▪ Anfang 2018
Reichweite	▪ gesamtstädtisch
Zuständigkeit	▪ Auftragnehmer Beteiligung mit SenStadtWohn, SenUVK und Bezirk, in Abstimmung mit dem Forum Blankenburger Süden und Auftragnehmer VU

Online-Dialog

Ausgehend von der Auftaktarena und der Vorstellung der Entwicklungsalternativen werden diese öffentlichkeitswirksam über einen Online-Dialog zur Diskussion gestellt. Anhand der gemeinsam erarbeiteten Kriterien werden die Entwicklungsalternativen diskutiert: Welche Vor- und Nachteile sehen die Bürger*innen bei den Alternativen bezogen auf die jeweiligen Kriterien?

Parallel zum Online-Dialog finden Touren vor Ort statt. Interessierte, die den Blankenburger Süden nicht kennen, können sich hier ein fundiertes Bild des Areals machen und anschließend ihre Rückmeldungen zu den Alternativen in den Online-Dialog einbringen.

Als Ergebnis des Online-Dialogs stehen fundierte qualitative und quantitative Rückmeldungen zu allen Alternativen hinsichtlich aller vorab erarbeiteten Kriterien.

Diese werden in einem qualitativen Auswertungsbericht zusammengefasst und den Planer*innen übergeben.

Abbildung 10 Beispiel kriterienbasierter Online-Dialog zum Abriss der Hochstraße Nord in Ludwigshafen, Quelle: Screenshot der archivierten Startseite von https://ludwigshafen-diskutiert.de während der Beteiligungsphase. (Hosting der Seite: Zebralog)

Online-Dialog „Kriterienbasierte Diskussion der Entwicklungsalternativen"	
Was?	▪ Kommunikation und ansprechende Information über die Entwicklungsalternativen ▪ kriterienbasierte Diskussion zu den Entwicklungsalternativen ▪ anschließend: Überarbeitung durch die Planer*innen
Zeitraum	▪ 3-4 Wochen, *startet gleichzeitig mit der Auftaktarena*
Reichweite	▪ lokal bis gesamtstädtisch
Zuständigkeit	▪ Auftragnehmer Beteiligung in Abstimmung mit SenStadtWohn, Umsetzung Senatskanzlei mein.berlin.de

Bürgerwerkstatt mit Planer*innen

Für die Planer*innen der VU startet nun eine **Überarbeitungsphase**: Sie prüfen, inwiefern sie ausgehend von den Rückmeldungen von Online-Dialog und Auftaktarena die Entwicklungsalternativen überarbeiten. Zentrale Rückmeldungen, die aus deren Sicht nicht einbezogen werden können, werden dokumentiert und - gemeinsam mit den Bürger*innen – bei der anschließenden Bürgerwerkstatt besprochen.

Die überarbeiteten Alternativen und die Ergebnisse von Online-Dialog und Auftaktarena bilden nun die Grundlage für eine Bürgerwerkstatt mit den Planer*innen der VU. Hier werden vor Ort nochmal alle Vor- und Nachteile und die wichtigsten Pro- und Contra-Argumente „auf den Tisch gelegt". Die Planer*innen schildern ihre Überarbeitung und erläutern, wenn wichtige Kritikpunkte nicht aufgelöst werden konnten. Wichtig dabei: Die Teilnehmenden nehmen eine „**Gemeinwohlperspektive**" ein. Sie prüfen somit die Alternativen nicht hinsichtlich ihres eigenen Interesses, sondern aus der Perspektive des Gemeinwohls, um sicherzustellen, dass der Blankenburger Süden eben nach den zu Beginn abgestimmten Zielen und Kriterien entwickelt wird.

Ergebnis der Veranstaltung sind strukturierte Hinweise und Anregungen für **Entscheidungsempfehlungen der Bürger*innen** an Verwaltung und Politik. Das heißt nicht, dass sich die Teilnehmenden „zwangsläufig" einigen müssen. Vielmehr werden wiederum die Vor- und Nachteile klar benannt und somit eine vergleichende Betrachtung der Alternativen gewährleistet.

Bürgerwerkstatt mit Planer*innen	
Was?	▪ Vorstellung und Diskussion der überarbeiteten Entwicklungsalternativen aus Gemeinwohlperspektive ▪ Ergebnis: strukturierte Hinweise und Anregungen für Entscheidungsempfehlungen der Bürger*innen zu den Entwicklungsvarianten
Zeitraum	▪ ganztägig, April/ Mai 2018 *Der Zeitpunkt sollte so gewählt werden, dass ausreichend Zeit zur Auswertung von Auftaktarena und Online-Dialog und die Überarbeitung der Entwürfe durch die Planer*innen ist.*
Reichweite	▪ lokal bis stadtweit
Zuständigkeit	▪ Auftragnehmer Beteiligung und Auftragnehmer VU in Abstimmung mit SenStadtWohn, SenUVK, Bezirk Pankow

Entscheidung über Vorzugsalternative

Das Ergebnis der Bürgerwerkstatt mit Planer*innen wird anschließend in den beteiligten **Fachbereichen der Verwaltung** beraten: SenStadtWohn, SenUVK und Bezirksamt Pankow legen dar, welche Alternative sie aus welchen Gründen bevorzugen.

Dies ist auch ein geeigneter Zeitpunkt, um die bisherigen Ergebnisse des Verfahrens mit politischen und anderen relevanten Akteuren zu spiegeln und deren Hinweise mit in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Der **Projektbeirat tagt** und gibt - ebenfalls auf Grundlage der Bürger*innen-Empfehlungen – eigene Empfehlungen hinsichtlich der Vorzugsalternative.

Die Verkündung der Entscheidung auf eine Vorzugsalternative[13] durch SenStadtWohn, SenUVK und das Bezirksamt Pankow erfolgt im Rahmen des Formates **„Nachgefragt“**, z.B. kombiniert mit einer Pressekonferenz. Die Verwaltung hat hier die Chance, klar zu kommunizieren, warum sie sich für welche Alternative entschieden hat. Vorbereitete Fragen, die sich aus der Beteiligung ergeben, sowie weitere Fragen aus dem Publikum und von Pressevertretern werden transparent beantwortet. Außerdem wird ein Ausblick auf die nun folgenden Schritte gegeben.

Nachgefragt	
Was?	▪ Vorzugsvariante und Entscheidungsfindung kommunizieren
Zeitraum	▪ Juli 2018
Reichweite	▪ gesamtstädtisch
Zuständigkeit	▪ Auftragnehmer Beteiligung in Abstimmung mit SenStadtWohn, SenUVK, BA Pankow

4.4 Phase 4: Formelle Beteiligung und Machbarkeitsprüfung

Juli 2018 – Ende 2018

Nachdem die Verwaltung sich für eine Vorzugsvariante entschieden hat, geht es nun darum, diese weiter zu vertiefen und zu bearbeiten. Hierzu gibt es zwei Schwerpunkte:

- Formelle Beteiligung der Betroffenen
- Planerische Untersuchung der Machbarkeit

Formelle Beteiligung der Betroffenen

Bei der bisher beschriebenen Bürgerbeteiligung bewegen wir uns im Feld der informellen und somit freiwilligen Bürgerbeteiligung. Darüber hinaus gibt es gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsschritte, sog. „formelle“ Beteiligungsverfahren (gemäß §165 BauGB). Bei den Vorbereitenden Untersuchungen geht es im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung vor allem um die Ermittlung der direkt „Betroffenen“ – also z.B. der Eigentümer betroffener Flächen etc. - und ihre Mitwirkungsbereitschaft.

[13] Bestehen zu diesem Zeitpunkt sehr starke Kontroversen bzgl. der Vorzugsalternative bei den beteiligten Bürger*innen und Stakeholdern, kann auch eine weitere Arena sinnvoll sein. Diese würde einen offenen Austausch der kontroversen Stimmen ermöglichen und so zu einer erneuten Prüfung der vorgesehenen Vorzugsvariante führen.

Im ersten Schritt sollte es eine Informationsveranstaltung für die Eigentümer*innen im Gebiet geben, um das städtebauliche Instrument mit seinen rechtlichen und finanziellen Konsequenzen kennenzulernen. Häufige Fragen der Eigentümer*innen werden vorab online gesammelt und vor Ort bzw. im Nachgang beantwortet.

Informationsveranstaltung „Eigentümer*innen“	
Was?	▪ Erläuterung des Planungsstandes und der rechtlichen Grundlagen und Konsequenzen
Zeitraum	▪ Herbst 2018
Reichweite	▪ lokal
Zuständigkeit	▪ SenStadtWohn, VU-Auftragnehmer

Im nächsten Schritt werden durch den VU-Auftragnehmer einzelne Gespräche mit Betroffenen geführt, um die Voraussetzungen zu klären, ob und wie die Vorzugsvariante umgesetzt werden kann, welche Bedingungen daran geknüpft werden und ob die jeweiligen Grundstückseigentümer, Mieter, Pächter und sonstigen Betroffenen mitwirkungsbereit sind. Hier wird der Prozess für eine Weile für die allgemeine Stadtöffentlichkeit „abtauchen“, da es sich um gesetzlich vorgeschriebene Beratungen handelt, die zu einem großen Teil nicht öffentlich sein werden.

Prüfung der Machbarkeit der Vorzugsalternative

Planerisch muss nun geprüft werden, wie die Vorzugsalternative umgesetzt wird (z.B. Ergebnisse der Betroffenenbeteiligung, Kostenberechnungen etc.). Dazu erstellen die Planer*innen einen Abschlussbericht der Vorbereitenden Untersuchungen. Dieser enthält alle Ergebnisse der Studien, Planungs- und Beteiligungsprozesse. Als Fazit des Berichtes wird ein **Vorschlag für die Grundsatzentscheidung der Politik** gemacht. Es wird also empfohlen, ob der Blankenburger Süden zukünftig im Rahmen einer „Entwicklungsmaßnahme“ entwickelt werden soll oder nicht.

In dieser Phase können vor allem **Prozessinfos über die Projektseite** und ggf. auch über klassische Medien kommuniziert werden. Ggf. bietet sich hier der Raum, einige der Themen, die sowieso weiterbearbeitet werden müssen, zu vertiefen und auf die politische Agenda zu holen.

4.5 Phase 5: Beteiligung nach dem Grundsatzbeschluss

ab Mitte 2019

Aufbauend auf der Empfehlung des Abschlussberichtes der VU fasst der Senat in enger Abstimmung mit dem Abgeordnetenhaus die Grundsatzentscheidung über den Blankenburger Süden. An der Stelle ist es wichtig, dass die allgemeine Stadtöffentlichkeit über eine **große öffentliche Infoveranstaltung** über den politischen Beschluss und vor allem die nächsten Schritte öffentlich informiert wird, damit klar ist, wie sich das Projektgebiet in den nächsten Jahren entwickelt. Folgende Möglichkeiten sind dabei aus jetziger Sicht denkbar:

1 **Die Entwicklungsmaßnahme wird beschlossen** und es ist möglich, in dem angenommenen Rahmen das Stadtentwicklungsprojekt – einschließlich der Realisierung des Neuen Stadtquartiers Blankenheimer Süden mit u. a. ca. 5.000–6.000 Wohneinheiten – umzusetzen.

2 **Die Entwicklungsmaßnahme wird beschlossen,** es wird aber eine von der Annahme „5.000–6.000 Wohneinheiten“ abweichende Entwicklung zugrunde gelegt.

3 **Die Entwicklungsmaßnahme wird nicht beschlossen,** es wird aber beschlossen, das Stadtentwicklungsprojekt – einschließlich der Realisierung des Neuen Stadtquartiers Blankenburger Süden mit u. a. ca. 5.000–6.000 Wohneinheiten – mit einem anderen – „einfacheren“ – Instrumentarium umzusetzen.

4 **Die Entwicklungsmaßnahme / das Stadtentwicklungsprojekt** – einschließlich der Realisierung des Neuen Stadtquartiers Blankenburger Süden mit u. a. ca. 5.000–6.000 Wohneinheiten – **wird nicht beschlossen,** weil entweder nicht gebaut werden kann oder nicht gebaut werden soll.

Abbildung 11 Mögliche Entwicklungen nach dem Grundsatzbeschluss, Quelle: Grafikausschnitt: platzda für Zebralog / Burgdorff Stadt 2017.

5 Die Beteiligung zur Rahmenplanung Heinersdorf

Die nachfolgende Beteiligungsstrategie wurde für die Beteiligung zur Rahmenplanung Heinersdorf entwickelt, die auf der Grundlage eines BVV-Beschlusses von Anfang 2017 durch das BA Pankow parallel zu den Vorbereitenden Untersuchungen ausgeschrieben und beauftragt wurden. Sowohl das BA Pankow wie auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sahen es dabei als sinnvoll an, dass die Beteiligung zur Rahmenplanung als Teil der Beteiligung zum Standentwicklungsprozess „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ erfolgen sollte. Zwar ist dabei die Beteiligung zur Rahmenplanung Heinersdorf getrennt von der Beteiligung zu den VU (Kapitel 4) zu sehen. Allerdings sollten beide Verfahren hinsichtlich der Kommunikation und der Zeitpunkte der Beteiligungsangebote synchronisiert werden, um die Aufmerksamkeiten gut zu verteilen, da sich der Teilnehmerkreis zu großen Teilen überschneidet.

5.1 Ausgangssituation

Der Ortsteil Berlin Heinersdorf weist seit Jahren **städtebauliche Missstände** auf und wird durch einen starken Durchgangsverkehr geprägt. Gleichzeitig ist auch im Ortsteil Heinersdorf ein deutlicher **Bevölkerungszuwachs** festzustellen. Es werden zahlreiche Einfamilienhäuser errichtet und größere Vorhaben von BBG und GESOBAU sind geplant. Darüber hinaus wird mit dem anvisierten großen Wohnbauvorhaben „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ in naher Nachbarschaft gebaut, mit unmittelbaren Zusammenhängen und Auswirkungen auf den individuellen und öffentlichen Verkehr. Weitere Veränderungen zeichnen sich auch durch die mögliche Bebauung des Rangierbahnhofs Pankow sowie die Planungen im Gewerbegebiet Heinersdorf ab. Dadurch verändern sich die städtebaulichen Rahmenbedingungen. All das wird erhebliche Auswirkungen auf den Ortsteil Heinersdorf haben – vor allem auch in verkehrlicher Hinsicht.

Es besteht mit der Rahmenplanung die Chance, eine **eigenständige Position zur positiven Entwicklung des Ortsteils** unter den sich ändernden Rahmenbedingungen (Neubauvorhaben, Straßenverkehr, Öffentlicher Nahverkehr, Gewerbegebiet) zu entwickeln. Gleichzeitig können **neue Impulse** gesetzt werden, die Heinersdorf stärken und die gesamtstädtischen Zielsetzungen unterstützen (z.B. im Bereich nachhaltiger Mobilität, ökologisches Bauen etc.). Die Bürgerbeteiligung zur Rahmenplanung kann darüber hinaus einen Beitrag leisten, um **eine kooperative Planungskultur** zwischen den Bewohner*inneren, den politischen Akteuren (BVV Pankow), der organisierten Zivilgesellschaft (Zukunftswerkstatt Heinersdorf e.V.) und den handelnden Akteure in der Verwaltung (Bezirksamt Pankow, SenStadtWohn, SenUVK) zu stärken.

Folgende **Beteiligungsgegenstände** lassen sich bei der Rahmenplanung Heinersdorf feststellen:

- **Thema A: Ortskern Heinersdorf gestalten:** Mit dem Rahmenplan sollen die städtebaulichen Missstände und Handlungsbedarfe im Ortskern erfasst und Lösungsvorschläge erarbeitet werden, um den Ortskern zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Die Bürger*innen können im Rahmen der Bestandsaufnahme (Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken) und mit Blick auf die konkreten Maßnahmen und Projekte ihre Expertise und Einschätzung einbringen.
- **Thema B: Verkehre beruhigen und besser vernetzen:** Die Rahmenplanung soll insbesondere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung definieren, eine Strategie zur Vermeidung von Schleichverkehren umsetzen sowie ein dezentrales Radwegenetz durch Nebenstraßen aufbauen. Ein weiteres Thema ist die Möglichkeit, einen großen Teil des Verkehrsaufkommens im Untersuchungsraum mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) abzuwickeln und eine direkte Anbindung an das Stadtzentrum sowie die Ortsteile sicherstellen. Es geht also darum, die verschiedenen Verkehre so zu organisieren und zu

verbinden, dass nachhaltige und verbindende Strukturen entstehen, die die vorhandenen Defizite beseitigen und auch in 50 Jahren noch Bestand haben (weil sie bereits frühzeitig „mitgedacht“ wurden).

- **Thema C: Zukunft neu denken z.B. alternative Mobilitätsangebote / smarte Architektur:** Die Rahmenplanung kann darüber hinaus genutzt werden, um innovative Impulse in den Gesamtprozess und die Planung einzuspeisen – gerade auch mit Blick auf die Vorbereitenden Untersuchungen (vgl. Kapitel 4). Hier bieten sich Zukunftsthemen im Bereich Verkehr z.B. autonome Systeme, alternative Mobilitätskonzepte (Aufgabenteil B) und im Bereich Architektur/ Angebote und Nutzungen im Ortskern (Aufgabenteil A) an.

5.2 Die Umsetzung der Beteiligung

Nachdem das Beteiligungskonzept mit den beteiligten Projektpartnern und im BVV-Ausschuss vorgestellt wurde, kann es ab Herbst 2017 in die Umsetzung der Beteiligung gehen.

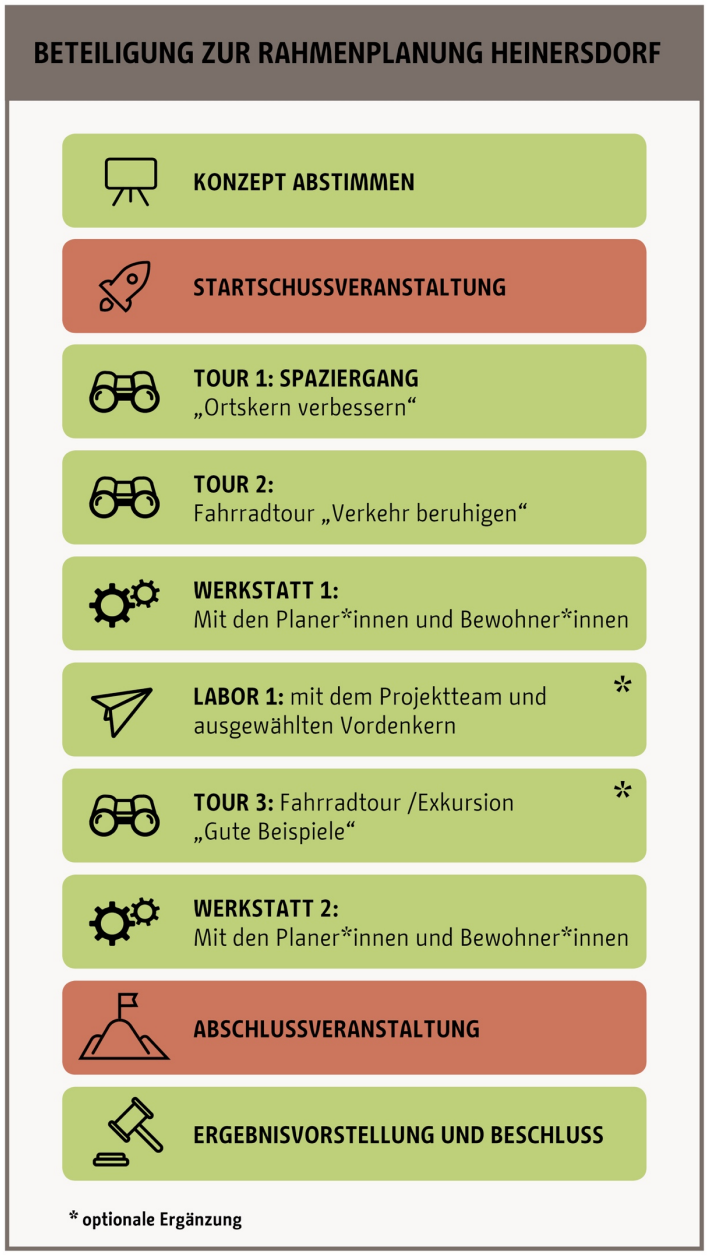

Abbildung 12 Vorschlag für das Beteiligungsverfahren zur Rahmenplanung Heinersdorf, Quelle: eigene Darstellung Zebralog 2017

Informationsveranstaltung als Startschuss

November 2017

Der öffentliche Beteiligungsprozess startet mit **einer Informationsveranstaltung**. Im Rahmen einer circa **2-stündigen Veranstaltung** im Margaretensaal der evangelischen Kirche in Heinersdorf werden die Teilnehmenden in den geplanten Prozess und die nächsten Schritte eingeführt. Im Mittelpunkt steht vor allem die Information der Öffentlichkeit zur Rahmenplanung Heinersdorf und den anstehenden Vorhaben (VU, Verkehrliche Gutachten, Straßenbahntrassen usw.), die die Entwicklung in Heinersdorf maßgeblich beeinflussen.

Die geplanten Planungs- und Beteiligungsschritte (Fahrplan) der Rahmenplanung werden detailliert vorgestellt. Es wird kommuniziert, wer an dem Verfahren beteiligt ist und welche Rolle die Akteure im Gesamtverfahren haben. Außerdem soll die Botschaft kommuniziert werden, dass die **gemeinsame Erarbeitung des Rahmenplans eine Chance für alle Bürger*innen ist, Heinersdorf gemeinsam weiterzuentwickeln**. Und: dass die aktuellen Planungen rund um den Verkehr (Verkehrslösung Heinersdorf, Verlängerung der Straßenbahnlinie M2, Realisierung der geplanten Ost-West-Tramlinie) sowie die Vorbereitenden Untersuchungen geeignete Anlässe sind, um gute **Lösungen für die „altbekannten" Probleme zu finden**. Das Bezirksamt Pankow und Vertreter*innen der BVV kommunizieren zudem ihr **Beteiligungsversprechen**, inwiefern die Beteiligung bei der Erarbeitung der Rahmenplanung berücksichtigt wird.

Touren und Rundgänge

November – März 2017

Die jeweiligen Teilgebiete der Rahmenplanung werden erkundet durch geführte Touren mit den Planer*innen. Sie dienen der Qualifizierung der Bestandsaufnahme des Gebietes durch subjektive Einschätzungen der Bewohner*innen. In Gesprächen und auf Karten werden die Ergebnisse der Touren zusammengeführt. Die Touren starten an der Zukunftswerkstatt in Heinersdorf. Der Verein / das Planungsbüro führen in das Thema (Rahmenplanung, Ortskern/ Verkehr) ein und erläutern die geplante Tour. Zusammen mit den Planern, der Zukunftswerkstatt und dem Beteiligungsbüro, ggf. auch BVV-Vertreter startet dann die Tour zu Fuß oder mit dem Fahrrad (Tourenkarte). An zentralen Punkten werden die Herausforderungen / Chancen aus Sicht der verschiedenen Teilnehmer*innen erläutert.

- **Tour 1 „Ortskern verbessern":** Im Rahmen eines Spazierganges wird der Ortskern und das unmittelbare Umfeld erkundet. Es geht vor allem darum, die Missstände und Handlungsbedarfe (Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken der verschiedenen Funktionen und Nutzungen, des Städtebaus und der Gestaltung) im Ortskern zu erfassen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, um den Ortskern zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Betrachtet werden insbesondere der Ist-Zustand und mögliche Gestaltungsoptionen für die Ortsmitte, die Querungssituation für Fußgänger, die Haltestellen- und Umsteigesituation des ÖPNV, die Sicherheit des Radverkehrs, Schulwegsituationen sowie die Themen Einkaufsmöglichkeiten und Grundversorgung der Bevölkerung. Mit Blick auf die konkreten Maßnahmen und Projekte ist es wichtig, auch immer die „Realisierbarkeit" und „Zukunftsfähigkeit" der Vorschläge im Blick zu haben.
- **Tour 2 „Verkehr beruhigen und die Straßen sicherer machen":** Im Rahmen einer Fahrradtour werden die Korridore: Am Wasserturm/ Figarostraße, Frithjofstraße, Idunastraße/ Neukirchstraße, Straße 30 und Wischbergeweg erkundet und die Gefahrenstellen, die Problematik des

Schleichverkehrs sowie sonstige Problempunkte betrachtet. Lösungsorientiert wird im Rahmen der Tour darauf hingearbeitet, verbindende Radwege und eine gute Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr herzustellen. Deshalb sind auch „Brüche“ im Verkehrsfluss, Teil der Touren. Im Rahmen der Gespräche wird diskutiert, was aus der Perspektive verschiedener Nutzer*innen (z.B. Radfahrer*innen, Fußgänger, ÖPNV-Nutzer, Autofahrer*innen, Kinder, alte Menschen usw.) notwendig ist (Bedingungen/ Erwartungen), um Schleichverkehre zu verhindern, den Verkehr zu beruhigen und ein gemeinsames und sicheres Miteinander zu gewährleisten.

- **Tour 3 „Gute Ideen und Beispiele“:** Eine Tour zu gemeinsam ausgewählten Zielen innerhalb Berlins bzw. im näheren Umkreis vermittelt die Beispiele für gut oder weniger gut gelungene städtebauliche und verkehrliche Lösungen, die für Heinersdorf relevant sein können. Mögliche Ziele sind die Besichtigung der Verkehrsberuhigung in Moabit (‘Moabiter Kissen’), die Siedlung Eichkamp (zu vergleichbarer Zeit angelegte Kleinsiedlung mit engen Wohnstraßen), der als Gartenstadt angelegte Zentrumsbereich von Frohnau, die städtisch überbauten ehemaligen Dorfkerne Alt-Tempelhof, Alt-Mariendorf oder Alt-Tegel. Die genannten Orte stellen lediglich Beispiele dar, die genaue Auswahl und Überprüfung auf Relevanz sollte gemeinsam mit den Beteiligten der Workshops stattfinden und zu einer in vertretbarem zeitlichen Rahmen durchführbaren Tour verdichtet werden.

Bürgerwerkstätten mit den Planer*innen

vorr. März 2018 und Juni 2018

In zwei Planerwerkstätten werden die von den Planungsteams erarbeiteten Lösungsansätze diskutiert und einzelne Themen vertieft. Die Spielräume und Gegenstände der Beteiligung sind im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes mit dem Planungsbüro, der Verwaltung, den BVV-Abgeordnete, Zukunftswerkstatt Heinersdorf usw. abzustimmen.

Der **Teilnehmerkreis** der Planerwerkstätten sollte neben den Planer*innen und - organisierte und nicht organisierte - Bürger*innen auch Mitglieder der Verwaltung, BVV Abgeordnete, Vertreter*innen der BVG und ggf. weitere relevante Stakeholder umfassen. So wird sichergestellt, dass es tatsächlich zu einem Austausch von Perspektiven zur Rahmenplanung kommen kann.

Die **erste Werkstatt** findet zu Beginn der Beteiligung statt. Die Planer*innen stellen ihre bisherigen Ansätze vor und diskutieren an unterschiedlichen Thementischen dazu mit den Bürger*innen. Bereits stattgefundene Touren und dort gewonnene Erkenntnisse werden dabei mit einbezogen. Ergebnis der ersten Planerwerkstatt sind thematisch strukturierte Rückmeldungen zu den Planungsentwürfen und Lösungsansätzen. Diese werden anschließend von den Planer*innen eingearbeitet.

Die **zweite Werkstatt** findet zum Ende der Beteiligung statt. Grundlage der Planerwerkstatt sind dann die überarbeiteten Entwürfe der Planer*innen, sowie die weiteren Erkenntnisse aus den Touren und dem Labor. Die Planer*innen erläutern zunächst, welche Hinweise, wie in die Überarbeitung eingeflossen sind und welche nicht beachtet wurden. Anschließend geht es wiederum in die gemeinsame Diskussion. Die vorgeschlagenen Pläne werden hinsichtlich der Ziele des Rahmenplans überprüft: Inwiefern findet eine Aufwertung des Ortskerns Heinersdorf statt? Werden die Stärken des Ortsteils angemessen unterstützt? Welche Probleme könnten dadurch gelöst werden? Was bleibt weiterhin offen?

Ergebnis dieser Planerwerkstatt ist eine fundierte Entscheidungsgrundlage für das Bezirksamt Pankow und die BVV. Sie können anschließend daran die Stärken und Schwächen der Planungen aus Bürgerperspektive für die Entscheidung hinsichtlich der weiteren Rahmenplanungen nutzen.

Labor 1 „Impulse und neue Gedanken“

März 2018

Mit dem Projektteam und ausgewählten „Vordenkern“ wird ein Labor ins Leben gerufen, welches - abseits von den strukturierten Beteiligungsformaten - ein Raum zum „neu denken“ ist. In entspannter Atmosphäre (z.B. beim gemeinsamen Picknick oder in gemütlicher Abendrunde) denken die Teilnehmenden „laut“. So entstehen neue Impulse, Netzwerke und Ideen, die in das Beteiligungsverfahren einfließen. Die Vordenker werden persönlich angesprochen und eingeladen. Denkbar ist weiterhin ein zielgruppenspezifischer Zuschnitt des Labors, z.B. mit Kinder und Jugendlichen oder mit Personen mit Migrationshintergrund.

Abschlussveranstaltung

2. Jahreshälfte 2018

Auf der Abschlussveranstaltung wird die Rahmenplanung präsentiert. Dabei geben Planer*innen, Bürger*innen, Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes Pankow und der BVV einen Einblick in den Beteiligungsprozess und die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung. Das Bezirksamt/ die BVV legt Rechenschaft darüber ab, wie die Beteiligungsergebnisse in die Rahmenplanung eingeflossen sind, was nicht einbezogen werden konnte und wie die nächsten Schritte aussehen.

Drehscheibe Nachbarschaftshaus Heinersdorf – Präsenz vor Ort während der Beteiligungsphase

Als Anlaufpunkt vor Ort und bei direkten Fragen und Anregungen ist die Zukunftswerkstatt Heinersdorf, ggf. auch Zebralog und Planer*innen im Nachbarschaftshaus Alte Apotheke, Romain-Rolland-Straße 112, 13089 Berlin da. Es ist zu überlegen, ob sogar fixe „Sprechstunden“ für die Rahmenplanung im aktiven Beteiligungszeitraum angeboten werden.

6 Die Strukturen und Rollen für gute Entscheidungen

Nachhaltige und erfolgreiche Beteiligungsprozesse brauchen gute und verlässliche Strukturen, insbesondere, wenn sie einen Prozess über einen langen Zeitraum begleiten sollen. Dabei ist es wichtig, die lokalen Strukturen vor Ort einzubinden und zugleich den gesamtstädtischen Diskussionen gerecht zu werden. In diesem Kapitel wird beschrieben, welche Gremien und Akteurskreise gebraucht werden, um die Phase der Vorbereitenden Untersuchungen bis voraussichtlich Ende 2018 (vsl. Zeitpunkt der Entscheidung über die Entwicklungsmaßnahme) und darüber hinaus (im Falle, dass gebaut wird) zu gestalten.

Dieses Kapitel ist Ergebnis intensiver Beratungen in den Bürgerwerkstätten, in gesonderten Sitzungen mit dem Forum Blankenburger Süden und bei einer internen Präsentation des Konzeptes mit der SenStadtWohn, der SenUVK und des Bezirksamtes Pankow. In Werkstatt 3 wurde zum ersten Mal intensiv über die Rolle der verschiedenen Gremien, ihrer Zusammenarbeit sowie dem Aufbau neuer Strukturen für den Beteiligungsprozess im Blankenburger Süden diskutiert. Hierzu wurde ein Vorschlag von Zebralog und BURGDORFF STADT als Grundlage vorgestellt. Nach einer Anpassung dieser Grundlage wurden die angepassten Vorschläge auf der 4. Werkstatt zur Diskussion gestellt (siehe Anhang O2).

Insbesondere die Rolle des bereits bestehenden Forums Blankenburger Süden bedurfte eines intensiven Austausches. Die Ergebnisse einer gesonderten Diskussionsrunde mit Mitgliedern des Forums sowie die Diskussionsbeiträge aus den beiden Werkstätten (die 3. und 4. Bürgerwerkstatt) stellten schließlich die Basis zu dem final in diesem Konzept vorliegenden Zusammenspiel der einzelnen Akteure und Gremien dar. Nach der Beratung bei einer internen Präsentation des Konzeptes mit Mitarbeiter*innen von SenStadtWohn, SenUVK und dem Bezirksamt Pankow wurde beschlossen, die vorgeschlagenen Gremienstrukturen noch einmal zu straffen und für den Prozess handhabbar zu machen.

Eine Herausforderung des Prozesses ist es, handlungsfähig zu bleiben. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die zeitlichen Aufwände für die Mitglieder vertretbar bleiben müssen.

Nicht abgebildet sind die zwischen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie der Bezirksverwaltung durchgeführten verwaltungsinternen Steuerungsrunden und Verwaltungsklausuren, die sich sehr bewährt haben.

Im Folgenden sind die Entscheidungs- und Gremienstrukturen für zwei Fälle abgebildet und erläutert: 1. Für die Phase der Vorbereitenden Untersuchungen inkl. stadtweiter Debatte. 2. Für die lokale Beteiligung im Kontext der Rahmenplanentwicklung Heinersdorf.

Das Vorhaben „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ ist sowohl auf der lokalen als auch auf der gesamtstädtischen Ebene wirksam. Dementsprechend müssen beide Ebenen gehört und miteinander verzahnt werden.

Die zentralen Bausteine, welche diese Aufgabe im Prozess leisten, sind:

- ein **Projektbeirat**, der aufgrund seiner teils lokalen, teils berlinweiten Zusammensetzung (ca. 30 Mitglieder) und Arbeitsweise hinsichtlich politischer, fachlicher wie auch bürgerschaftlicher Belange belastbare Vorberatungen zu entscheidungsrelevanten Fragen durchführen kann. Der Projektbeirat wird auf Initiative der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen einberufen. Die Mitglieder des Projektbeirats sind fachlich geschult. Sie müssen sowohl die lokalen Belange als auch die gesamte Berliner Entwicklung im Blick haben. Einige Mitglieder sollten die hervorragenden Beispiele in und außerhalb Berlins im Blick haben. Der Projektbeirat soll geschlossen und mit hoher Kontinuität der Mitglieder*innen ca. 4x im Jahr tagen. Der Projektbeirat ist z.B. mit Vertreter*innen aus

den Bereichen lokale Zivilgesellschaft (z.B. Bürgerinitiativen, ggf. auch das „Forum Blankenburger Süden – u.U. mit einem Status als „ständiger Gast“), Fachpolitiker*innen (SenStadtWohn, AGH, BVV), Fachleuten aus der Verwaltung und von „außen“ (Städtebau, Architektur, Verkehrsplanung, Baukultur, ...), gesamtstädtisch relevanten Interessensgruppen und Zivilgesellschaft (z.B. Mieter*innen, Wohnungswirtschaft, Umweltverbände, Verkehrsverbände etc.) besetzt. Das Beratungsergebnis / Meinungsbild wird der Politik/ Verwaltung übermittelt.

- die **Bürgerbeteiligungsformate, die anlass- und themenabhängig zugeschnitten werden und eine breite Öffentlichkeit adressieren**, um das Thema, das Projekt und den Gesamtprozess bekannt zu machen und zu strategisch bedeutsamen Themen mit „Entscheidungsspielraum“ qualifizierte Meinungsbilder einzuholen (Bürgerwerkstätten, Touren, Online-Dialoge usw.). Mit den Laboren werden experimentelle ad-hoc Formate zu verschiedensten Themen initiiert. Sie können von jedem oder jeder einberufen werden, dienen z.B. dem Wissensaustausch, der Mobilisierung oder richten sich an spezielle Zielgruppen.
- die **Arena**, einer speziellen Form der offenen Bürgerbeteiligung und des Meinungsstreits. Wesentliche Zwischenergebnisse, Ideen und Konzepte, die im Projektbeirat, im Rahmen der Bürgerbeteiligung oder in Ausschusssitzungen des Abgeordnetenhauses und der BVV beraten wurden, bekommen hier ihre breiteste Öffentlichkeit. Hier wird anlassbezogen informiert, die wichtigsten Themen werden debattiert und die Ergebnisse aus den unterschiedlichen Beratungs- und Beteiligungsebenen zusammengeführt. Die Arena ist das „Plenum“ des Projektes. Sie wird von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, vom Forum Blankenburger Süden oder / und vom Projektbeirat einberufen und genutzt. Damit sollen differenzierte Meinungsbilder eingeholt und die Wissensbasis für anstehende Entscheidungen durch die dafür legitimierten und zuständigen gewählten Vertreter im Abgeordnetenhaus oder / und in der Bezirksverordnetenversammlung verbreitert werden.
- Darüber hinaus existiert mit dem **Forum Blankenburger Süden** bereits ein gut funktionierendes zivilgesellschaftliches Bürgerbegleitgremium, was sich als Wächter des Prozesses, Impulsgeber und Seismograph für die Themen in den „betroffenen“ Ortsteilen versteht. Das Forum „bleibt, wie es ist“ und ist Teil des Gesamtverfahrens (Projektbeirat, Arena), was einschließt, dass es grundsätzlich offen und flexibel ist („atmet“ / „mal größer, mal kleiner“). Zu den „Arena-Zeitpunkten“ (Annahme: 2x im Jahr) wird das Forum zur stadtweiten „Arena“ (übernimmt dessen Funktionen und ist ganz groß). Dazwischen trifft es sich weiterhin in bewährter Weise, dann aber im kleineren Rahmen.
- Diese unterschiedlichen Diskussionsorte sind über ihre Mitglieder und die Themen miteinander verzahnt. Die **Geschäftsstelle** unterstützt dabei sowohl die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, den Projektbeirat als auch das Forum Blankenburger Süden – z.B. bei der Einberufung, dem Agendasetting, der Moderation, der Umsetzung, Dokumentation und der kritischen Weiterentwicklung von Formaten und Abläufen. Sie ist darüber hinaus für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der einzelnen Bürgerbeteiligungsformate zuständig und berät in allen Fragen rund um die Kommunikation und Beteiligung. Eine enge Zusammenarbeit mit den Strukturen vor Ort (Zukunftswerkstatt Heinersdorf, Forum Blankenburger Süden, ggf. Projektbüro vor Ort) ist dabei Teil der engen Abstimmung.

6.1 Das Beispiel „Beratung von Alternativen“ im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen als exemplarischer gesamtstädtischer Beratungsablauf

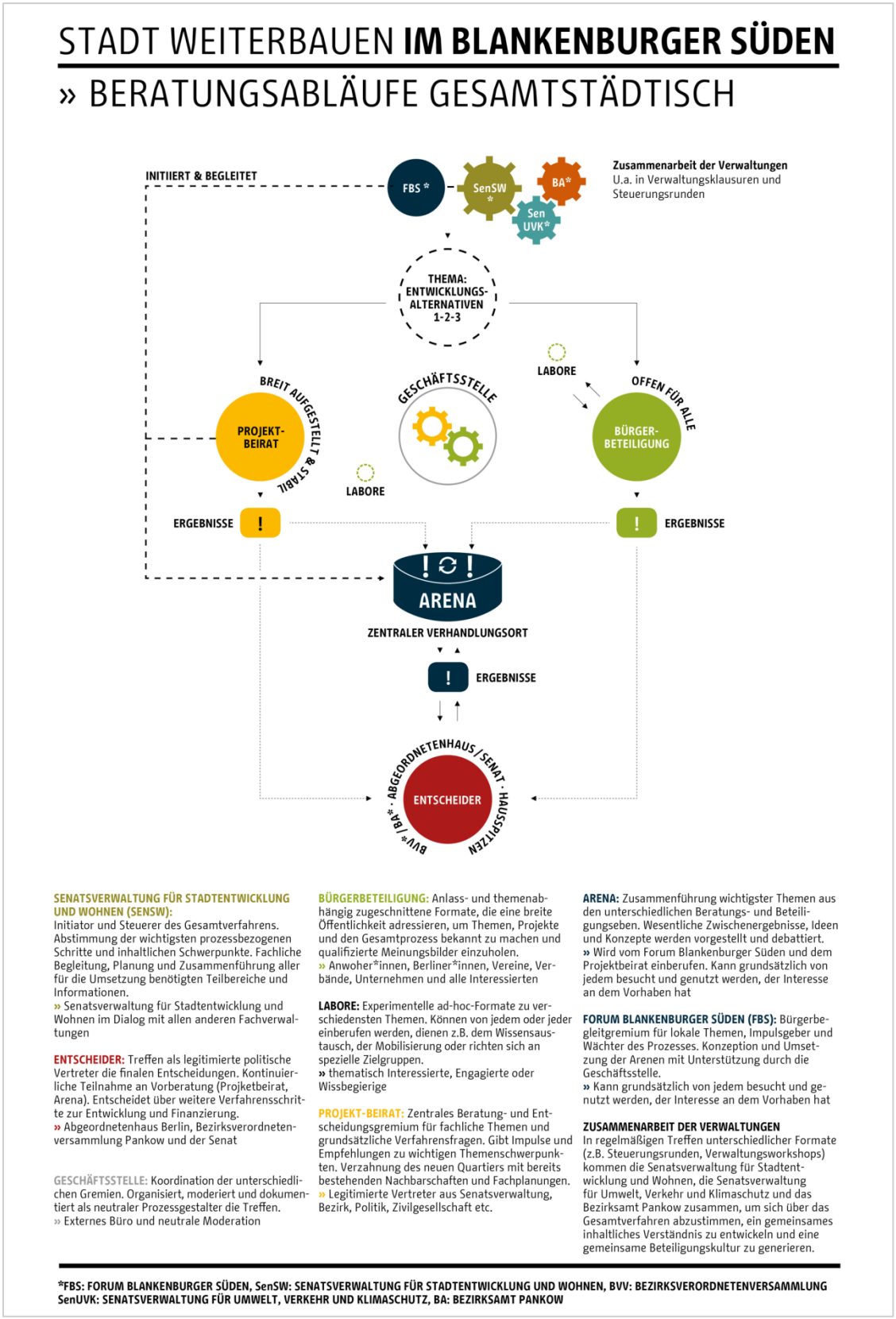

Abbildung 13 Gesamtstädtischer Beratungsablauf, Quelle: eigene Darstellung auf Basis der Gespräche, Bürgerwerkstätten und eigener Überlegungen, Grafik: platzda für Zebralog / Burgdorff Stadt 2017.

Die **Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen** entwickelt in internen Abstimmungen auf Basis von fachlichen Analysen mehrere Alternativen für die grundsätzliche Entwicklung des Blankenburger Südens. Sie berät sich mit dem **Forum Blankenburger Süden** unterstützt durch **die Geschäftsstelle**[14], in welcher Form das Thema im **Projektbeirat** und in der **breiten Öffentlichkeit** vorgestellt und beraten werden sollte. Dies wird insbesondere beim Thema der „Alternativen" im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen der Fall sein, da es die grundlegenden Weichenstellungen für die Entwicklung des Stadtgebietes aufzeigt.

Zum Projektbeirat und den öffentlichen Mitwirkungsangeboten wird zeitgleich eingeladen. Zum Projektbeirat per Email/Brief. Zur **Bürgerbeteiligung** via öffentlicher, lokaler und berlinweiter Ankündigung über verschiedene Medien und natürlich über die Verteiler vor Ort und im Netz.

Der Projektbeirat tagt 3 – 4 Wochen vor der Arena, steigt fachlich tief in die Beratungen ein, kommentiert und reflektiert. Selbiges passiert in einer begleitenden stadtweiten Bürgerbeteiligung (vgl. Kapitel 4 dazu). Das Forum Blankenburger Süden trifft sich nach Bedarf. Die Ergebnisse des Projektbeirates und der stadtweiten Bürgerbeteiligung werden auf Basis eines vorstrukturierten und kompakten Ergebnispapiers festgehalten und dem politischen Raum zur Verfügung gestellt.

Sollten die Meinungen sehr konträr sein, wird eine Arena geplant, wo die Rückmeldungen präsentiert und zusammengeführt werden. Einzelne Mitwirkende aus dem Projektbeirat und der Bürgerbeteiligung (alternativ oder ergänzend: die Geschäftsstelle) präsentieren ihre Einschätzungen zu den Alternativen. Die im Projektbeirat vertretene **Politik** nimmt zu diesen Einschätzungen Stellung. Der Dissens wird festgehalten und die Konflikte öffentlich besprochen. Die Argumente – das „Für und Wider" – werden (im Idealfall: live) festgehalten. Nach dem Arenatreffen haben alle die Möglichkeit, die Ergebnisse der öffentlichen Sitzung noch einmal zwei – drei Wochen lang online zu ergänzen (Online-Konsultation). Die Kommentare werden durch die **Geschäftsstelle** dokumentiert, inhaltlich sortiert und geordnet der SenStadtWohn bzw. den Fachplaner*innen übergeben.

Das Projektteam und die Leitungsebene entscheiden, ob sie noch einmal in die Überarbeitung gehen und auf der Basis dann eine Vorzugsalternative empfehlen können oder ob sie die Alternativen mit den Kommentaren in der ursprünglichen Fassung in die politischen Beratungen geben.

Diese Abwägung wird wiederum transparent kommuniziert (print und online). Am Ende sollte es eine öffentliche Rückmeldung geben, aus welchen Gründen sich für eine Vorzugsalternative entschieden wurde (vgl. Kapitel 4).

[14] alternativ: Vorsitzende*r des Projektbeirates.

6.2 Das Beispiel „Rahmenplanung Ortskern Heinersdorf“ als exemplarischer lokaler Beratungsablauf

Die **Bezirksverordnetenversammlung Pankow** hat dem Bezirksamt den Auftrag erteilt, eine Rahmenplanung für den Ortskern Heinersdorf mit besonderen Fokus auf die verkehrliche Situation (Beruhigung, vernetzte Mobilität) und die Weiterentwicklung des Zentrumsbereiches (hohe Aufenthaltsqualität, passende Nutzungsangeboten und städtebauliche Neugestaltung) zu erstellen. Das **Bezirksamt** stimmt sich mit der SenStadtWohn in der **Steuerungsrunde** ab, welche Verfahrensschritte anstehen und wie sich die bezirkliche Planung in das Gesamtprojekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ einordnet. Sie entscheiden, dass die Beteiligung lokal verankert sein soll und beraten sich deshalb mit dem vor Ort aktiven Verein **Zukunftswerkstatt Heinersdorf**

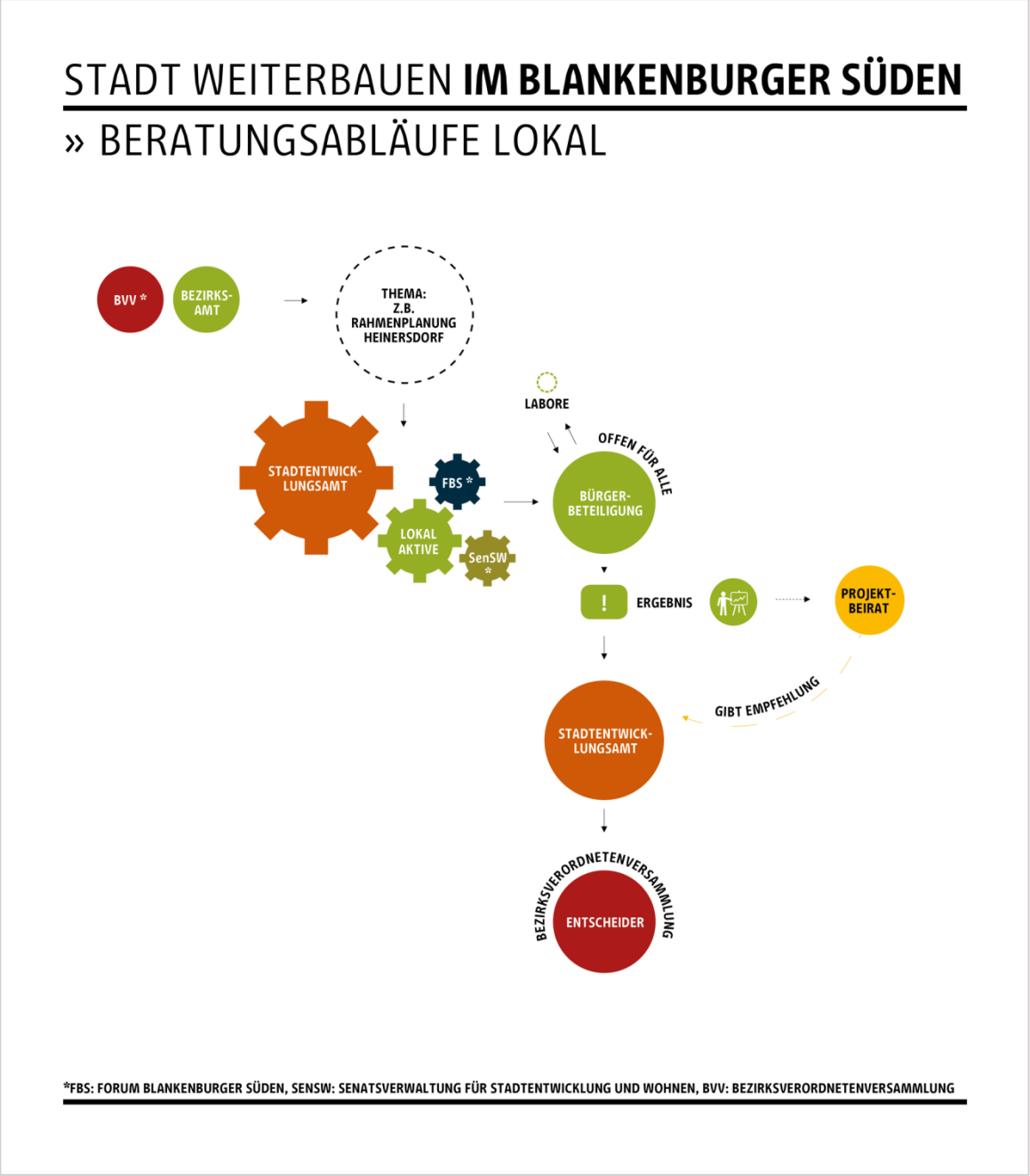

Abbildung 14 Lokaler Beratungsablauf, Quelle: eigene Darstellung auf Basis der Gespräche, Bürgerwerkstätten und eigener Überlegungen, Grafik: platzda für Zebralog / Burgdorff Stadt 2017.

(unterstützt durch die Geschäftsstelle), wie der planerische Erstellungsprozess mit den Bürger*innen / Anwohner*innen gemeinsam beraten werden soll. Das Beteiligungskonzept wird mit dem beauftragten Fachplanungsbüro und dem Auftragnehmer für die Beteiligung abgestimmt und eng verschnitten, um möglichst anschlussfähige Ergebnisse zu produzieren.

Wenn das Konzept abgestimmt ist, kann es in die Umsetzung der **Bürgerbeteiligung** gehen. Die öffentlichen Mitwirkungsangebote werden über die Bezirksprojektseite, die Projektseite bei SenStadtWohn, die lokalen Printmedien (z.B. Berliner Woche) sowie über die Netzwerke und Kommunikationskanäle der Zukunftswerkstatt Heinersdorf (Newsletter, Flyer, ggf. Journal der Zukunftswerkstatt) sowie über die Verteiler des Forums Blankenburger Südens bekannt gemacht.

Die Bürgerbeteiligung startet mit einer öffentlichen **Auftaktveranstaltung,** die über die nächsten Planungs- und Beteiligungsschritte der Rahmenplanung und die Mitwirkungsangebote informiert. Zugleich können erste Problempunkte (Ortskern, Verkehr) auf dem begehbaren Stadtplan verortet werden. Im nächsten Schritt finden gemeinsame **Touren und vertiefende Gespräche** mit den Anwohnern / speziellen Zielgruppen (Kinder- und Jugendliche) und den Planern statt. Damit wird die planerische Bestandsaufnahme durch eine Stärken-Schwächen-Analyse aus Bürgersicht ergänzt. Die Lösungsansätze und Maßnahmen werden dann in **Werkstätten** mit dem Planungsbüro, den Verwaltungsmitarbeitern, den BVV-Abgeordneten, der Zukunftswerkstatt Heinersdorf, der BVG usw. intensiv vertieft. Parallel findet ein **Labor** statt, um neue Impulse in den Planungsprozess zu bringen (vgl. Kapitel 5).

Die Ergebnisse werden durch das Planungsbüro zusammengeführt, die Rahmenplanung überarbeitet. Auf einer **öffentlichen Feedbackveranstaltung** wird die Rahmenplanung präsentiert und eine letzte Rückmeldung der Bürger*innen eingeholt. Am Ende wird der **Projektbeirat über die Rahmenplanung informiert** (solange keine besonderen Auswirkungen auf das Kerngebiet entstehen, reicht hier eine Kenntnisnahme aus). **Dem Bezirksamt und der BVV** wird voraussichtlich Mitte 2018 der Rahmenplan präsentiert, übergeben und dann beschlossen.

7 Maßnahmen und Formate im Überblick

Nachfolgend werden die Beteiligungs- und Kommunikationsformate beschrieben, die im Beteiligungsprozess zum Einsatz kommen können. Sie orientieren sich dabei an den einzubindenden Zielgruppen, den jeweiligen Beteiligungsgegenständen / -themen und den angestrebten Beteiligungszielen.

Die meisten Formate sollen ein breites Spektrum unterschiedlicher Gruppen und Akteure miteinander ins Gespräch bringen, um so einen diskursiven Austausch und den Perspektivenwechsel zu befördern.

In Hinblick auf die **Zielgruppen** gilt es für den Blankenburger Süden, insbesondere die Anwohnerschaft von Blankenburg, Heinersdorf und Malchow für die Beteiligung zu erreichen. Die vorgeschlagenen Dialogformate und Kommunikationsmaßnahmen sind so gestaltet, dass sich eine möglichst vielfältige (heterogene) Gruppe von Menschen angesprochen fühlt und deren Teilnahme erleichtert wird (z.B. Angebot von Kinderbetreuung, ausdrücklich barrierefreie Veranstaltungsräume, etc.). Bei stadtweit relevanten Themen werden die Kommunikationsmaßnahmen entsprechend ausgeweitet.

Bekannte Formate zur **inhaltlichen Vertiefung einzelner Themen und Fragestellungen** (Werkstätten, Online-Dialoge, -umfragen) sollen ebenso Anwendung finden wie aufsuchende **Aktivierungsangebote** (Spaziergänge/ Touren) und **innovativere Formate zum Ausprobieren** (Labore). Wesentlicher Bestandteil sind **Großveranstaltungen**, die der Information dienen (Informationsveranstaltungen) oder groß angelegte Debatten (Arena, Online-Dialoge) – die für die neue Dialogkultur in Berlin stehen.

Kinder und Jugendliche werden mit den diskussionsorientierten Angeboten oft schwer erreicht. Für diese Gruppe können spezielle Formate angeboten werden (Snapchat-Messages, WhatsApp oder Instagram Stories).

Bei allen Formaten und Veranstaltungen ist die sinnvolle **Verknüpfung von informativen** (beispielsweise Vorträgen, Inputs, Videos etc.) **und dialogischen Elementen** (Frage-Antwort-Runden, Fishbowl-Diskussionsrunden, Townhall-Meeting u.a.) anzustreben. Der Fokus dieser Veranstaltungen sollte auf einem gegenseitigen Austausch und einem Voneinander-Lernen liegen.

Im Rahmen der stattfindenden Öffentlichkeitsbeteiligung sind im Konzept folgende Formate und Methoden als zentrale Basiselemente vorgesehen, die nachfolgend kurz und überblicksartig erläutert werden.

Öffentliches Aushandeln und Beteiligen	**Vor Ort präsent und aktiv sein**	**Kommunizieren und Informieren**
Arena (7.2)	Labor (7.4)	Informations-veranstaltung (7.1)
Bürgerwerkstatt (7.3)	Touren (7.6)	Online-Plattform (7.8)
Online-Dialog und Online-Umfrage (7.7)	Projektbüro vor Ort (7.5)	Videointerview „Nachgefragt“ (7.9)
		Kontinuierliche Maßnahmen zur Kommunikation (7.10)
		Aufbereitung und Visualisie-rung der Planungsgrundlagen (7.11)
		Kommunikation über Social Media Tools (7.12)

Abbildung 15 Maßnahmen und Formate im Überblick, Grafik: Zebralog

7.1 Informationsveranstaltung mit Beteiligungsangeboten

Öffentliche Großveranstaltung mit Fokus auf Information und transparenter Kommunikation

Großformatige Informationsveranstaltungen können bei zentralen und strategisch bedeutsamen Themen oder anlässlich wichtiger Entscheidungsmeilensteine durchgeführt werden. Zum Beispiel bei Entscheidungen rund um die zukünftige Entwicklung des Verkehrs im Berliner Nordosten (z.B. Ergebnisse der Straßennetzuntersuchungen, Varianten der Tram-Trassen, Zwischenergebnisse des berlinweiten Rad-Dialogs) oder bei Fragen zu den Qualitäten und Herausforderungen zeitgemäßer Stadt- und Quartiersentwicklung (Was können wir von München, Freiburg, Hamburg oder Wien lernen?).

Die Ausrichtung und Zielgruppen der Informationsveranstaltungen können dabei je nach Thema variieren: Denkbar sind Veranstaltungen, die eher ein fachlich interessiertes Publikum ansprechen (ähnlich wie Fachkonferenzen), oder Veranstaltungen, die eher die interessierte Anwohnerschaft ansprechen.

Die bereits durchgeführten Informationsveranstaltungen zum Projekt „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“ bieten sich hier als gute Orientierung bezüglich der Größe, dem inhaltlichen Aufbau und den „Gesprächsangeboten“ an (vgl. im Anhang 02, Dokumentation 1: Informationsveranstaltung). Die gemeinsam von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen organisierte Verkehrsinformationsveranstaltung im Juni 2017 ist beispielgebend mit Blick auf eine transparente Kommunikationspolitik und einer gemeinsamen Zusammenarbeit der Behörden.

Steckbrief „Informationsveranstaltung mit Beteiligungsangeboten“	
Dauer	▪ maximal 3 Stunden, in der Regel abends oder am Wochenende
Teilnehmende / Zielgruppen	▪ ca. 300 bis zu 800 Teilnehmer*innen; mit Anmeldung, aber offen für jeden
Maßnahmen zur Bekanntmachung	▪ Projektseite, Postkarten/Flyer/Plakate, Newsletter, Verteilerlisten/ Multiplikatoren (Forum Blankenburger Süden, Initiativen, SenStadtWohn), Zeitungsartikel Berliner Woche (kostenlose Zeitung in den Stadtteilen), Pressemitteilung, etc.
Mögliche Themen	▪ Zentrale und strategisch bedeutsame Themen
Aufwand	▪ Vorbereitung: hoher Aufwand bzgl. Organisation und Abstimmung der Fachbehörden/ Aufbereitung der Informationen, Bewerbung ▪ Durchführung: mittlerer Aufwand (1 Haupt- und Co-Moderator*innen, hohe Anzahl an Assistent*innen) ▪ Nachbereitung: geringer Aufwand (kaum Auswertung, nur Dokumentation)
Beteiligungsstufe	▪ Information und anlassbezogen: Konsultation

7.2 Arena als zentraler Ort des Meinungsaustausches

Öffentliche, großformatige Veranstaltung mit dem Ziel, Streitgespräche zu ermöglichen und einen konstruktiven Austausch zu bringen

Das Beteiligungsformat „Arena“ hat als zentraler Ort des Meinungsaustausches zwischen verschiedenen Zielgruppen eine Schlüsselrolle im Beteiligungsprozess (vgl. Kapitel 6). Der Unterschied zu öffentlichen Großveranstaltungen wie beispielsweise den Informationsveranstaltungen liegt in der Gestaltung: Während Informationsveranstaltungen vom Charakter her eher der Information und Kommunikation dienen, dienen die Arenen dem Austausch und der Diskussion (im Gegensatz zur Information) im großen Format. In den Arenen werden (Zwischen)Ergebnisse und Konzepte aus den verschiedenen Dialogangeboten, insbesondere den Bürgerwerkstätten und Online-Dialogen, mit den Diskussionen des Projektbeirats und der politischen Gremien zusammengeführt.

Abbildung 16 Öffentliche Großveranstaltung im Rahmen der Beteiligung „Alte Mitte – Neue Liebe?“ (Foto: Jörg Farys)

Die Argumente und Themen werden von einer möglichst breiten Öffentlichkeit diskutiert, Ideen oder Lösungsansätze können hier auch gemeinsam weitergedacht werden. Die Ergebnisse der Diskussionen in den Arenen werden am Ende für die politischen Entscheidungsträger aufbereitet und an sie weitergereicht. Einberufen, organisiert, vorbereitet und durchgeführt wird die Arena vom Projektbeirat und/oder vom Forum Blankenburger Süden und/oder der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen mit Unterstützung durch die Geschäftsstelle.

Steckbrief „Arena“	
Dauer	▪ maximal 4 Stunden, in der Regel abends oder am Wochenende
Teilnehmende / Zielgruppen	▪ aktivierende Einladungen bis hin zu (selbst)verpflichtender Teilnahme; ca. 200 - 400 Teilnehmer*innen, wenn möglich ausgewogene Verteilung zwischen den Sphären: Politik, Projektbeirat, Öffentlichkeit, , Bekanntmachung über stadtweite Kanäle
Maßnahmen zur Bekanntmachung	▪ stadtweite Plakatierung, Projektseite, Postkarten/Flyer/Plakate, Newsletter, stadtweite Verteilerlisten/ Multiplikatoren (SenStadtWohn, Stadtentwicklungs-Akteure), Pressemitteilung, Pressekonferenz, etc.
Mögliche Themen	▪ Themen mit großem Diskussionsbedarf und kontroversen Haltungen zu zentralen Meilensteinen des Verfahrens, zu denen richtungsweisende Entscheidungen benötigt werden
Aufwand	▪ Vorbereitung: hoher Aufwand (Konzeption, Bewerbung, Vorbereitung)

	▪ Durchführung: hoher Aufwand (viele Moderator*innen und Assistent*innen vor Ort; Technik, Raumkosten hoch) ▪ Nachbereitung: hoher Aufwand (fundierter inhaltlicher Auswertungsbericht, Kernergebnisse herausstellen, Rückspielung der Ergebnisse in den fachlichen Prozess)
Beteiligungsstufe	▪ Information, Konsultation und Kooperation

7.3 Bürgerwerkstatt

Öffentliche, kleinere Werkstätten; Diskussionsformat mit Vertiefungsmöglichkeiten

Inhaltliches Kernstück der vertiefenden Bearbeitung einzelner Fragestellungen oder Themen sind dezentrale Bürgerwerkstätten. In den Werkstätten können sich die Teilnehmer*innen ein tiefergehendes Meinungsbild bilden – z.B. zu den Themen der vorbereitenden Untersuchungen (Kriterien zur Bewertung der Entwicklungsalternativen, Diskussion der Themen und Fragen rund um die drei Entwicklungsalternativen) oder bei lokalen Themen wie die Rahmenplanung Heinersdorf oder die Schulstandortplanung. Bei der Beteiligung zur Rahmenplanung Heinersdorf werden die lokal aktiven Akteure (Zukunftswerkstatt Heinersdorf e.V.) an der Konzeption mitwirken, eine wichtige Mobilisierungsfunktion haben und als Anlaufstelle vor Ort fungieren. Die durchschnittliche Anzahl der Teilnehmer*innen auf den bisherigen Bürgerwerkstätten (ca. 50-65 Personen) wurde von den Bürger*innen als ideale Arbeitsgröße benannt und wird weiterhin angestrebt. Die Auswahl der Methoden im Spektrum von Kleingruppenarbeit bis Bürgerreporter*innen wird im Rahmen der Detailplanung der Bürgerwerkstätten je nach Thema und Ziel der Veranstaltung bestimmt.

Abbildung 17 Bürgerwerkstätten im Rahmen der Erstellung des Beteiligungskonzeptes, Foto: Jörg Farys

Steckbrief „Bürgerwerkstatt“	
Dauer	▪ maximal 4 Stunden, in der Regel abends oder am Wochenende
Teilnehmende / Zielgruppen	▪ v.a. thematisch Betroffene oder unmittelbar Engagierte; max. 60 Teilnehmende (Auswahl über offene Einladung, ggf. mit quotierter Auswahl); gezielte Bewerbung in thematisch passendem Umfeld
Mögliche Themen	▪ zu vertiefende Fachthemen, z.B. der Vorbereitenden Untersuchungen / künftige Quartiersentwicklung
Maßnahmen zur Bekanntmachung	▪ öffentliche Einladung auf den Informationsveranstaltungen, Plakate in den Stadtteilen (Verteilung über Forum Blankenburger Süden, direkte Ansprache etc.), Newsletter, Verteilerlisten/ Multiplikator*innen (Forum

	Blankenburger Süden, Initiativen, SenStadtWohn), Projektplattform und Internetseite der SenStadtWohn
Aufwand	▪ Vorbereitung: mittlerer Aufwand (Bewerbung, Konzeption/ Methoden, Abstimmung Fachplanung) ▪ Durchführung: mittlerer Aufwand (mehrere Moderator*innen und Assistent*innen vor Ort), ▪ Nachbereitung: mittlerer Aufwand (fundierter inhaltlicher Auswertungsbericht)
Beteiligungsstufe	▪ Information, Konsultation

7.4 Labor

Experimentelles Format zum Ausprobieren von Ideen

In der künftigen Beteiligung im Blankenburger Süden sollen auch experimentelle und niedrigschwellige Beteiligungsformate, genannt „Labore“, einen Platz finden. Thematisch stehen sie in Bezug zum Projekt und haben das Ziel, „etwas auszuprobieren“. Sie können von jedem/jeder „gerufen“ und „organisiert“ werden. Multiplikator*innen verschiedener Gruppen (Vereine für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Schulen oder sozialen Einrichtungen für diese Zielgruppen) können die „Labore“ selber initiieren und gestalten. Dafür ist es notwendig, ähnlich der Idee von Projekt- oder Quartiersfonds, ein festes Budget und einen Projekteinreichungsprozess zu planen.

Wichtig ist es, Themenfelder (Zukunftsthema, soziale Innovation, Gemeinwohl etc.) und einen Ablauf festzulegen, wie und durch wen die Projektauswahl erfolgt. Ziel sollte es sein, eine vielfältige Mischung aus Gruppierungen und Themen entstehen zu lassen. Die Labore haben auch den Vorteil, durch ungewöhnliche Formate sehr spezielle (Kinder und Jugendliche) und schwer zu erreichende Zielgruppen (Migrant*innen) ansprechen zu können.

Langfristig sollte das Ziel bei diesem Format sein, nicht zu viel vorzugeben und stattdessen den Ideen der Bürger*innen Raum zu geben und die finanziellen Mittel zur Umsetzung zu ermöglichen.

Steckbrief „Labor“	
Dauer	▪ unterschiedlich (von wenigen Stunden bis mehrere Wochen)
Teilnehmende / Zielgruppen	▪ spezielle Zielgruppen, z.B. Kinder und Jugendliche, Senior*innen, Künstler*innen und Kreative, engagierte Bürger*innen etc.; Teilnahme: selbstorganisiert und je nach Bedarf durch verschiedene Initiatoren organisiert
Maßnahmen zur Bekanntmachung	▪ teilweise selbstorganisierte Bekanntmachung, zielgruppenspezifische Verteiler, Newsletter, Projektplattform, Postkarten die zielgruppenspezifisch verteilt werden

Mögliche Themen	▪ temporäre Nutzungen, Themen zum „Ausprobieren“
Aufwand	▪ Vorbereitung: mittlerer Aufwand (Abwägung bei Projekteinreichung, Organisation, Genehmigung, Konzept), ▪ Durchführung: geringer Aufwand (Durchführung liegt bei Initiator), ▪ Nachbereitung: geringer Aufwand (ggf. Unterstützung bei der Dokumentation)
Beteiligungsstufen	▪ Konsultation, Ko-Produktion

7.5 Kontinuierliches Projektbüro vor Ort

Öffentlich agierendes Büro, das 2-3 Mal pro Woche in den Abendstunden oder am Wochenende vor Ort präsent ist, sich aber auch aktiv auf Festen, bei Sportveranstaltungen etc. präsentiert

Für den kontinuierlichen Prozess ist es wichtig, eine zentrale Anlaufstelle zu haben, die auch vor Ort präsent und ansprechbar ist. Mit der partizipativen Konzepterstellung wurde bereits begonnen, die Strukturen für eine gemeinsame Identität zu entwickeln, die „aktiv“ durch die lokalen Akteure mit Leben gefüllt wird. Diese Plattformbildung wird durch das Projekt weiterverfolgt und initiiert. Und zwar so, dass sich nachhaltige Prozesse im Hinblick auf eine gemeinsame Zielbildung und –erreichung sowie Interessenharmonisierung verstetigen. Die Netzwerkbildung als solche sowie die Entwicklung einer gemeinsamen Identität wird durch eine „räumliche“ Zentrale gestärkt.

Das Projektbüro hat dafür Sorge zu tragen, dass sich Interessierte über das Verfahren und die Beteiligten, aktuelle Planungsstände oder Veranstaltungen informieren können. Diese Anlaufstelle ist von den Bürger*innen gewünscht und wurde in der zweiten und vierten Bürgerwerkstatt thematisiert.

Wenn entschieden ist, dass das Areal des „Blankenburger Südens“ bebaut werden soll, sollte ein **kontinuierliches Projektbüro**, z.B. als „Infobox/ Bauwagen“ oder „Pavillon“ vor Ort, eingerichtet werden. Das Projektbüro hat feste Öffnungszeiten und ist besetzt durch eine*n Mitarbeiter*in der Verwaltung und/oder des Auftragnehmers Bürgerbeteiligung. Es ist zu prüfen, ob für den Zeitraum der Vorbereitenden Untersuchungen bereits eine Räumlichkeit vor Ort organisiert werden kann. Diese könnte dann als gemeinsamer Projekt-Treffpunkt, als Materiallager, Ausstellungsraum und auch als symbolische Präsenz vor Ort genutzt werden.

Abbildung 18 Mobiler Infostand, Quelle: eigene Aufnahme Zebralog, Projekt: Bonn Viktoriakarreé 2016-2017

Zusätzlich dazu kann ein **mobiler Infostand** eingerichtet werden, der je nach Gelegenheit an unterschiedlichen Orten im Gebiet (bspw. an Bahnhöfen, auf Wochen- und Weihnachtsmärkten, vor Einkaufszentren, Supermärkten) zu finden ist und eher nach dem Prinzip einer „aufsuchenden Beteiligung“ funktioniert. Für die lokalen Projekte sind die bestehenden Nachbarschaftshäuser einzubeziehen, z.B. die Zukunftswerkstatt Heinersdorf, die bereits „Sprechstunden“ für die Rahmenplanung anbietet.

Steckbrief „Kontinuierliches Projektbüro vor Ort“	
Dauer	▪ kontinuierlich mit regelmäßigen Öffnungszeiten, mobiler Infostand: punktuell z.B. für einen Nachmittag
Teilnehmende / Zielgruppen	▪ offen für alle Interessenten, kontinuierliches Projektbüro spricht vor allem die direkten Anwohner*innen vor Ort an (erfahrungsgemäß besonders bei Älteren, Engagierten beliebt); mobiler Infostand spricht aufsuchend alle Zielgruppen an
Maßnahmen zur Bekanntmachung	▪ Information auf der Projektplattform, auf Printmaterialien etc.
Mögliche Themen	▪ Informationen über den Prozess; Kommunikation von relevanten Themen und Planungen
Aufwand	▪ kontinuierlich mittlerer Aufwand bei regelmäßigen Öffnungszeiten; mobiler Infostand: mittlerer Aufwand für Gestaltung und Beschaffung; geringer Aufwand bei Durchführung und Nachbereitung
Beteiligungsstufe	▪ Information und Kommunikation

7.6 Touren

Zur Erkundung des Blankenburger Südens

Ortsbegehungen und Touren dienen dazu, Wissen über den Ort zu sammeln und zu teilen – zwischen Fachleuten und Bürger*innen, den „lokalen Expert*innen“ gleichermaßen. Für das Projekt bieten sich thematische Touren im Rahmen der VU oder auch bei lokalen Themen wie der Rahmenplanung Heinersdorf an. Für eine gute Integration der Perspektiven von Kindern und Jugendlichen eignen sich Touren, die gemeinsam mit Vereinen (z.B. Reittour mit dem Reit- und Fahrverein Kleeblatt e.V., Fahrradtour mit der Zukunftswerkstatt Heinersdorf, Jugendamt Pankow) entlang des Untersuchungsgebietes und darüber hinaus zu den Beteiligungsthemen organisiert werden.

Abbildung 19 Fahrradtour mit der Zukunftswerkstatt Heinersdorf, Jugendamt Heinersdorf, dem Projektteam und weiteren Stakeholdern, eigene Aufnahme: Zebralog I Burgdorff Stadt, März 2017

Hier kann auf die Erfahrungen der ersten Phase der Beteiligung bereits zurückgegriffen werden. Auf der 4. Bürgerwerkstatt (siehe Anhang 2) wurde darüber hinaus von den Bürger*innen angeregt, dass die Rundgänge auch von Bürger*innen durchgeführt werden könnten, beispielsweise eine Wanderung durch das Malchower Luch mit der Initiative „Pro Malchower Luch“. Dieses Angebot sollte im Rahmen der Beteiligung zu den lokalen Themen wahrgenommen und als ein Teilaspekt in die

Touren integriert werden, denn auch hier ist auf eine ausgeglichene Perspektivenvielfalt zu achten. Weitere Touren, zum Beispiel zu anderen Stadtquartieren in Berlin, könnten die Diskussion um Qualitäten / urbanen Charakter bereichern.

Steckbrief „Touren“	
Dauer	▪ ca. 2 Stunden
Teilnehmende / Zielgruppen	▪ offen für alle Zielgruppen, spricht ein gemischtes Publikum an, leichter Einstieg ohne Vorwissen
Maßnahmen zur Bekanntmachung	▪ Information auf den Veranstaltungen, Tourenplan auf der Projektseite, Newsletter, Verteiler, werden mitangekündigt auf den Bekanntmachungsmaßnahmen anderer Formate
Mögliche Themen	▪ Themen der VU, Rahmenplanung Heinersdorf, zielgruppenspezifische Touren
Aufwand	▪ Vorbereitung: je nach Tour mittlerer Aufwand (Tourenplan ausarbeiten, Bewerbung, Anmeldemanagement etc.) ▪ Durchführung: geringer Aufwand (1 Person vor Ort) ▪ Nachbereitung: geringer Aufwand (ggf. Fotodokumentation)
Beteiligungsstufe	▪ Information, anlassbezogen: Konsultation

7.7 Online-Dialog und Online-Umfrage

Öffentliche orts- und zeitunabhängige vertiefte Diskussion und Konsultation zu zentralen Dialogthemen

Vor allem für die stadtweiten Debatten bieten sich onlinebasierte Diskussionsformen an, um über die Grenzen des Untersuchungsgebiets hinaus Menschen zu erreichen und Debatten zu versachlichen. Die Themen der Vorbereitenden Untersuchungen sind für eine breite Stadtöffentlichkeit gedacht, da die Entscheidung, welche Entwicklung der Blankenburger Süden nehmen wird, Auswirkungen auf die gesamte Stadt hat und sich neben den Anwohner*innen (als Betroffene) auch an die potenziellen Nutzer*innen (als Wohnungssuchende) richtet.

Für alle online durchgeführten Beteiligungsformate wird das Online-Beteiligungsportal des Landes Berlin mein.berlin.de genutzt. In enger Abstimmung mit der Senatskanzlei werden die inhaltlichen und konzeptionellen Überlegungen abgestimmt und die technische Machbarkeit geprüft. Folgende Typen von Online-Dialogen / Online-Umfragen können themenabhängig dabei zum Einsatz kommen:

- Kriterienbasierter Online-Dialog mit Moderationsschnittstelle (z.B. anschaulicher Vorstellung und Diskussion der drei Alternativen)
- Kartenbasierter Online-Dialog (z.B. zu räumlichen Fragestellungen / Verortungen)
- Online-Textkommentierungen (z.B. zur Kommentierung der Ergebnisse der Arena)
- Komplexe Online-Umfragen (z.B. zu den Vorbereitenden Untersuchungen)
- Blitzumfrage (z.B. zur schnellen Einholung von Feedback)

- Kontaktformulare (z.B. Lob und Kritik zum Verfahren)

Steckbrief „Online-Dialog und Online-Umfrage“	
Dauer	▪ Laufzeit jeweils ca. 3-4 Wochen
Teilnehmende / Zielgruppen	▪ unbegrenzte Teilnehmer*innenzahl; öffentlich für alle Interessierten, spricht insbesondere ein stadtweites Publikum an und interessant für Personen, die sich gerne schriftlich äußern und wenig Zeit haben zu Veranstaltungen zu kommen
Maßnahmen zur Bekanntmachung	▪ stadtweite Plakatierung, Projektseite, Postkarten/Flyer/Plakate, Newsletter, stadtweite Verteilerlisten/ Multiplikatoren (SenStadtWohn, Stadtentwicklungs-Akteure), Pressemitteilung, Pressekonferenz etc.
Mögliche Themen	▪ Themen mit großem Diskussionsbedarf insbesondere mit stadtweiter Bedeutung, mit hohem Interesse für viele Menschen
Aufwand	▪ Vorbereitung: mittlerer Aufwand (Bewerbung, Informationsaufbereitung) ▪ Durchführung: mittlerer Aufwand (Online-Moderator*innen mit festgelegten Moderationszeiten), ▪ Nachbereitung: mittlerer bis hoher Aufwand (fundierter inhaltlicher Auswertungsbericht)
Beteiligungsstufe	▪ Information, Konsultation
Zuständigkeit	▪ Konzeption Zebralog in Abstimmung mit SenStadtWohn, Umsetzung mein.berlin.de

7.8 Online-Projektplattform

Das Transparenzgebot ist kontinuierlich einzulösen: Transparenz über Prozesse, Planungsschritte und konkrete Entscheidungen inklusive der Handlungsspielräume (sagen, was geht und was nicht geht), die Sach- und Finanzzwänge sowie auch Notwendigkeiten (wachsende Stadt etc.), die klar kommuniziert werden. Das verhindert das Gefühl, dass „hier etwas verheimlicht wird“.

Alle öffentlichen Veranstaltungen sollten sowohl durch Bilder (Fotodokumentation) als auch durch Texte (Ergebnisprotokoll) dokumentiert und auf der Projektseite veröffentlicht werden. Bei zentralen Veranstaltungen war es sehr nützlich, Live-Streams der Veranstaltungen anzubieten. Auch bei nicht-öffentlichen Veranstaltungen ist - soweit es geht - Transparenz herzustellen, z.B. sollte bei den Projektbeiratssitzungen generell mit Ergebnisprotokollen gearbeitet werden.

Die im Rahmen der Erstellung des Beteiligungskonzeptes praktizierte Kommunikation auf den Projektseiten der SenStadtWohn www.berlin.de/blankenburger-sueden als zentrale Plattform im Netz ist eine sehr gute Basis und im weiteren Projektverlauf weiterzuverfolgen. Hier werden alle relevanten

Projekt- und Prozessinformationen veröffentlicht (z.B. Abläufe, Grafiken, Vorstellung des Projektteams) sowie Dokumente, Gutachten, Planungsgrundlagen, Papiere zum Download bereitgestellt.

Alle häufig gestellten Fragen (FAQs) sind hier einsehbar und werden kontinuierlich fortgeführt – eine wichtige Verbindung auch zu den Veranstaltungen. Die Online-Dialogangebote von mein.berlin.de könnten hier eingebunden werden.

Steckbrief „Online Projektseite“	
Dauer	▪ kontinuierlich, über die gesamte Projektlaufzeit
Teilnehmende / Zielgruppen	▪ unbegrenzte Teilnehmer*innenzahl; öffentlich für alle Interessierten
Maßnahmen zur Bekanntmachung	▪ Information auf der Projektplattform, auf Printmaterialien etc.
Mögliche Themen	▪ Dokumentation und Kommunikation aller relevanten inhaltlichen und prozessualen Informationen
Aufwand	▪ kontinuierlicher geringer bis mittlerer Pflegeaufwand (redaktionelle Pflege, Versand von Newslettern etc.)
Ziel	▪ Information

7.9 Videointerview „Nachgefragt“

Videoformat für die Rechenschaft der Entscheider an die Öffentlichkeit

Es handelt sich dabei um die Video-Aufzeichnung eines Interviews, das eine Person (z.B. Vertreter*in der Geschäftsstelle) mit Vertreter*innen der Verwaltung oder der politischen Entscheidungsträger*innen führt. In dem Gespräch wird zum einen gefragt, welche Inhalte aus der Bürgerbeteiligung (z.B. den Werkstätten) in welcher Form verwendet werden bzw. wurden und wie der Prozess weitergehen wird. In diesem Sinne dient das „Nachgefragt“-Video der Information der Bürger*innen und schafft **Transparenz über Entscheidungsprozesse** und den **Umgang mit Ergebnissen**.

Zusätzlich kann dieses Format auch **erweitert und mit anderen Beteiligungsformaten** kombiniert werden, z.B. dass „Häufige Fragen“ oder Fragen, die während der Beteiligung aufkommen, von Expert*innen aus der Verwaltung vor der Kamera beantwortet werden und das Video auf der Projektseite und dem YouTube-Kanal veröffentlicht werden.

Steckbrief „Nachgefragt“	
Dauer	▪ unterschiedlich (ca. 5-30 Min., je nach Komplexität)
Teilnehmende / Zielgruppen	▪ unbegrenzte Teilnehmer*innenzahl; öffentlich für alle Interessierten (erreichbar über Online-Plattform/ YouTube Kanal)
Maßnahmen zur Bekanntmachung	▪ Newsletter, Verteiler, soziale Medien und Online-Plattform, Pressekonferenz
Mögliche Themen	▪ Meilensteine des Prozesses: Was passiert mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung? Wie geht es weiter?
Aufwand	▪ Vorbereitung: mittlerer Aufwand (Aufbereitung der Fragen, Briefing Interview-Partner, Organisation Videodreh) ▪ Durchführung: geringer Aufwand (Videodreh, ein*e Interviewer*in) ▪ Nachbereitung: geringer Aufwand (Einstellen des Videos bei YouTube und auf die Projektwebseite), externe Kosten für Videodreh, Nachbereitung mit Untertiteln und ggf. Livestream
Beteiligungsstufe	▪ Information mit Rechenschaft

7.10 Kontinuierliche Maßnahmen zur Kommunikation

Das Dialogverfahren zum Blankenburger Süden hat bereits in der Phase der Erarbeitung eine große Aufmerksamkeit erfahren. Dies gilt es für die weiteren Schritte zu nutzen und weitere Anwohner*innen, potentiell Betroffene und Interessierte für das Verfahren zu gewinnen. Denn: Je zahlreicher und je vielfältiger die Personen sind, die sich am Dialogverfahren beteiligen, desto perspektivenreicher wird das Ergebnis. Desto stärker sind auch die politische Legitimation des Verfahrens und die Akzeptanz durch die Betroffenen.

Neben der bereits genannten Online-Projektplattform sieht das Konzept dafür folgende **kontinuierliche Kommunikationsmaßnahmen** vor, die jeweils im Zusammenspiel mit den geplanten Dialogbausteinen zielgerichtet eingesetzt werden können:

- **Online-Newsletter und Projektzeitung**: In regelmäßigen Abständen (alle 2-4 Monate) wird über die aktuellen Entwicklungen, neue Planungsstände sowie kommende und vergangene Veranstaltungen per Newsletter berichtet. Es könnte auch über eine Projektzeitung[15] in einem eher größeren Abstand (halbjährlich) über den Verlauf und wichtige Themen berichtet werden.
- **Pressearbeit (Pressemitteilung, Pressekonferenz) und Beiträge in TV/ Radio**: Durch die Pressearbeit und Kontakte zu den unterschiedlichen Medien wird sichergestellt, dass

15 Die Projektzeitung wurde in der Bürgerwerkstatt 4 als nicht notwendig bewertet. Erfahrungen aus München zeigen jedoch, dass sie eine sinnvolle Ergänzung sein könnte.

zu wichtigen Meilensteinen über das Verfahren berichtet wird. Die Pressearbeit erfolgt vorrangig über das Team Kommunikation / den Pressesprecher*innen der SenStadtWohn und der SenUVK. Lokal werden die Termine und redaktionelle Beiträge in der Berliner Woche veröffentlicht. Der RBB berichtete zu Beginn über das Verfahren und ist sicher auch zukünftig bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen (z.B. für die Auftaktarena) oder speziellen Formaten (z.B. Labor) zu gewinnen.

- **Multiplikator*innen und Verteiler:** Die bestehende Liste von Multiplikator*innen wird weiter fortgeführt und dient der zielgerichteten Ansprache z.B. bei zielgruppenspezifischen und thematisch spezifischen Bekanntmachungen.
- **Plakataktion und klassische Printprodukte:** Zu geeigneten Zeitpunkten werden klassische Printprodukte (Postkarten, Flyer, Plakate, etc.) erstellt und verteilt. Insbesondere bei Veranstaltungen, für die eine sehr große, stadtweite Aufmerksamkeit gewonnen werden soll, kann eine stadtweite Plakataktion vorgesehen werden.
- **Video und Livestreams:** Großveranstaltung können durch Livestreams sowie Video- und Tonmitschnitte unterstützt werden, die ebenfalls zur Veröffentlichung auf der Projektseite freigegeben werden (vgl. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnungsbau/blankenburger-sueden/de/beteiligung/informationsveranstaltungen.shtml)

Bis zur Grundsatzentscheidung des Senats sollten sich die Print- und Online-Materialien an dem **Corporate Design des Landes Berlin** orientieren. Ein eigenständiges Kampagnenlayout oder eine unabhängige Kampagnenplattform machen zu diesem Zeitpunkt noch keinen Sinn.

7.11 Aufbereitung und Visualisierung der Planungsgrundlagen

Als Grundlage für die Kommunikation und Beteiligung brauchte es gut aufbereitete und verständliche Informationen und Planungen. Die zentralen und richtungsweisenden Pläne und Zusammenhänge müssen verständlich gemacht und barrierearm vermittelt werden. Denn politische Willensbildung braucht viele – nicht nur die, die schon geübt darin sind, Verwaltungsdeutsch und Stadtentwicklungskonzepte zu lesen. Es müssen also Infografiken erstellt, einfache Sprache angewandt werden, Luftbilder und Zeichnungen zum Einsatz kommen. Konkret sollten folgende Maßnahmen vorgesehen werden:

- **Infografiken**, um Zusammenhänge deutlich zu machen, z.B. Zeitstrahl zum „Gesamtverfahren“ wie auch Prozessgrafiken zur „Beteiligung“ und zu den „Entscheidungsabläufen“.
- **Video:** ein Video zur Vermittlung der Planungen ist eine anschauliche Ergänzung, um z.B. die Planungsergebnisse der VU noch einmal komprimiert darzustellen, die Alternativen/ die Vorzugsalternativen vorzustellen, oder auch im späteren Verfahren, um städtebauliche Entwürfe vorstellen. Das kann im Rahmen der geplanten Veranstaltungen und im Netz eingesetzt werden.
- **der „begehbare Stadtplan“** (aus den Bürgerwerkstätten) wird als Instrument immer wieder die Themen verorten und sie auf den Werkstätten sichtbar machen – sowohl bei den lokalen als auch bei den stadtweiten Themen.

- **Visualisierung von Alternativen**: Die von den Planungsbüros erstellten Alternativen müssen für die Vorstellung in der Öffentlichkeit aufbereitet und vereinfacht werden. Weg von der B-Plan-Sprache hin zu einer grundlegenden Visualisierung des Ansatzes – eine Vereinfachung des Detaillierungsgrades der Alternativen.

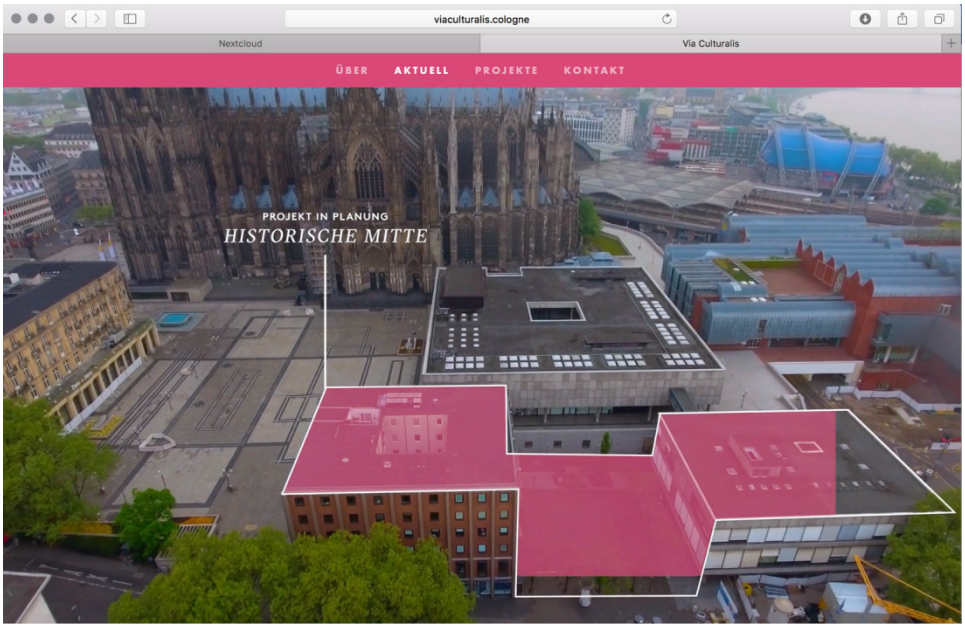

Abbildung 20 Video zur Vermittlung von Planungsinformationen, Quelle: Screenshot der offiziellen Via Culturalis-Homepage (http://www.viaculturalis.cologne/) in Köln, Erstellung durch UMP Offenbach 2017 für das Stadtplanungsamt der Stadt Köln

7.12 Kommunikation über Social Media Tools

Snapchat-Messages oder Instagram

Format speziell für Kinder und Jugendliche, sozialmediaaffine Zielgruppen

Stories (Anm.: Funktion innerhalb der App Instagram) können zur Information und Kommunikation mit jungen Erwachsenen gut eingesetzt werden und erleichtern ihnen den Zugang zum Thema. WhatsApp ist als Instant Messaging Dienst viel unmittelbarer als Facebook und Co. und kann als Liveticker eingesetzt werden, um von Veranstaltungen/ Touren zu berichten. Das Projektbüro / die Geschäftsstelle könnte um eine WhatsApp-Sprechstunde ergänzt werden, um den Abonnenten regelmäßig die Chance zu geben, persönlich mit der Senatsverwaltung oder z.B. dem Forum Blankenburger Süden in Kontakt zu treten und Fragen zu klären.

Eine deutlich höhere Interaktionsrate als Facebook oder Twitter bietet die **Foto-App Instagram**. Formate wie Schnappschüsse oder ein Blick hinter die Kulissen aus dem planerischen Alltag sind interessant und als Instrument für die kontinuierliche Kommunikation geeignet. Zu dem momentan am schnellsten wachsenden sozialen Netzwerk gehört Snapchat. Auch immer mehr Politiker*innen nutzen diese Plattform für ihren Wahlkampf. Darüber können entweder die Senatsverwaltungen selbst oder auch die Nutzer*innen Einblicke in die Arbeit oder Rückblick auf die Themen der jeweils vergangenen Woche geben. Organisiert werden könnte die Ausformulierung solch einer Beteiligungsmöglichkeit vom Jugendamt Pankow als Bestandteil einer Schulprojektwoche oder von Vereinen, die sich für die Einbindung von Kindern und Jugendlichen bei Bau- und Stadtentwicklungsprojekten einsetzen (z.B. JAS – Jugend Architektur Stadt e.V., etc.), z.B. als Angebot im Rahmen des „Berliner Ferienpasses“.

Beim konkreten Einsatz der jeweiligen Tools werden im Vorfeld die jeweiligen Datenschutzbelange (personenbezogene Daten z.B. Handynummern) abgewogen.

Twitter, Facebook und YouTube, Video-Blog

Neben den insbesondere für Kinder und Jugendlichen relevanten Social Media Kanälen ist auch die Einrichtung eines **Twitter-Kanals** für das Projekt, ebenso wie ein **YouTube-Kanal** für die im Rahmen des Projektes entstehenden Filme, zu überlegen.

Ein **Twitter-Kanal** eignet sich insbesondere für die schnelle und wenig aufwendige Kommunikation von Projektinformationen, Hinweisen, Veranstaltungsankündigungen etc. Zielgruppe sind insbesondere internetaffine Interessierte, die als zusätzliche Multiplikator*innen gewonnen werden können.

Für die filmische Begleitung des Beteiligungsverfahrens kann ein **Video-Blog**, z.B. eingebettet im **YouTube Kanal** des Projektes, nützlich sein. Videos sprechen andere Zielgruppen an als „nur“ textliche Informationen und bieten somit ein niedrigschwelliges und gleichzeitig modernes und bürgernahes Kommunikationsmedium, um über den Prozess und seine Inhalte zu berichten.

Steckbrief „Kommunikation über Social Media Tools“	
Dauer	▪ kontinuierlich mit punktuellem Einsatz z.B. zusammen mit Veranstaltungen
Teilnehmende / Zielgruppen	▪ spezielle Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene, Social-Media-affine Adressaten (Wohnungssuchende, Kreative; Initiativen und soziale Bewegungen usw.)
Maßnahmen zur Bekanntmachung	▪ soziale Medien, Online-Plattform, Zielgruppenspezifische Verteilung von Plakaten, Postkarten
Mögliche Themen	▪ Informationsaufbereitung zu geeigneten Themen (z.B. „Hinter die Kulissen schauen“)
Aufwand	▪ kontinuierlicher mittlerer Pflegeaufwand (kontinuierliche Ansprechperson, je nach Bespielung temporäre Aufwände z.B. beim Erstellen einer Instagram-Story)
Beteiligungsstufe	▪ Information und Konsultation